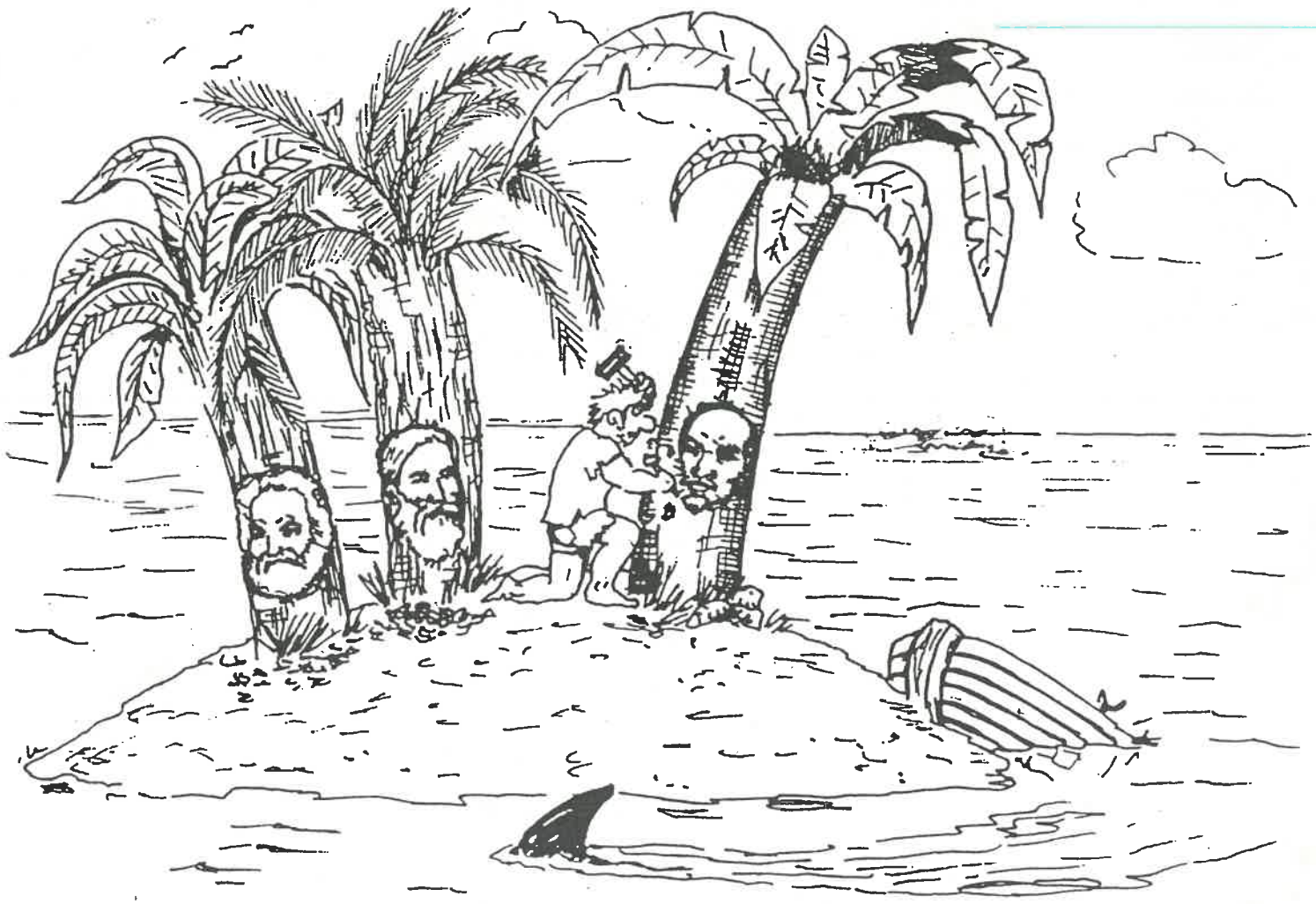
Bahama News

Nr. 1 , 5.- DM

JUNI '91



INHALT

Bahamas intern

Editorial/Finanzen S. 3

Vor Dortmund

Einladung zum Bundestreffen am 6./7. 7. in Dortmund + Stadtplan S. 4
Erste Annäherung an ein Selbstverständnispapier unserer Gruppe (hr., max.) S. 6
Entwurf für ein Selbstverständnis der Gruppe K S. 7
Auschwitz als "single issue"... kurze Replik auf max. (Jü., Stuttgart) S. 8
Vorschlag zu Inhalt und Struktur der weiteren Arbeit der Ex-KB-Minderheit (ol., J., Köln u. a.) S. 8
Einige Anmerkungen zur Diskussion und Lage der Minderheit... (hr.) S. 10
Dach-AK und Minderheit (max.) S. 13
Wer zu spät kommt, hat Verspätung (Ro., Westberlin) S. 15
Verhandlungskommission Mehrheit/Minderheit, Protokoll 18. 6. 91 S. 17

Zur Debatte über Antisemitismus, Antiimperialismus und Golfkrieg

Überblick: Beiträge zur Golfkriegs- und Antisemitismus- Kontroverse (max.) S. 18
Zur Golfkriegskonroverse in der Miderheit (max.) S. 18
Israel und die Deutschen (Jü., Stuttgart) S. 20
Anmerkungen zu J. Bruhn (Be.) S. 23
Theorie des modernen Antisemitismus nach Postone (Be.) S. 26

Nachrichten intern

Ergebnisse des ersten AK-Schreibetreffens der Minderheit HH 15. 5. 91 S. 30
Hamburger Schreibetreffen vom 11. 6. 91 S. 31
Am 3. Oktober gegen Deutschland (mor.) S. 32

Sonstige Nachrichten, Nachrufe etc.

KB-Nachruf des Verfassungsschutzes S. 34
KB-Nachruf der MLPD + Neues aus der PDS S. 35
Zurück zu Marx? aus: Sozialismus 6/91 S. 36
Zum Leserbrief von Jü., Stuttgart in AK 331 S. 36

Berlin, im Juni 1991

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
Wie weiter mit der (ex-)Minderheit des Ex-KB ? Bei unserem Treffen am 6. und 7.7. in Dortmund muß die Frage geklärt werden, ob und in welcher Richtung zukünftig die Trüffel gesucht werden sollen - Diskussionspapiere von hr., max. und Jü/Stuttgart findet Ihr in dieser Nummer der Bahama News.
Auch die Frage einer Beteiligung am (ex ?-) Lieblingsprojekt, dem "Arbeiterkampf" steht auf der Tagesordnung und harrt einer Entscheidung. Die Ergebnisse der Urabstimmung zu diesem Punkt haben einen deutlichen Unmut über die bisherigen Angebote der (ex-) Mehrheit ans Licht gebracht, und zielen praktisch auf einen Abschied vom *Dach*-ak hin.
All diese Texte solltet Ihr bis Dortmund auf jeden Fall gelesen haben ...:
Die inhaltliche Beteiligung - in Form von Beiträgen v.a. zur sog. "Golfkriegkontroverse"- hat in dieser Bahama News schon erfreulich zugenommen - wir würden uns aber wünschen, daß es auch außerhalb Hamburgs noch kluge und fleißige SchreiberInnen geben möge ...
In diesem Sinne,
die Redaktion

Nico Frischlin
Pichelsdorfer Str. 125
1000 Berlin 20

Betrifft: Bezahlung der Bahama News !

Wir haben uns vorgenommen, daß die Bahama News etwa sechsmal im Jahr erscheint. Sie kostet pro Nummer einschließlich Porto etc. 5.-DM. Viele von euch haben bereits die 0 - Nummer erhalten.

Wir bitten euch, falls ihr die Bahama News regelmäßig beziehen wollt, uns immer für drei Nummern 15.-DM zu überweisen oder uns eine Einzugsermächtigung (s. unten) zuzuschicken. Wir ziehen dann immer pro 3 Nummern 15.-DM ein. Die Einzugsermächtigungen, die uns bereits vorlagen, für die Nummern 0 bis 2 werden jetzt abgebucht.

Bitte habt Verständnis dafür, daß wir denjenigen, die jetzt nicht reagieren, in Zukunft keine News mehr zuschicken können. Denn die Finanzmittel, die wir zur Verfügung haben, sind leider überhaupt nicht üppig. Dagegen sind Spenden erwünscht.

Unser Konto:

[redacted] Sparkasse
BLZ [redacted]

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich [redacted] jeweils drei Nummern "Bahama News" zum Preis von 15.-DM vor Erscheinen per Lastschrift von meinem Konto abzubuchen:

Name/Anschrift.....

Bank.....

Bankleitzahl.....

Kontonummer.....

Kontoinhaber (wenn von oben abweicht).....

Ort/Datum.....Unterschrift.....

EINLADUNG DORTMUND

redaktionelle Vorbemerkung :

Diese Einladung richtet sich ausdrücklich an ehem. Mitglieder des ehem. KB (ehem. Minderheit) sowie engere SympathisantInnen.

Tagungsort : Westfalen-Kolleg
Rheinische Str. 69
4600 Dortmund 1

ESSEN & TRINKEN : Wir werden für Kaffee, Getränke und Kuchen sorgen. In der Nähe des Kollegs gibt es einige Möglichkeiten etwas Warmes zu essen. Ein Info-Blatt mit Hinweisen zu Kneipen und Restaurants werden wir vor Ort bereitstellen.

SCHLAFPLÄTZE : Da wir als kleine Gruppe nur begrenzte Möglichkeiten haben, Schlafplätze zu beschaffen, erwarten wir von Euch eine Anmeldung **bis zum 30.6.91** bei folgender Adresse:

[redacted]

4600 DORTMUND 1 TELEFON : 0231/ 82 79 80

Bei späteren Anmeldungen können wir keinen Schlafplatz garantieren.
Bringt bitte Schlafsack und Iso-Matte mit !

ANREISE : mit dem Zug : vom Hbf. ca. 10 Minuten zu Fuß. (s.Stadtplan)
mit dem Auto :

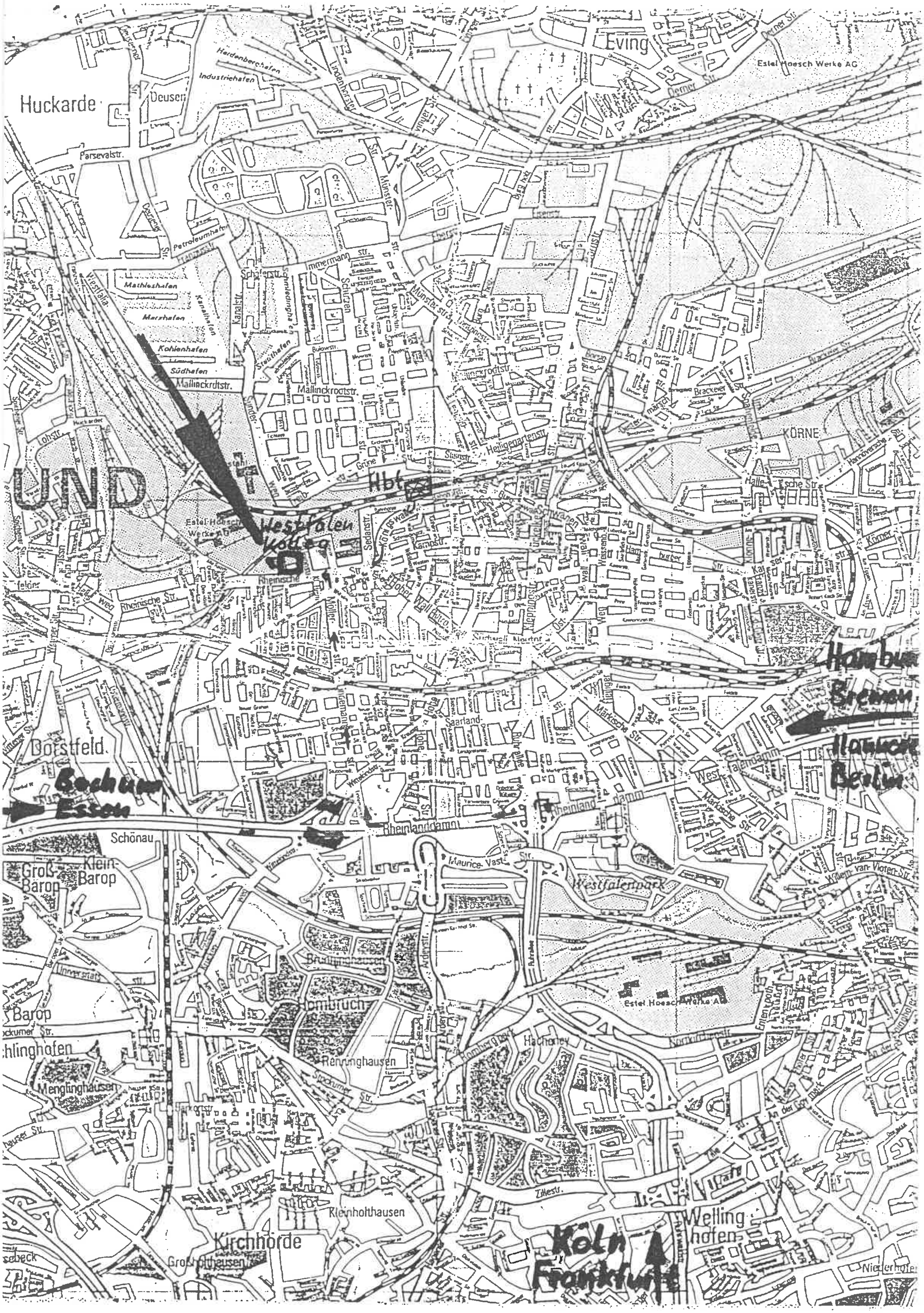
von HB/HH : Die A1 bis zum AB-Kreuz Dortmund/Unna, dort auf die A44 Richtung Dortmund. Wenn zur Linken der Fernsehturm auftaucht, köönt Ihr Euch am Plan orientieren und fahrt bei der Ausfahrt Lindemannstr./Wittekindstr. von der B1/A44 ab. Dann über Lindemannstr./Möllerstr.zur Rheinischen Str.

von H/ B : Die A2 bis zum Kamener Kreuz, auf der A1 Richtung Köln bis zum AB-Kreuz Dortmund/Unna, dort weiter wie oben

von K/ F : Die A1 bis zum AB-Kreuz Westhofen, dort auf die A45 Richtung Oberhausen/Dortmund bis zur Ausfahrt Dortmund-Süd. Dort auf die B54 Richtung Dortmund-Mitte bis zum Westfalenpark (s.Plan), auf die B1/A430 Richtung BO/DO bis zur Abfahrt Wittekindstr., weiter wie oben

von BO/ E : Die B1 bis zur Abfahrt Wittekindstr., dort Richtung Mitte/Hafen, auf die Lindemannstr. und weiter wie oben.

Tagungszeiten : 6.7.91 von 12 - 20 Uhr
7.7.91 von 10 - 15 Uhr 30.


Huckarde
Deusen
Industriehafen
Hardenberghafen
Eving
Estel Hoesch Werke AG
Parsevalstr.
Münster
Petroleumhafen
Immermann str.
Schäferstr.
Kanalstr.
Mathieshafen
Marzhafen
Kohlenhafen
Südhafen
Mallinckrodtstr.
Heiligegartenstr.
Brackeler
KÖRNE
UND
Westfalen
Kolleg
Hbf
Sedanstr.
Rheinische Str.
Möller
Saarland-
Ruhrallee
Märkische Str.
Dorstfeld
Bochum
Essen
Hamburg
Bremen
Hannover
Berlin
Rheinlanddamm
Schönau
Groß-Barop
Klein-Barop
Maurice-Vast-Str.
Westfalenpark
Wilhelm-van-Vloten-Str.
Hombruch
Brünninghausen
Renninghausen
Hacheney
Estel Hoesch Werke AG
Menglinghausen
Kleinholthausen
Kirchhörde
Großholthausen
Zillestr.
Welling hofen
Niederhofen
Köln
Frankfurt

Erste Annäherung an ein Selbstverständnis-Papier unserer Gruppe

Vorbemerkung: Dieser erste Entwurf wurde rasch zusammengeschrieben. Aber vielleicht liefert er dennoch für die Selbstverständnis-Diskussionen im Vorfeld unseres Dortmunder Treffens einige Anregungen. Kritik und Änderungsvorschläge sind erwünscht. Als unverwüstliche Optimisten weigern wir uns, die Möglichkeit, daß ein Papier dieser Art in Dortmund verabschiedet werden könnte, vollends auszuschließen. Ein ggfls. in Dortmund zu formulierender Zusatz hätte u.E. im Falle einer Entscheidung pro Dach-AK unser Verständnis einer Mitarbeit bei diesem Projekt zu skizzieren.

hr.& max.

Im Zuge der linken Anpassung an Großdeutschland haben wir unsere Gruppe vor einem Jahr als Minderheit im KB gebildet und die Auflösung des KB im April 1991 unterstützt.

Wir haben mit dem KB Erfahrungen gesammelt, die uns auch für die Zukunft nützlich erscheinen: Etwa die Auseinandersetzung um den grünen Gründungsprozeß vor 10 Jahren, dem die eigenständige Organisierung von KommunistInnen zu opfern wir nicht für richtig hielten. Ähnliches wiederholte sich für uns als KB-Minderheit in der kurzlebigen Diskussion um den "Hoffnungsträger" PDS im Sommer 1990. Unter KB-positiv verbuchen wir die Art von Gegenöffentlichkeit aus hoffnungslos isolierter Position (wie etwa im Deutschen Herbst 1977), was uns als KB-Minderheit auch im Hinblick auf die Ablehnung der Wiedervereinigung ("Nie wieder Deutschland"-Orientierung im Sommer 1990) richtig erschien. Wir halten den Versuch einer radikal-linken und zugleich nichtsektiererischen Bezugnahme auf soziale Bewegungen für ein sinnvolles Konzept kommunistischer Intervention, müssen jedoch selbstkritisch einräumen, daß vom "linke Trüffelschein" KB der notwendige Streit um linke Theoriebildung und kommunistische Intervention oftmals und zunehmend durch kurzatmigen Bewegungspragmatismus und einen unemanzipativen Massenbegriff ersetzt worden ist - einen Massenbegriff, der nicht reflektierte, daß KommunistInnen nur Politik mit solchen "Massen" machen können, die sich ihrer Lage bewußt werden und einer stellvertretenden Wahrnehmung ihrer Interessen nicht bedürfen. Wir wissen, daß wir in unserer bisherigen organisierten Tätigkeit z.T. erheblichen Fehleinschätzungen aufgesessen sind (z.B. im Hinblick auf eine vielfach nur ökonomistisch und klassenanalytisch verkürzten Wahrnehmung des deutschen Faschismus) und die Fehler und Defizite unserer bisherigen politischen Herangehens aufzuarbeiten haben. Wir müssen im Hinblick auf die Erarbeitung neuer politischer und theoretischer Grundlagen für revolutionäre Politik erkennen, daß derzeit die Summe der als offen erkannten Fragen schneller zu wachsen scheint, als die Summe unserer Antworten .

Und dennoch wollen wir dem heute so modischen Abschied von linker Politik, der Vereinzelung und dem Rückzug ins Private ebenso eine Absage erteilen, wie jenem erstarrten Organisations-Konservatismus, an dem der KB letztlich zugrundegegangen ist: Wir verstehen uns als ein Zusammenhang im Übergang. Zur vorrangigen Aufgabe unserer Gruppe zählen wir ihre Selbstaufhebung zugunsten eines organisatorischen Neuansatzes für kommunistische Politik, den wir aus eigener Kraft weder bewerkstelligen wollen noch bewerkstelligen können, da die inhaltliche Erneuerung eine Voraussetzung hierfür ist.

Wir haben uns für die Auflösung des KB entschieden, weil dieser strukturell und inhaltlich aus sich heraus nicht mehr bereit und in der Lage war, einen Beitrag zur Weiterentwicklung linker Politik zur notwendigen Entwicklung einer radikal linken Zusammenarbeit mit anderen nichtreformistischen Strömungen zu leisten. Jene innerorganisatorische Verkrustung geriet in den Jahren 1989/90 in einen immer schärferen Widerspruch zu den innen- und weltpolitischen Veränderungen, durch die uns binnen kürzester Frist neue Maßstäbe für kommunistisches Denken und Handeln aufgezwungen wurden:

- Der Zusammenbruch des RGW und der ideologische Zustand der Gesellschaften, die der "Reale Sozialismus" nach 40-jähriger Vorherrschaft in jenen Ländern hinterlassen hat, zwingt zur Neubewertung dieses ersten realsozialistischen Versuchs, seiner immanenten, system-bedingten, wie auch seiner in der marxistischen Theorie und leninistischen Praxis angelegten Unzulänglichkeiten und Fehler. Dies beinhaltet mehr, als die Absage an den Stalinismus.
- Wir halten es weiterhin für notwendig, das Dogma der scheinbar gattungsspezifischen Determiniertheit von Warenproduktion und Konkurrenz mit den kapitalistischen Realitäten von Armut und Entfremdung und der kommunistischen Utopie einer von Marktzwängen befreiten Produktionsweise zu konfrontieren. Der vermeintliche Endsieg des Kapitalismus und die Marktideologie des Gorbatschowismus zwingen uns darüberhinaus, unseren Antikapitalismus neu zu fundieren und die Theorie -Defizite insbesondere in den Grundfragen der marxistischen Ökonomie zu überwinden.
- Die Umbrüche in den internationalen Beziehungen erfordern eine Aktualisierung der Lenin'schen Imperialismuskritik und die Überprüfung der auf eine Befreiungsperspektive der Völker der "Dritten Welt" setzenden Politik. - Die aktuelle Bedeutung und Funktion des Nationalismus, die Unterschiede zwischen Metropolen- und Befreiungsnationalismus und die Rolle von Rassismus und Antisemitismus sind Bestandteil eines für uns ebenso wesentlichen wie neuen Untersuchungsfeldes.
- In Bezug auf Deutschland haben wir die analytischen Anstrengungen über die sozialen und politischen Folgen der Wiedervereinigung, insbesondere auch des Rassismus und Rechtsradikalismus in der ehemaligen DDR, zu verstärken. (Diese Auflistung erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.)

Unser Anteil an der Bearbeitung derartiger Fragestellungen kann aufgrund dessen, was wir als kleine Gruppe können und darstellen, nur bescheiden bleiben. Umso größer ist unser Interesse an einem Prozess von Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit ähnliche Ansätze verfolgenden Zirkeln. Zwar sehen wir derzeit im Bereich der Analyse und der Theorie- wie Strategieentwicklung einen Hauptzweck unserere Zusammenhangs, weil uns die Defizite fortschrittlicher Politik in diesem Bereich als besonders eklatant erscheinen. Unser politisches Selbstverständnis schließt aber einen Abschied aus linken Praxisfeldern oder eine nur kommentierende oder abschätzige Haltung gegenüber den unterschiedlichen Ausdrucksformen antikapitalistischen Widerstands aus.

Der Zäsur, die die gravierenden außen- und innenpolitischen Veränderungen für uns bedeuten, kann unseres Erachtens nicht mit einem trotzigen "Weitermachen" begegnet werden. Wenn sich kommunistische Gruppen unter heutigen politischen Bedingungen immer noch einzureden suchen, "wie dringend die arbeitenden Menschen in der BRD eine kommunistische Partei brauchen", wie kürzlich die älteste kommunistische Partei der BRD feststellte, so mag dies ihrem psychologischen Bedürfnis entspringen. Mit einer Wahrnehmung der Wirklichkeit hat es wenig zu tun. Und auch der politisch und gesellschaftlich nicht begründete Optimismus, mit dem Linke immer wieder jeden noch so kurzlebige "Massenansatz" zu bejubeln pflegen, ohne ihn auf seine politische Substanz hin zu analysieren, erscheint uns inzwischen mehr als abgeschmackt. Wir halten es demgegenüber für angebracht, einzusehen, daß die Aussicht auf eine massenhafte Verankerung nichtreformistischer Politik in absehbaren Zeiträumen aus Gründen, die mit dem ökonomischen Potential des BRD-Imperialismus und den daraus sich ergebenden Möglichkeiten von Korruption und Integration zusammenhängen, nicht existiert. Wenn wir dennoch KommunistInnen bleiben, dann deshalb, weil wir an den Stillstand der Geschichte nicht glauben, sondern die Welt als eine sich verändernde wahrnehmen. Und weil wir die Zeitspanne für die Durchsetzung sozialistischer Verhältnisse nicht auf wenige Jahrzehnte ansetzen- sofern die Geschichte nicht zuvor "mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen" (Kommunistisches Manifest) ihr Ende erlebt.

Den einschneidenden politischen Veränderungen muß unseres Erachtens eine ähnliche inhaltliche, wie auch organisatorische der KommunistInnen entsprechen . Als Gruppe K wollen wir dem Kommunismus nicht abschwören, sondern ihn besser fundieren. (Anmerkung: Dieser Passus steht selbstverständlich unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Namensgebung...) Unser Ziel ist eine herrschaftsfreien Gesellschaft. Unser Weg ist der einer antikapitalistischen, nichtreformistischen Linken. Unser Mittel ist die Beteiligung an der Rekonstruktion organisierter Politik, die die Fehler nichtemanzipatorischer Organisiertheit vermeidet, die wir in unserer Vergangenheit selber mitveranlwortet haben. Die neue, bessere Organisation muß erst noch gefunden werden.

Gruppe K - Ka wie komisch, kosmisch, kommunistisch

Entwurf für ein Selbstverständnis der "Gruppe K"

Wir haben eine neue linke Gruppe gegründet. Wir GründerInnen kommen überwiegend, nach z.T. langjähriger Mitgliedschaft, aus dem im April 1991 aufgelösten KB, in dem wir zuletzt als Minderheit agiert haben.
Für die meisten von uns bedeutete dieser Schritt eine Zäsur:

- Wir haben uns von einer kommunistischen Organisation verabschiedet; die über viele Jahre eine relevante bis maßgebliche Rolle in der linken Arbeit der siebziger Jahre und der politischen Diskussion in den achtziger Jahren gespielt hat. Wir haben dabei positive Erfahrungen als KommunistInnen in den großen sozialen Bewegungen dieser Zeit und linken Bündnissen ebenso gesammelt, wie wir es für richtig hielten, nicht jeder der en vogue befindlichen Moden zu folgen, womit wir uns dem Vorwurf SektiererInnen zu sein ausgesetzt haben: weder haben wir angesichts der Stammheimer Morde und der anschließenden Hetzjagd auf linke Gegenöffentlichkeit verzichtet, noch sahen wir in der Herausbildung der Grünen einen ausreichenden Grund, eine Organisation wie den KB zugunsten der neuen grünen Welle aufzugeben. Weder haben wir 1989 auch nur ein Fünkchen Hoffnung in positive Auswirkungen der deutschen Vereinigung gehabt und uns deshalb mit "nie wieder Deutschland" ins Abseits begeben, noch haben wir den kurzzeitigen Sog Richtung Reformismus und PDS als sinnvolle Alternative angesehen.
Wenn wir dennoch der Auflösung des KB zugestimmt haben, dann hat dies mehrere, unterschiedliche Gründe:
- Der KB war aufgrund seiner inneren Verkrustung nicht mehr in der Lage, sich einer neuen Aufgabenbestimmung kommunistischer Politik unter veränderten Bedingungen zu stellen. Er lebte mit immer weniger Theorie von der Substanz der siebziger Jahre. Selbst das Engagement von KBlerInnen in der PDS war eine schlechte Kopie der von uns mit angestoßenen Gründung bunter und alternativer Listen zwölf Jahre zuvor, ganz so, als wenn relevante Teile des KB die gesellschaftlichen und linken Veränderungen nicht registriert hätten. - Es war kein Zufall, daß der Ausgangspunkt der nachfolgenden Konflikte im KB die Diskussion um die Bildung einer radikal linken Zusammenarbeit verschiedener nichtreformistischer Strömungen war. Vom führenden KB-Kern wurde diese als Gefährdung des bisherigen Bestands der Organisation KB und "bewährter" Machtverhältnisse angesehen. - Die nachfolgende Krisendiskussion um die festgefahrenen Strukturen des KB, die zunehmende Zweifel in seine Fähigkeit zu veränderter Politik aufkommen ließen, wurde mit einem hohen Maß an struktureller Erstarrung und undemokratischer Mehrheitsabwehr jeglicher innerorganisatorischer Veränderung, die nicht die Billigung des führenden Kerns fand, beantwortet. Der Versuch die Differenzen auszusitzen, scheiterte allerdings an unserem Widerstand. - Einschneidende inhaltliche Auseinanderentwicklung war unsere Bewertung der deutschen Vereinigung und ihrer Begleiterscheinungen eines neuen deutschen Nationalismus. Unsere Ablehnung des größeren Deutschland wurde als "sektiererisch" verworfen, unser antinationaler Widerstand als ins Abseits führend. Da angekommen, sollte der KB, wir eingeschlossen, per Mehrheitsentscheid auf eine reformistische, vermeintlich massenpolitisch relevante Beteiligung am PDS-Ausbau festgelegt werden. Die politischen Wege der beiden Hauptströmungen im KB trennten sich.

Wir haben uns noch im KB als 40%-Minderheit organisiert. Wir stehen unter den derzeit schlechten Bedingungen kommunistischer Arbeit zur organisierten Tätigkeit. Dennoch haben wir uns für die Auflösung des KB entschieden, weil dieser strukturell und inhaltlich aus sich heraus keinen Beitrag zur Weiterentwicklung linker Politik mehr leisten konnte. Dem trotzigen, rückwärtsgewandten Organisationskonservatismus haben wir eine Absage erteilt. Der Zweck kommunistischer Organisierung darf sich nicht aus dem Eigenleben einer Organisation ableiten, sondern muß sich an den zu bestimmenden politischen Aufsagen definieren. Davor haben wir im derzeitigen politischen Umbruch versagt. Dem modischen Abschied von links, der Vereinzelung und dem Rückzug ins Private wollen wir allerdings genauso eine Absage erteilen. Also: ein Schritt rückwärts, jetzt diskutieren wir um zwei Schritte vor.
Wir haben zu unserer KB-Vergangenheit kein umgekehrt proportional zu unserem früheren Engagement negatives Verhältnis: wir weinen dem KB eine Träne nach. Wir betrachten sein und unser Scheitern als subjektives Versagen in einer politischen Situation, die ein höheres Maß an Aushalten von Differenzen, als unter normalen Umständen üblich erfordert hätte.

Wir sehen allerdings die Ursache nicht in erster Linie organisationspolitisch bestimmt. Grundlegender sind die innen- wie weltpolitischen Veränderungen, die uns neue Maßstäbe für kommunistisches Denken und Handeln aufzwingen:
- Der Zusammenbruch des RGW zwingt zur Neubewertung dieses ersten realsozialistischen Versuchs, seiner immanenten, systemisch bedingten, wie auch seiner in der marxistischen Theorie und leninistischen Praxis bedingten Fehler und Unzulänglichkeiten. Das bedeutet für uns mehr, als die einfach modische Absage an den Stalinismus.
- Der vermeintliche Sieg des Kapitalismus zwingt uns zu einer Erneuerung grundlegender Kapitalismuskritik. Insbesondere gilt es, dem Trend, die Marktwirtschaft als etwas von seinen Auswirkungen an den Rändern und in der Dritten Welt zu Trennendes fundierte Kritik entgegenzusetzen.
- Die nach dem Wegfall der Blocksysteme sich verändernde Umgruppierung in der Welt zwischen den imperialistischen Hauptsystemen USA/Europa/Japan erfordert eine Neuauflage der Imperialismuskritik.
- Die Auswirkungen der Veränderungen auf die internationalen Beziehungen im Besonderen auf die Dritten Welt und die derzeitige Aussichtslosigkeit einer Befreiungsperspektive ist auf die veränderten Bedingungen und die historischen Fehler der bisherigen Ansätze zu untersuchen.
- Die Untersuchung der aktuellen Bedeutung des Nationalismus, der Unterschiede zwischen Metropolen- und Befreiungsnationalismus sowie seiner inner- und zwischengesellschaftlichen Auswirkungen, des Rassismus und des Antisemitismus wird zentral sein.
- In Bezug auf den linken Mainstream in der größeren BRD werden wir vor allem eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Trend zur Zivilgesellschaft, Marktwirtschaft, Anti-Antiimperialismus, Abschottung Dritte Welt/Flüchtlinge benötigen. Wichtiges Aufgabenfeld wird für uns die antifaschistische Debatte und die Auseinandersetzung mit der Neuschreibung deutscher Geschichte als Geschichte der Sieger sein.
- In Bezug auf das größere Deutschland haben wir die ökonomische und politische Analyse ihrer Auswirkungen sowie ihre sozialen und politischen Folgen, insbesondere als Rassismus und Rechtsradikalismus zu verstärken.

Wir? Als "Gruppe K" können wir nur zu einigen Fragen beitragen, zu manchen einen sehr bescheidenen Beitrag leisten, mehr nicht. Am ehesten gelänge dies im Prozeß von Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit Zirkeln, die einen ähnlichen Ansatz wie wir verfolgen und sich der eigenen Unzulänglichkeit bewußt sind. Wir sind durch die politischen Entwicklungen genauso rat-, perspektiv- und orientierungslos wie der größte Teil der Linken in der BRD, sehen wir mal von den ganz Selbstgewissen ab.
Warum wir uns "Gruppe K" nennen? Nun, einmal brauchte das Kind einen Namen. Darüberhinaus steht das K weder für komisch, noch für kosmisch, sondern für kommunistisch. Ansonsten begreifen wir uns als organisierter Zirkel im Übergang mit der Bereitschaft zur Auflösung in bessere und größere linke Zusammenhänge, wenn eine solche Perspektive gemeinsam angegangen wird. Daran mitzuarbeiten ist genauso unser Ziel, wie wir derzeit unseren Hauptzweck auf dem Gebiet von Theorie- und Strategiebildung sowie der Analyse begreifen, weil hier a) die größten linken Defizite bestehen und b) ein anderer organisatorischer Ansatz von gesellschaftlicher Relevanz nicht erkennbar ist. Allerdings ist unserer Selbstverständnis nicht das der ewig neuen "Hauptseite Theorie". Wir verabschieden uns nicht aus der politischen Praxis, sondern begreifen unsere Arbeit in den Feldern linken Widerstands und gesellschaftlicher Ansätze von Gegenwehr als Grundlage, auf der wir unseren derzeitigen organisatorischen Hauptzweck bestimmen. So werden wir auch nach - allerdings bescheidenen - Kräften an der Entwicklung außerparlamentarischer Arbeit beteiligt sein.
Unser Ziel ist die kommunistische Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Unser Weg ist der einer antikapitalistischen, nichtreformistischen Linken. Unser Mittel ist die Beteiligung an der Rekonstruktion organisierter linker Politik, die all jene Fehler nichtemanzipatorischer Organisiertheit vermeidet, die wir selber in unserer Vergangenheit mitverantwortet haben. Wer kann da noch widerstehen?

Auschwitz als "single issue"...So kann es keinen neuen Anfang geben! Kurze Replik auf max.

Die "Minderheit" will sich als neue Organisation konstituieren, und einige schöne Namen sind auch schon auf dem Markt. Vorab gilt es aber die Frage zu klären: Organisation warum, mit welchem inhaltlichen Focus?

Ich schlage als inhaltlichen Focus vor, daß sich in dieser Organisation Menschen sammeln, die eine kommunistische Lösung auf die Anforderung suchen, daß Auschwitz nie mehr möglich wird. Dies impliziert dreierlei: "Nie wieder Auschwitz" wird - im Sinne Adornos- als Grundprämisse emanzipatorischen Handelns gesehen;
zur Erfüllung dieser Prämisse gibt es noch keine Lösung, es ist kein Problem der Vergangenheit, sondern der Gegenwart; die Lösung wird im Bereich des kommunistischen Denkens gesucht (und nicht bei anderen Ansätzen).

Mit diesem Ansatz würde fortgeführt, was mit "Nie wieder Deutschland" begonnen hat. Ich habe unsere Gegnerschaft zur Wiedervereinigung nämlich nie so verstanden, daß damit nur die Ausweitung des westlichen Kapitalismus nach Osten angeprangert wird. Vielmehr haben wir doch prioritär (nicht im Gegensatz dazu) betont, daß so eine Konstellation wiederentsteht, die zu Auschwitz geführt hat: Deutschland denken heißt Auschwitz denken.

Was bedeutet das für die Golfkriegs-Kontroverse? Es bedeutet, daß ich mit Gremliza, Schneider, Reemtsma, den Freiburgern die gleiche Fragestellung teile, mich dasselbe Problem plagt: Der Wiederaufstieg Deutschlands, die Wiederkehr des Antisemitismus , die Drohung Auschwitz. Im Rahmen dieser Fragestellung gibt es ernste Meinungsverschiedenheiten, bspw. wenn Gremliza und die anderen als Einfallstor einer agressiven Rechtsentwicklung wesentlich den Antisemitismus sehen, und die militärischen Ambitionen Deutschlands generell abstreiten (HLG meint, sie wollten weiter Rent-a-cop mit den USA spielen) oder zumindest im Golfkrieg verleugnen.

Im Unterschied dazu gibt es mit Leuten wie der KB-Mehrheit und den RadikalökologInnen aber nicht nur Streit, sondern es fehlt hier gar der gemeinsame Ansatzpunkt: "Nie wieder Auschwitz" ist für sie kein Anliegen, der Faschismus ist das Problem der Vergangenheit, deswegen bekämpften sie auch die NWD-Orientierung (KB-Mehrheit) oder bedienten sie ihrer nur instrumentell und konjunkturell (Fundis). Das zufällige Zusammenfallen unserer und ihrer Tageslosung (Sofortiger Stopp der NATO/UN-Kriegsführung) darf nicht verwischen, daß es diese grundsätzlichen Differenzen zu ihnen gibt. Oder wir wählen als Focus "Nie wieder Krieg" bzw. "5 vor 12", dann stellt sich das natürlich anders dar.

Die "Mehrheit in der Minderheit" hat im Golfkrieg das Bündnis mit der KB-Mehrheit (im AK und im AK-extra) und mit den RadikalökologInnen (in der RL-Streitschrift) gesucht, und eine scharfe Polarisierung gegen Gremliza und Co. gefahren. War das eine Blödheit, wo die Einheit in tagespolitischen Fragen (mit der Mehrheit und den Fundis) höher angesiedelt wurde als die in Grundfragen (mit Gremliza und anderen Deutschlandgegnern)? Oder sind wir uns generell über die inhaltlichen Prioritäten uneins, also was der Focus sein soll?

Max. Artikel läßt das zweite befürchten. Die Verpflichtung, an die Schweinereien des eigenen Imperialismus und Nationalismus, die schon einmal zu Auschwitz geführt haben, zu erinnern, wird als "agitationstechnische" Frage angegangen, und wer die Verpflichtung übertreibt, ist "germanozentriert". Wer mit den Opfern Deutschlands darauf aufmerksam macht, welche Verbrechen geschehen sind und daß seit dem 9.1.89 die Gespenster der Vergangenheit wieder günstigere Bedingungen vorfinden, betreibt eine "single issue"-Politik. Die Gegner und Opfer Deutschlands werden dann bei max. auch noch verglichen mit rechten Lebensschützern im Kampf gegen AKWs, beide seien eben bürgerliche Bündnispartner, und da müssen doch Kommunisten auf der Hut sein....Der gesamte single-issue-Vergleich ist grotesk und dementiert die an anderer Stelle eingeräumte Singularität des Holocaust.

In aller Kürze
Jürgen, Stuttgart
19.6.91

Vorschlag zu Inhalt und Struktur der weiteren Arbeit der ex KB-Minderheit

O. Kein formaler Organisationsvorschlag

Ein Vorschlag für demokratische Strukturen bleibt hohl und formal, solange nicht geklärt ist, ob und warum wir als politischer Zusammenhang weiterexistieren wollen. Welche Existenzberechtigung haben wir, welche Aufgaben stellen wir uns? Wir stellen fest: Es gibt keine analytisch fundierte Einschätzung vom gesellschaftlichen Stand der Dinge und deren Entwicklungstendenzen als gemeinsame Grundlage. Einen solchen ›strategischen Entwurf‹ als Grundlage zur Politikentwicklung kollektiv zu erarbeiten ist unsere derzeitige Aufgabe. Wir geben uns dabei nicht der Illusion hin, mal eben eine Strategie aus dem Hut zu zaubern, sondern wollen daran arbeiten in dem Bewußtsein, daß jeder noch so kleine Schritt dorthin wichtig und notwendig ist. Die Struktur, die wir uns geben, muß diesem Etappenziel entsprechen.

1. Das bisher Gemeinsame

Das Gemeinsame, an dem entlang sich die Ex-Minderheit gebildet hat, ist die Ablehnung eines ›Selbstbestimmungsrechts des deutschen Imperialismus‹. Doch schon bei der Begründung dieser Ablehnung und in der Frage der Übertragbarkeit dieser Position auf andere Regionen/Völker bestehen kaum diskutierte Unterschiede. Dieser Umgang mit einem für die Ex-Minderheit konstituierenden Moment, der nicht geführte Streit, steht in einer schlechten Tradition des gesamten KB. Die Analyse der Verhältnisse wurde nur insoweit betrieben, wie es die aktuelle politische Bewegung erforderte. Deren Erfordernisse bestimmten dabei von vorneherein das Ergebnis der zusammengeklaubten Analyse. Nicht ohne Grund findet sich im Bücherregal altgedienter GenossInnen eher eine Werkausgabe Lenins, als eine gut sortierte Auswahl Marxscher Texte. Der in den Faschisierungsthesen angelegte Versuch eines theoretischen, strategischen Blicks auf die Verhältnisse, als Grundlage von Organisierung und Politik, wurde spätestens Mitte der 70er aufgegeben. Die Thesen, zur Phrase erstarrt, wurden beschleunigt mitgeschleppt. Was als programmatische Grundlage blieb, war die diffuse Vorstellung kommunistische Politik habe irgendwie antifaschistisch, antiimperialistisch, internationalistisch, später auch antipatriarchal,... zu sein. Der eigene politische Standort wurde dabei nur noch im Verhältnis zur gerade laufenden politischen Bewegung verlotet. Zunächst als linker Flügel, der mit aller organisatorischen Macht die Bewegung zu bestimmen sucht, später dann - in Ermangelung der organisatorischen Stärke- als linker, radikaler Rand, der Akzente setzt. Dies führte einerseits zur Kultivierung eines Spezialistentums, bei dem sich die jeweiligen SpezialistInnen ohne strategische Linie im Faktenreichtum verlieren. Dabei wurden einzelne GenossInnen durchaus zu weit über die Organisation hinaus anerkannten ExpertInnen, und die Zeitung gewann als Dienstleistungsbetrieb an Zuspruch. Auf der anderen Seite entwickelte sich eine Bündnispolitik, die uns überall mitmischen ließ. Unser Eingreifen war dabei aber ausschließlich taktisch bestimmt, bis hin zu dreimal um die Ecke gedachten Konstruktionen wie die Volksbefragungskampagne zur Raketenstationierung 1983. Zunächst sollten Hoffnungen in die bürgerliche Demokratie geschürt werden, um dann mit der zu erwartenden Enttäuschung die Bewegung zu radikalisieren. Dinge die außerhalb der tagespolitischen Notwendigkeit lagen, wurden nicht zur Kenntnis genommen. Der RGW-Block z.B. wurde analytisch faktisch nicht wahrgenommen. Als nicht imperialistische Länder und potentieller Verbündeter von Befreiungsbewegungen wurde er verteidigt, als vom kommunistischen Ideal weit entfernt, sich mit dem Imperialismus arrangierend kritisiert seine beständige Existenz jedoch wurde als Fixpunkt hingenommen und damit stillschweigend unreflektiert der Theorie vom Sozialismus in einem Land zugestimmt. Diese theoretische und strategische Erstarrung ist kein auf den KB beschränktes Phänomen, sie findet sich in unterschiedlichen Verlaufsformen weltweit wieder. Gleichzeitig haben sich aber außerhalb des KB an verschiedenen Punkten Debatten entwickelt, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Nicht jedoch in einer Beliebigkeit, sondern bestimmt, mit einem zuvor erklärten Erkenntnisinteresse, einer Bestimmung, woran wir gemeinsam arbeiten wollen, was nicht ausschließt, daß wir zu nicht erwarteten, uns alle überraschenden Ergebnissen und Schlüssen kommen. Dies ist der Weg, positive Gemeinsamkeiten zu entwickeln.

2. Warum im Zusammenhang der Ex-Minderheit diskutieren?

Wenn es richtig ist, daß nicht nur wir theoretisch und strategisch Nachholbedarf haben, stellt sich die Frage, warum wir nicht in größerem Rahmen die Debatte führen, z.B. im Rahmen der Radikalen Linken. Wir halten es für grundsätzlich richtig, unsere zentralen Fragen auch in breiterem Rahmen zu diskutieren. In einem Rahmen wie der RL wird die Debatte jedoch zwangsläufig mit einer gewissen Unverbindlichkeit geführt werden. Innerhalb der Ex-Minderheit stellen wir uns vor, daß die Debatte um die als zentrales Projekt gemeinsam bestimmten Fragen mit verbindlicher Bezugnahme aufeinander geführt wird. Das heißt, mit der >Verpflichtung<, Widersprüche zu benennen und auszutragen, und nicht wie so oft, mit repressiver Toleranz, oder aus falsch verstandener Blockloyalität, einfach im Raum stehen zu lassen. Zumindest im Rahmen unserer Diskussion als von zentraler Bedeutung benannte Themen müssen bis zur Findung eines gemeinsamen Ergebnisses diskutiert werden. Dieses kann ein Konsens oder Dissens sein, wobei im zweiten Fall zusätzlich die Tragweite und Bedeutung zu bestimmen wäre.

3. Was diskutieren?

Es gilt, eine kommunistische Perspektive zu entwickeln. Damit sind wir mit einer Unmenge an offenen Fragen konfrontiert, die zudem miteinander vielfältig verknüpft sind. Um an diesem Berg nicht zu scheitern, schlagen wir eine Beschränkung auf zwei, drei Projekte vor, die zunächst gemeinsam von allen diskutiert werden. Die Auswahl dieser Projekte müsste natürlich politisch begründet werden und auf eine breite Zustimmung stoßen. Ansatzpunkt bei der Auswahl sollten unserer Meinung nach die Punkte sein, an denen bereits die Debatte aufgebrochen ist.
a) Zentraler Punkt der Debatte müßte demnach die Fortführung und Fundierung der Debatte um Nationalismus sein. Bisher wurde die Debatte fast nur um das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Deutschen herum geführt, ein Streit um Positionen wie die von jü./Stuttgart wurde nie richtig geführt. Stichworte zu diesem Debattenprojekt wären: Verhältnis von Befreiungsnationalismus zu Metropolennationalismus. Das Verhältnis von Nationalismus zu Rassismus. Die Internationalisierung von Kapital und dessen Bedeutung für Nationalismus und (National)staaten. Die Bedeutung "nationaler" Eliten in auf unterschiedlichem Niveau unterentwickelt gehaltenen Ländern. Die Rolle sogenannter Schwellenländer bzw. militärisch-ökonomischer "Mittelmächte" innerhalb des Trikont. Eine Auseinandersetzung mit dem Leninschen Imperialismusbegriff. Sind vom Kapitalismus befreite Zonen möglich? In diesem Zusammenhang steht auch eine für uns dringend notwendige Aufarbeitung der Entwicklung des real-existierenden Sozialismus, wie sie bislang nur ansatzweise, vor allem in den zwei Seminaren zur Frühgeschichte der SU versucht wurde. Ein sich aus der Diskussion dieses Komplexes ergebendes Ziel sollte eine "Definition" von Antiimperialismus und sein Stellenwert in unserer Politik bzw. den daraus resultierenden Aufgaben sein. Konkrete Ansatzpunkte/Aspekte seien hier gleichfalls nur stichwortartig benannt: Golfkrieg, zunehmende Verelendung und Auflösung staatlicher Strukturen im Trikont, weitere Entwicklung der SU und Osteuropas, Befreiungskämpfe mit sozialem wie "national"-antiimperialistischem Hintergrund.
b) Ein weiterer Punkt, an dem zweifelsohne eine heftige Debatte aufgebrochen ist, ist die Auseinandersetzung um Antisemitismus. Hier sehen wir schon sehr große Differenzen im Herangehen an die Debatte, ob z.B. Antisemitismus als spezielle Form von Rassismus diskutiert wird, oder als davon grundverschieden, seine Verbreitung in der BRD-Bevölkerung und in der BRD-Linken.
c) Einen weiteren Fragenkreis möchten wir hinzufügen, der freilich noch wenig in der ex-Minderheit diskutiert wird: Neofaschismus und Rassismus, der speziell in der ex-DDR blutige Urstände feiert. Uns geht es dabei nicht um eine vorbereitende Diskussion, um dazu dann eine Kampagne zu starten. Im Gegenteil: wir wollen in die theoretische und analytische Debatte einsteigen, mit dem Interesse, eine Einschätzung von Stand und Entwicklungstendenz der Großdeutschen Gesellschaft zu erarbeiten.
Bei allen diesen Themenkomplexen halten wir dennoch das ständige Mitdenken des Zieles, nämlich das Finden von Ansätzen zur praktischen Überwindung der analysierten Verhältnisse, für unabdingbar. Daneben könnte (oder besser: sollte) die eigene Geschichte, d.h. vor allem die Entwicklung früherer Positionen des KB in diesen Fragen, berücksichtigt werden.

Natürlich kann noch für weitere Projekte geworben werden, wir meinen aber, daß dann diese -mit Blick auf ein bearbeitbares Maß- alternativ zu oben genannten stehen.

4. Wie die Debatte organisieren?

Hier bietet es sich an, eine Bestandsaufnahme über den Ist-Zustand unseres Zusammenhangs zu machen. Das kann natürlich erst am 6./7. Juli in Dortmund endgültig geschehen. Uns stellt sich die Situation so dar: Es gibt sicher vier Ortsgruppen (Köln, Dortmund, Westberlin, Hamburg, dazu eventuell noch Stuttgart und Mannheim. Von diesen Ortsgruppen ist ein organisiertes und organisierendes Eingreifen in zentrale Debatten nur von Westberlin und Hamburg zu erwarten. Der Rest sind Einzelpersonen, die bestenfalls vor Ort in Bündniszusammenhängen, wie örtlichen RL-Gruppen stecken.
Wir schlagen vor: Auf unserem 1. Kongreß am 6./7. Juli einigen wir uns auf bearbeitbare Themenkomplexe, die als zentrale Diskussionsprojekte betrachtet werden. Dann ist festzustellen, wer bereit ist, sich an diesen Projekten schwerpunktmäßig zu beteiligen. Es müssen dazu Arbeitskollektive gebildet werden. Zur Koordinierung der Projekte sollten ein oder zwei Kontaktpersonen bestimmt werden. In einem halben Jahr treffen wir uns wieder zu einem Seminar/Kongreß, wo erste Ergebnisse diskutiert werden und eine Zwischenbilanz unseres Vorhabens gezogen werden kann. Bis dahin soll die Debatte um die zentralen Projekte jedoch nicht alleinige Sache der Arbeitskollektive sein. Bestimmte grundlegende Texte sollten von allen gelesen und debattiert werden. Dazu können die Arbeitskollektive und Ortsgruppen aus ihren Diskussionen heraus Empfehlungen abgeben. In diesem Zusammenhang kann das halbe Jahr auch dazu genutzt werden, diese Texte mit Leuten aus anderen Zusammenhängen zu diskutieren. Zu klären wäre, ob insbesondere zur Einbindung von einzelnen GenossInnen der interne Rundbrief und eine evtuelle öffentliche Publikation (ak-Beteiligung, eigene Zeitschrift,... reichen, oder ob weitere Anschreiben, Treffen,... notwendig sind.

5. Zum 1. Kongreß in Dortmund

Wir meinen, daß das Treffen in Dortmund sehr ernst genommen werden muß. Gelingt es uns nicht, ein gemeinsames Vorhaben auf den Weg zu bringen, ist die Existenz(berechtigung) der ex- Minderheit in Frage gestellt. Darum sollte unserer Meinung nach auch zuerst die Debatte um inhaltliche Projekte geführt werden, und dann erst, anhand dessen, was wir gemeinsam vorhaben, in die Debatte um die weitere Publizistik unseres Zusammenhangs eingestiegen werden. Wir sind der Meinung, daß sowohl im Falle einer ak Beteiligungals auch eines eigenen publizistischen Projekts die Zeitungsarbeit klar von der innerorganisatorischen Koordinierung getrennt sein sollte. Die in unserem Vorschlag relativ klein gehaltene Organisationsstruktur folgt der Einschätzung, daß für uns in nächster Zeit keine bundesweit koordinierten Aktionen, Kampagnen, oder ähnliches anstehen. Dies sagt noch nichts darüber aus, inwieweit für einzelne Ortsgruppen Aktivitäten vor Ort ein Standbein ihrer Politik sind. Falls sich dabei etwas Interessantes ergibt, wäre es sinnvoll, darüber Berichte im internen Rundbrief zu veröffentlichen. Vor diesem Hintergrund ein Delegiertentreffen oder ähnliches zu installieren, halten wir für unangemessen und kraftaufreibend. Die notwendige Koordination sollte über den internen Rundbrief und dessen Redaktion in Westberlin stattfinden. Sollte tatsächlich eine bundesweite Absprache notwendig sein, kann immer noch zu einem Extra- Treffen eingeladen werden. Wir wenden uns auch nicht dagegen, daß einzelne GenossInnen weiterhin in allen möglichen Bereichen aktiv sind, und sich bei Bedarf dazu zusammensetzen, im Gegenteil: Unser Vorschlag der Konzentrierung auf einzelne Arbeitsprojekte als Gesamtzusammenhang beinhaltet, daß die in den verschiedenen Bereichen gemachten Erfahrungen und unterschiedlichen Zugänge zugespitzt auf die zentralen Fragestellungen in die Debatte eingebracht werden.

Köln/Hamburg, ol. und j.

nach einem Treffen zur >Struktur/Demokratisierung< am 8./9.6.91 in Köln, anwesend: pe. und jw., Westberlin, m., Hanau, j., Köln, ol. Hamburg.

Diskussion

Einige Anmerkungen zur Diskussion und Lage der "Minderheit" nach dem Golfkrieg und der KB-Auflösung

Die krisenhafte linke Entwicklung nach Zusammenbruch des RGW, deutscher Vereinigung und Golfkrieg hält an. Linke Politik ist weder auf Massenebene relevant, zuletzt durch den Schaumcharakter der Friedensbewegung und bei der Hamburger Wahl dokumentiert, noch können sich ihre verbliebenen Teile derzeit entlang theoretischer Fragen rekonstruieren. Im Gegenteil finden Auseinanderentwicklungen gerade entlang notwendig zu schaffender Grundlagen statt. Die Diskussion um den Golfkrieg hat diesen Prozeß in mehrere Richtungen befördert. Gleiches spiegelt sich mikrokosmisch in der "Minderheit" wieder.

1. Geschichte wird neu geschrieben

Die politischen Reaktionen der Linken auf den Golfkrieg waren unmittelbar die auf den stattfindenden Krieg, grundlegender aber die Verlängerung des linken Auseinanderdriftens in der Einschätzung der Welt nach Auflösung ihrer bipolaren Ost- West-Stabilität. Nichts scheint mehr zu gelten. Der Imperialismus ist nicht mehr der Imperialismus, weil ihm sein Brüderchen Realsozialismus abhanden gekommen ist. Was einstmals schlecht war - direkte oder indirekte Interventionen in Korea, Guatemala, Vietnam, Chile, Nicaragua, Malvinen, Grenada, Panama usw. -, wurde nicht dadurch besser, daß die Sowjetunion ihren 17. Juni in der DDR, Ungarn 56, Prag 68, Afghanistan 81 auf dem Schuldenkonto hatte. Jetzt wird es besser, relativiert sich die Kritik daran, weil der Imperialismus erfolgreicher ist.

1.1 Die Geschichte wird von den Siegern geschrieben. Entsprechend schnell, manchmal fast unbemerkt wird die deutsche derzeit neu interpretiert. Der bereits aus der Grundkonstellation des Golfkonflikts - der militärisch und ökonomisch zweitklassige Irak gegen den Rest der Welt - historisch absurde Vergleich der Alliierten Anti- Hitler-Koalition mit der alliierten Anti-Saddam-Koalition (Aufklärung und Zivilität kontra Barbarei) blendete (kaum registriert) das neben den Juden Haupt-Weltkriegsopfer und die alliierte Säule Sowjetunion aus. Reemtsma, Pohrt und Gremliza ebenso wie Detlev Clausen und andere Vertreter des Antiamerikanismus-Vorwurfs reden über Allianz gleich Westen gleich gut, oder doch relativ gut. Die Unterstellung des Anti-US- Imperialismus in der BRD als sublime Rache für die Schmach, den die USA unseren Eltern und Großeltern mit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs angetan haben (im übrigen wiederzufinden bei Ulli K., "Antiimperialismus als Feind des Internationalismus") blendet wie der ganze derzeitige Abschied vom Antiimperialismus (für Pohrt ein wahres Haßsubjekt) die gehabte Existenz des Systemkonflikts einfach aus. Da die Ergebnisse sowohl im Hauptkonflikt Ost-West, als auch in seinen Windschattenkonflikten Dekolonialisierung und Befreiungskampf, im Hauptfall zugunsten des Westens und in den "Nebenfällen" negativ ausgegangen sind, wird von den Ergebnissen auf seine Ursachen rückgeschlossen: alles Asche, von Anfang an.

2. Das "Phänomen Stalin"

Das gleiche historische Bewertungsmuster haben wir i.ü. auch bei der Stalinismusdiskussion: die Sieger geben die Definition vor. So wie der "Hitlerismus" ein entweder zu personalisierendes oder ein anthropolgisches Ereignis war, so auch der Stalinismus. Immer weniger wird er vor dem Hintergrund nationalen und internationalen Klassenkampfs gewertet, immer mehr vor dem deutschen Irrwegs oder sowjetischer Rückständigkeit. Wobei Deutschland, weil Sieger, besser abschneidet als die SU, weil Verlierer und asiatisch. Viel offenkundiger, als der angebliche Antiamerikanismus als (wohlgemerkt linkes!) deutsches Problem, ist die sublime Form des nachträglichen Sieges über die Sowjetunion in Form von Care-Päckchen nach Leningrad und Reisebussen nach Königsberg (oder noch Kaliningrad?) m.E. das für uns Linke hervorstechende Merkmal aktueller deutscher Entwicklungen.

2.1 Die Gleichsetzung Stasi gleich Gestapo, Nazi-Verbrechen gleich DDR-Verbrechen, das genüßliche Bedauern, daß man die Spitzen eines (ehemals souveränen) Staates nur rechtsstaatlich verfolgen könne und nicht nach internationalem Sonderrecht wie in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen, die gleichgewichtige und gleichlautende Kranzniederlegung Kohls in Buchenwald für die Opfer der stalinistischen und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, all dies verweist auf das Durchschlagen einer "Normalisierung" der deutschen Geschichte. Dabei geht es ja nicht, wie die besonders eifrigen Entstasifizierer a la Klaus Hartung vorgeben, um das gesellschaftspsychologische Nachholen all dessen an Bewußtsein, was mit der Nicht- Entnazifizierung versäumt wurde. Viel richtiger dürfte dies ein Professor Holtmann in der FAZ werten: die Ähnlichkeit zwischen Stasi und Gestapo, zwischen "den Deutschen unter Hitler und den Deutschen unter Ulbricht und Honecker", "den Mitläufern und Mitwissern" könnte "Eltern und Großeltern unter Hitler nachträglich... entkriminalisieren und uns mit dem Gedanken vertraut... machen, daß die Deutschen 1933 nicht Bergen-Belsen gewählt haben".

2.2 Den bürgerlichen Diskussionsvorgaben folgend verläuft die heutige linke Stalinismusdebatte - nicht nur, aber derzeit vor allem bei der PDS - als Teufelsaustreibung: Realer Sozialismus und seine systemische Entartung ebenso wie MfS/Stasi nicht als Reflex auf System- und Klassenauseinandersetzung, sondern als das abzulegende Böse. Nach dem Irrtum Hitler jetzt der Irrtum Stalin. Abschied von zwei Phänomenen. So kann in der aktuellen Stasi-Debatte der PDS auch nicht mehr der gegen den Kapitalismus und die BRD gerichtete Charakter einer Reihe von Maßnahmen politisch gewertet und von denjenigen geschieden werden, die Denunziation und Gesinnungsspionage waren. Auf diese Weise gelingt weder die Erkenntnis möglicher grundlegender Fehler oder Unzulänglichkeiten in der marxistischen Theorie (Plan, Ware, Weltmarkt) und der leninistischen Praxis, noch die Beantwortung der Frage, warum sich der Kapitalismus als bislang stärker gegenüber der sozialistischen Herausforderung erwiesen hat, bzw. warum letztere zum Zerrbild ihrer eigenen Ziele wurden. Allenthalben linke Loblieder auf westliche Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft sind die logische Folge einer solcherart unhistorischen, der Phänomen-Geschichtsschreibung folgenden Entstalinisierung. (Und die Mehrheit des Ex-KB spielt dieses Spiel artig mit: im März 1990 verabschiedete sie ihre Resolution, in der sie - von uns viel zu wenig kritisiert - kategorisch feststellte: "Wir weinen diesem real praktizierten Modell (meint: realer Sozialismus) keine Träne nach, sondern konstatieren dessen Scheitern." Seither beteiligt sie sich an den Oberflächenerneuerungsversuchen der PDS, deren jüngstes Beispiel die deren Parteilogik folgende MfS-Debatte im ak ist. Wer diesem real praktizierten Modell keine Träne nachweint, kann eigentlich nur die Stasis als entartete Personen zum Teufel jagen. Allein: was bliebe dann noch von der Massenpartei PDS?)

3. Das "Phänomen Hitler"

Der auch in der Sowjetunion heftig geführten Debatte über "Das Phänomen Stalin" entspricht die deutsche (mittlerweile auch von Linken begünstigte) Debatte über "Das Phänomen Hitler". Der sich im "Historikerstreit" 1986 ankündigende Wechsel der Geschichtsbewertung des Nationalsozialismus, errang mit Fall der Mauer den Durchbruch und erreichte im Golfkrieg die im weitesten Sinne Linke, die 1986/87 noch gegengehalten hatte. Dazu einige kurze Anmerkungen:

3.1 Ernst Noltes Gleichsetzung vom bolschewistischen "Klassenmord" mit dem nationalsozialistischen "Rassenmord", seine Prioritätenliste - Hitler als Reaktion auf Stalin und sein Versuch, die Singularität der Judenvernichtung anzugreifen, scheiterte zunächst im letzten. Sein Sieg war allerdings die breit entfaltete Diskussion um Geschichtsrevision, die vor ihm einem viel gelesenen Historiker wie David Irving u.a. wegen seiner unverhüllten Nähe zu Rechtsradikalen nicht gelang. - Dabei war Nolte 1986 viel weniger bis gar nicht wegen seiner SU-Bewertung ins Kritikkreuzfeuer geraten. Offenkundig aber hatte er bereits damals den Machtantritt Gorbatschows 1985 als Beginn des Niedergangs der sowjetischen "Supermacht" gewertet. Die nachfolgenden vier Jahre - Zusammenbruch des RGW und der DDR - haben ihm das triumphale Comeback seiner Geschichtsneuschreibung geliefert: 1991 schreibt Nolte - ohne Gegenwehr wie vor fünf Jahren - in der FAZ über den "Irrtum" deutscher Geschichte, als sich Hitler aus Panik über den 1917 von den Bolschewiki entfesselten "Weltbürgerkrieg" zum Zweiten Weltkrieg und der Judenvernichtung hinreißen ließ. "Daher sollte das Jahr 1933 nicht mehr als ein autonomes Epochenjahr gelten, vielmehr muß es als feindselige Imitation des wichtigeren russischen Jahres 1917 gesehen werden." - Der Ex-Gorbatschow-Berater Daschitschew hat die These vom deutschen "Rassenkampf" gegen den sowjetischen "Klassenkampf" als Ursache für die historischen Übel anläßlich einer deutsch-sowjetischen Historikerkonferenz zum 50. Jahrestag des Überfalls auf die UDSSR ausführlich übernommen. Seiner und weiterer sowjetischer Kollegen Versuch, die opfer- und schuldmäßige Gleichgewichtigkeit zwischen den beiden "Phänomen" herzustellen, erleichtert hiesige Vergangenheitsüberwindung total. Nicht mehr mühsame Verleugnung deutscher Taten, ihre Relativierung schafft Genugtuung. Wie wohltuend entlastet doch das Gedenken voll Abscheu an die Opfer beider Ungeheuer Taten. - Der "Spiegel" veröffentlicht im Juni 1991 eine Totalitarismus-Serie "Die Genies des Bösen" des englischen Historikers Alan Bullock, der zwei "asiatische Untaten" gleichsetzt: "Was dem einen 'die Juden', waren dem anderen 'die Kulaken'". Zugegeben: neu ist nicht eine der aufgestellten Thesen, periodisch sind sie in den Nachkriegsdiskussionen immer wieder einmal aufgetaucht (das gilt insbesondere für den populären Hitler-Stalin-Vergleich von Bullock). Neu ist nur ihre Selbstverständlichkeit im - postmodern ausgedrückt - "staatspolitischen Diskurs" der BRD und ihre vermeintliche historische Bestätigung durch den Zusammenbruch des sowjeti-

schen Systems.

3.2 Im Golfkrieg ist von linker Seite in mehrfacher Hinsicht die Neuschreibung deutscher Geschichte begünstigt worden, und zwar ausdrücklich auch von solchen Linken, die sie als Mahnung für die Zukunft begreifen: - Saddam = Hitler hat in dieser Eindeutigkeit Enzensberger gesagt, Biermann steht ihm nur um Weniges nach. Andere variieren dieses Thema über die mögliche Gleichsetzung von Anti-Saddam- und Anti-Hitler-Allianz (besonders Reemtsma/Gremliza) ohne auch nur den Vergleich Zweiter Weltkrieg mit dem Golfkrieg infragezustellen. - Die zuerst am Beginn des Golfkriegs von dem Historiker und Kohl-Berater Michael Stürmer aufgestellte Formel, Auschwitz lehre, es gebe Schlimmeres als den Krieg, ist wie selbstverständlich in die linke Debatte eingegangen (siehe auch Joachim Bruhn in der AK-Debatte und in seinem Buchbeitrag "Hitler von Bagdad", man müsse die USA "gegen eine Kritik in Schutz nehmen, die nicht weiß, daß es noch Schlimmeres gibt als den Imperialismus"). - Relativierung von Auschwitz: Mehrfach werden der irakische Raketenterror und die Giftgasdrohungen gegen Israel mit dem Holocaust verglichen, so u.a. von 150 Historikern, deren Prominenteste 1986 überwiegend gegen Nolte Position bezogen haben, aber auch Biermann ("Was Hitler seine Leute in jahrelanger blutiger Handarbeit üben ließ: die Ausrottung des jüdischen Volkes, das wird Saddam Hussein jetzt auf einen Streich mit einem Knopfdruck versuchen.") - Die Linken sind die Faschisten von heute variieren Pohrt, Peter Schneider, Broder, Enzensberger und Karl-Heinz Bohrer ihre antilinke Botschaft.

4. Abschied vom Anti- imperialismus

Dem linken Paradigmenwechsel entsprechend relativiert sich die Imperialismuskritik nicht nur für den historischen Zeitpunkt Zweiter Weltkrieg/ Anti-Hitler-Koalition, sondern im Gefolge des realsozialistischen Zusammenbruchs generell. Befreiung war das Werk nur noch der Amerikaner, nicht mehr der Sowjets. Die Amerikaner hatten gute Ziele. Historische Gleichmacherei und Weißwäsche erklärt nicht mehr die imperialistischen Handlungen trotz ihrer nicht nur unterstützenswerten Ziele deshalb für richtig, weil sie in einer erkennbaren historischen Situation gegenüber dem Übel nationalsozialistischer Weltmacht- und Vernichtungspolitik anders zu werten sind, sondern es erklärt den "aufgeklärten" Imperialismus für unterstützenswert, das System und die westlichen Werte, die die USA repräsentieren. Der Antiimperialismus bzw. die Imperialismuskritik muß zu diesem Zweck als niederes Motiv denunziert, auch die Geschichte des antiimperialistischen Kampfes neu geschrieben und ihrer Ursachen, ihrer sozialen und revolutionären Antriebe entkleidet werden. Anti-Antiimperialismus ist angesagt. Keine Zeit ist günstiger, als die von Niederlagen und des Fehlens jeder aktuellen Befreiungsperspektive. Kritisiert man die Golfpolitik der imperialistischen Staaten, ist man für Saddam (Bruhn führt dies im AK gut vor). So gehen grundsätzliche Kritik von links und die Akzeptanz westlicher Weltbeherrschung durchaus zusammen, so lange es eben Schlimmeres geben könnte (Bruhn u.a.). Dieses Argumentationsmuster, das zu Zeiten des lebendigen realen Sozialismus von rechts immer wieder als Reduktion von Kommunismus auf Stalinismus bemüht wurde, kennt jetzt diesen als Hindernis nicht mehr.

4.1 Einige sind beim Vertreten westlicher Werte ohne linke Hemmungen und begreifen ihre Vermittlung durchaus als wenig friedlichen Prozeß. "Nur noch bei den Angelsachsen findet sich ein selbstverständlicher Umgang mit dem Horrorszenario (der ihnen schon 1944 erlaubte, Dresden und später Hiroshima fast ohne moralische Skrupel auszulöschen)", schreibt der Herausgeber des "Merkur", Karl Heinz Bohrer positiv zustimmend. "Als Herren der Geschichte des 20. Jahrhunderts haben sie kein Schmerz- und Schuldbewußtsein entwickelt, sowenig wie der subjektiv gesund sich fühlende zum Psychiater geht. Sie sind so selbstbewußt, weil ihre Moral praktisch, ein Teil ihrer Praxis ist: ihre Semantik ist immer noch abgedeckt vom heiligen Zweck." Würde ich sagen: bereits Hiroshima ist anders zu bewerten als die Bombardierung Dresdens, die Ziele der USA und Großbritanniens waren nicht einfach hehr (so wenig wie die der SU), sondern sehr zweckbestimmt, sowohl was das Beobachten von Allianzen anging (inklusive des Abwägens der Entscheidung, ob mit Deutschland gegen die SU oder mit der SU gegen Deutschland), als auch bei der Bestimmung des Zeitpunkts wann wie im Krieg interveniert wird, würde ich all das schreiben, wollte ich vermutlich nur meine Eltern rächen, wie die Heerschar von linken publizistischen Psychoanalytikern bereits Diagnose gestellt hat (dementsprechend konnte die Friedensbewegung unabhängig von ihren mit Sicherheit sehr unterschiedlichen Motiven und ihrer Bewußtheit gar nichts richtig machen, außer zu Hause bleiben oder den Krieg unterstützen). Wolfgang Pohrt hat in der Juni-"Konkret" die Bohrer vergleichbare Enthemmung von jeder historischen Gebundenheit dadurch zum Besten gegeben, daß er den Vergleich Drittes Reich Deutschland mit dem Irak auf die Spitze trieb, indem er von den nach dem Krieg unterwürfigen USA ("die westliche Führungsmacht", die überall da "als Ausputzer mit Wischlappen und Kehrichteimer herbeidienerte", "wo Hussein hinkotzte") endlich auch die Bestrafung "der irakischen Zivilbevölkerung" verlangte, damit sie "ihre Verantwortung für die Taten der Machthaber zu spüren bekommt, die sie unterstützt oder geduldet hatte." Die historische Gleichstellung Deutschlands mit dem Irak treibt bei Pohrts Haß auf die Antizivilen immer reaktionärere Blüten. Er "übersieht", einfach, daß - in Kumpanei der USA mit Machthabern wie Saddam - die "Strafe" die irakische Bevölkerung bereits in einem Umfang getroffen hat und weiter trifft, sowohl im Kernland als auch als irakische Kurden (wogegen die Leiden der deutschen Zivilbevölkerung nach 1945 fast ein Zuckerschlecken darstellten, was sie natürlich auch nicht waren), daß ich fast ins Psychologisieren käme, ob Pohrt an den Irakiern Genugtuung fordere für die Schmach, die die Alliierten unseren (Groß-)Eltern angetan haben.

4.2 Ich halte es für keinen Zufall, daß gerade jetzt, sozusagen als Rollback zur IWF- Debatte vor einigen Jahren, auch eine ökonomische Neubewertung des Verhältnisses Erster zu Dritter Welt begonnen hat. Belegt werden soll, daß die Erste nicht auf Kosten der Dritten Welt lebt, auf diese gar nicht mehr angewiesen ist und diese in ihrem (natürlich selbstproduzierten) Elend alleine lassen könnte (vergleiche Jörg Goldberg und Kurt Hübner in der Februar-Konkret). Weniger ökonomisch, mehr ideologisch, nur deutlich reaktionär, drei Kurzessays von Michael Walzer und Hans- Christoph Buch im Mai in der TAZ: Äthiopien, Angola, Kuba, Nicaragua, Kambodscha und Vietnam - all diese Verschiedenheiten seien Beleg dafür, daß die Völker der Dritten Welt nicht Opfer von Weltbank, US-Imperialismus oder EG seien, sondern der "Korruption der einheimischen Eliten", "Geiseln ihrer durch fremde und eigene Schuld vermurksten Geschichte", sozusagen der Geschichte an sich (oder für sich?). Guerilleros, so Buch "foltern und morden", "begehen Massaker bis hin zum Völkermord der Roten Khmer in Kambodscha", arbeiten "mit Drogenhändlern und gewöhnlichen Kriminellen" zusammen etc. Was liegt da näher, als die Gendarmen des Kapitalismus Gendarmen und seine Marktwirtschaft mal richtig zum Zuge kommen zu lassen, ganz so, als wenn die dort nicht bereits gewütet hat.

5. "Zivilgesellschaft" und Marktwirtschaft

Die künftige Utopie hat auch bereits ihren Namen: "Zivilgesellschaft". Ihr wirtschaftliches Pendant ist die ökologische Marktwirtschaft. Die civil society soll den Raum "zwischen Ökonomie und Staat" ausfüllen. Ihr Hebel: die Öffentlichkeit, die "kommunikative Macht" (nach Habermas). In der Weiterentwicklung, wie sie Micha Brumlik kürzlich in der TAZ entwarf, wird die Zivilgesellschaft mit der Theorie des "Kommunitarismus" verknüpft. Anknüpfend "an dem ganzen Ensemble bestehender Lebensformen" wie "Familien, Freundschaften, Glaubensgemeinschaften, Verbänden" verzichtet die "Zivilgesellschaft" auf umfassende Gesellschaftsveränderung und den "unmenschlichen Planbarkeitswahn des Leninismus", baut auf dem Bestehenden auf. Der Macht des Geldes und ihrer Administration (dem "System", Habermas) wird eine breitgefächerte Öffentlichkeit für das Ziel einer gebändigten, ökologisierten Marktwirtschaft entgegengesetzt. Ihr parteilicher Träger wären die Grünen, oder vermutlich authentischer, die Grünen als Bürgerbewegung. Habermas hat kürzlich in einer eher resignierten Rückschau auf die BRD-Geschichte von einer "Arbeitsteilung zwischen Regierenden" und dem "zivilen Bürgersinn" gesprochen, die Reformen bewirke, die die Regierenden alleine nicht zustandebrächten. Der konkrete, durch die zivile Kritik mitgeformte Weg der bundesdeutschen Westintegration unter Adenauer sei entgegen seiner früheren Einschätzung "eine große Leistung" gewesen. Aber ohne die Bürgersinnigen wäre "aus neokonservativem Mief und Gelsenkirchener Barock niemals eine tiefergehende Identifikation" mit der BRD hervorgegangen. Der stille Abschied von der Revolution sowieso, von der Systemkritik drückt sich hierin aus und beschreibt exakt den wesentlich über die Grünen erfolgten Verlauf der meisten Linken. Fülberth hat in der "Konkret" zum einen auf die Nähe dieser Zivilgesellschaftsdebatte zur Gramsci- Debatte verwiesen, womit ein weiteres, im PDS-Umfeld befindliches zivilgesellschaftliches Potential angesprochen wäre. Zum anderen verweist er darauf, daß "Zivilgesellschaft" eher etwas "für feine Leute in feinen Ländern" sei. Die konsumfreudigen Citoyens bedürften der Zurechtstutzung der Zivilgesellschaft zu einer "Idylle durch Verleugnung der Barbarei, auf welcher sie ganz offensichtlich beruht", betrachtet man sie im Maßstab internationaler "Arbeitsteilung". M.E. hat sich gerade dieses zivilgesellschaftliche Element in der Golfkriegs-Debatte ausgelobt: Die Identifizierung mit Zielen und Erträgen der Ersten Welt und ihre Gefährdung durch Dämonen der Dritten Welt.

6. Golfkriegs-Nachlese

Glaubt eigentlich noch irgendjemand ernsthaft die gesammelten ehrenwerten und moralischen Kategorien, die während des Golfkriegs zu seiner Legitimation - auch seiner reduzierten vom "Richtigen im Falschen" - angeführt wurden? Wenn Nein, dann wäre Entspannung angesagt, wenn Ja, dann müßte nachgelegt werden. Zumindest im nachhinein

erkennbar, war es nicht das Ziel des Krieges, den Weg zu einer demokratischen Entwicklung im Nahen Osten zu öffnen, sondern, neben nicht unwesentlichen innenpolitischen Aspekten der US-Gesellschaft, das Halten von Macht- und Einflußbalance in der Ölregion, bis zum nächstenmal. Mögen Pohrt, Broder, Eike Geisel und Benny Peiser auch noch so sehr das "eigentliche Kriegsziel" bei Bush einklagen, mehr als Propaganda ist es nicht gewesen. Öl- und Waffengeschäfte laufen wieder bestens.

6.1 Die linke Reaktion auf den Golfkrieg war eindeutig medienmanipuliert. D.h.: sie erfolgte nicht aus einer Analyse und Diskussion der Kräfteverhältnisse und Prozesse im Nahen Osten, sondern reagierte auf Stimmungen und Ereignisse, die infolge der Kriegsvorbereitung rübergebracht wurden zwischen kriegsablehnend und kriegsbefürwortend. Wie einfach so eine Manipulation geht, hat ja das Beispiel des ölverschmierten Geiers oder Kormorans gezeigt, der die Gemüter bewegte. In Ermangelung eines besseren Bildes hatte CNN denselben kurzerhand aus Archivbildern vom Öltankerunglück vor Alaska entliehen. Gemerkt hat's keiner. Zur linken Reaktion einige Anmerkungen: - Alle Fakten der Bedrohungslage im Golfkonflikt, inklusive Saddams Drohungen gegen Israel und die Scuds waren seit August 1990 bekannt. Nichts Neues ist hinzugekommen. Neu war nur die jeweilige Propaganda zur unmittelbareren Kriegsvorbereitung. In den USA ist beispielsweise aufgrund einer Umfrage die bis dahin vertretene Version, der Irak könnte in zehn Jahren über Atomwaffen verfügen, auf höchstens zwei Jahre verkürzt worden (was hierzulande übernommen wurde), mittlerweile ist man wieder bei den alten Schätzungen angelangt). In der Umfrage hatten nämlich 31% das Öl, 35% die Wiedereinsetzung der kuwaitischen Scheichs und 54% die irakische Atombombe als akzeptablen Kriegsgrund angesehen. Reagiert wurde seitens der linken Kriegsbefürworter, als die USA und Alliierte ihre Drohung realisierten und der Irak wenige Tage drauf einen Teil seiner Drohung gegen Israel wahrmachte. - In der BRD hatten m.W. zuallererst Broder und Peiser in der ersten Januarhälfte vor Kriegsbeginn (das Ultimatum lief am 15. Januar ab) via TAZ auf Kriegsbefürwortung wegen der Bedrohung Israels plädiert, nachdem Saddam Hussein kurz vor Weihnachten seine Drohungen verschärft hatte. Alle linken Kriegsbefürworter bis dahin, hatten andere Motive geltend gemacht: die Ausfüllung der Weltmachtrolle Deutschlands (Knapp und grüne Realos), die Ausfüllung der Funktion Weltpolizei durch die UNO angesichts völkerrechtswidriger Besetzung Kuwaits (so Micha Brumlik, der als erster die "Patriots"-Diskussion angestoßen hatte, in mehreren Artikeln in "links" und "Kommune".) - Ähnlich die deutsche Medienreaktion: dem anfänglichen Nachgeben gegenüber der Weltuntergangesstimmung, bzw. sogar ihrer Förderung von der Ökokatastrophe bis zum Terrorismus folgte das realpolitische Einschwenken: ab da war immer weniger bis kein Platz für Kriegsablehnung. Die kriegsbefürwortende Argumentation wurde nachholend und gründlich geliefert.

6.2 Analog zu den Medien verlief die Friedensbewegung als Massenbewegung, die nur vierzehn Tage durchhielt und mit der Bonner Demo vom 26.1. bereits im vollen Niedergang war. Als ihr medienmäßig und durch SPD, DGB etc. die Liebe entzogen wurde, verschwand sie. Woher aber kommen die eklatanten Wahrnehmungsunterschiede über die Haltung zum Krieg in der BRD unter Linken? Wolfgang Schneider beschreibt in der März-"Konkret" eine BRD der antiisraelischen, antisemitischen, die Geister der Eltern, eher Großeltern herbeisehnenden Antikriegsbewegung, die der Realität hohnsprechen, als würde die Bewegung die Bevölkerung, und nicht nur eine Minderheit der im weitesten Sinne aktivierbaren Teile repräsentieren. Die Mehrheit der Bevölkerung war von Anfang an für den Krieg (laut Infas/Spiegel-Befragung nach Kriegsbeginn: 66%, 57% fanden den Zeitpunkt unabdingbar, nur 4% sahen Bush als kriegsverantwortlich. Für den Krieg waren 81% CDU-, 52% SPD- und 47% Grünen-Anhänger, die Demonstrationen befürworteten 31%, größte Sorgen: Hineinziehen Israels 61%, Umwelt 56%, dann Terror und Türkeiverwicklung). Nach dem Krieg hatte die Zustimmung auf 81% zugenommen, Bush hatte in der Popularität der BRD-Bevölkerung Superstar Gorbi überrundet. Diejenigen, die wie die "Konkret" behaupteten, gegen den Strom zu schwimmen, lagen gar nicht so schlecht im Fahrwasser. Ihre wütenden Attacken richteten sich daher auch nicht gegen die deutsche Politik und die Bevölkerungsmehrheit, sondern gegen die Linke (besonders ihre antiimperialistischen Teile), denn "naturgemäß" war unter denen, schon gar nicht unter den CDU-Anhängern, die überwiegende Kriegsgegnerschaft zu finden. Wenn schon diese Wahrnehmung so unterschiedlich ist, so läßt sich dann natürlich auch schwer darüber streiten, welchen Part die BRD/Deutschland spielte. Aus der Tatsache, daß ihr Interesse anders war, aufgrund der historischen Entwicklung anders sein mußte, als das, sich zentral am Kriegsgeschehen zu beteiligen, die umgekehrte Schlußfolgerung zu ziehen, es habe sich herausgehalten (weil es auf Seiten des Irak stand, wie von einigen sogar noch hinzugefügt wird!) und dabei nicht realisiert wird, daß seitens der westlichen Führungsmacht im Nahen Osten, den USA, die Beziehungen zum Irak erst ab der Jahresmitte 1990 zu feindlichen erklärt wurden, bis dahin Handel und Wandel normal waren, wenn also die Bewertung nicht danach erfolgt, daß die BRD anderes Engagement und anderes Vorgehen zur Wahrung eigener Interessen praktiziert hat und trotzdem Teil der westlichen Allianz war, zeugt dies von einem weiteren Analysedefizit - oder, wie im Fall Gremliza/Reemtsma, aus einer von den materiellen Interessen der Westalliierten (vor allem USA und Großbritannien) abgekoppelten Wertung des Golfkrieges als das Positive mitvollziehende Intervention, ist also eine politische Differenz über die Interessen, die im Krieg wahrgenommen wurden. Umgekehrt müßte die über die unzweifelhaften Faschodurchsetzte Giftgasconnection als eine politisch betriebene deutsch-arabische Connection zur Vernichtung Israels als versuchen Belege für diese These beizubringen und sie gegenüber den anderen westlich-arabischen Connections und den damit verfolgten Interessen werten, sie davon absetzen. Ich gehöre zu denen, die davon bislang nicht von zu überzeugen waren.

6.3 Noch einmal zur Debatte um den linken Antisemitismus im Kontext des Golfkrieges. M.E. hat sie objektiv den Part der Schwächung der Kriegsablehnung gespielt. Es ist agitiert, unterstellt, entlarvt und in Motive interpretiert worden. Der größte interventionistische Erfolg während des Golfkriegs, so Fasanbass und Ulli K. im ak, ist der Abschuß Ströbeles durch Broder gewesen. Neben der ärgerlichen moralischen Selbstgerechtigkeit, die aus ihren Zeilen spricht, wird damit der linke Antisemitismus, nicht einmal der gesellschaftliche (der sich mit Kriegsunterstützung vertrugl), zum zentralen Auseinandersetzungsgegenstand während des Golfkrieges erklärt. Das ist in der Tat eine Differenz gewesen, die gemeinsames Handeln auch nicht mehr möglich gemacht hat! Das gilt natürlich besonders dann, wenn gegenüber mancher Kriegsbefürwortung die Distanz wegen "sympathischer Motive" geringer erklärt wird, als zu den möglicherweise falsch begründenden "antiimperialistischen" Kriegsgegnern. Es wird nicht einmal der Versuch gemacht, den linken Antisemitismus zu definieren oder zu qualifizieren. So hat m.E. Broder sehr routiniert all die Elemente an wirklichem und vermeintlichem Antisemitismus herausgekitzelt/-provoziert, die er vorher kannte. Was er von der Linken erwartete, fand seine Bestätigung. Auch der bislang krasseste Fall beim Radio Dreyeckland bestätigt Gewußtes und befördert nicht Neues, drückt keine neue Qualität aus. Die nachzuweisen ist auch nicht Broders Interesse. Sondern sie im Kontext Kriegsgegnerschaft zu überführen war sein nicht verhülltes Ziel. Einen realen Begriff von wirklichem und aufgrund der politischen Position unterstelltem Antisemitismus müßte aber unser Ziel sein, wenn wir die Auseinandersetzung mit dem harten und dem nicht-bewußten linken Antisemitismus führen wollen. Da der Antisemitismus-Vorwurf - so meine These - aber nicht vom Erkenntnis- oder Veränderungsinteresse geleitet war, sondern vom politisch bestimmten Motiv, die Haltung zum Krieg zu begründen oder die anderer anzugreifen, ist diese in der Linken bislang von uns anerkannt unterentwickelt geführte Diskussion nicht im mindesten weitergekommen, auch nicht in der "Minderheit". Wer den Beleg führen wollte, daß es in der Linken Spielarten des Antisemitismus gibt, hat ihn bekommen. Wer linken Antisemitismus leugnet, muß ihn auch in seiner krassesten Variante wegleugnen. Aber was erklärt das am Golfkrieg und den damit verbundenen gesellschaftlichen und linken Entwicklungen? Was klärt das, wenn beispielsweise meine These stimmt, daß nicht die Sorge um Israel, sondern die Zustimmung zu westlicher Interessens-Absicherung und Verteidigung abendländischer Kultur die Kriegszustimmung dominierten? Sowohl die theoretische als auch politische Definition des Antisemitismus und ihre Scheidung von unmittelbarer politischer Interessenslage steht noch an.

7. Krise der antinationalen Orientierung

Die antinationale Orientierung, die wir nach der Wiedervereinigung begonnen haben, hat im Golfkrieg einen Knacks bekommen, obwohl ihre strategische Relevanz für Politikentwicklung bereits vorher in die Krise geraten war. Vermutlich werten wir die Ursachen dafür verschieden. Die FrankfurterInnen haben in ihrer KB-Austrittserklärung die Ernsthaftigkeit, bzw. den Gehalt des "Nie wieder Deutschland" bei einigen aus der "Minderheit" infragegestellt. Nun ist dazu mit Sicherheit eine Debatte notwendig. Schaut man sich Jürgens Beiträge dazu an, so wird NWD tendenziell zum Theorieersatz plus real- und bündnispolitischer Handlungsanleitung. Aber taugt die Formel NWD, um Konflikte, wie den Golfkrieg zu erklären? Daß wir bei deren Einschätzung bereits Analyse- und Wahrnehmungsunterschiede hatten, habe ich oben beschrieben. Das gilt auch für die Rolle, die die BRD in diesem Krieg gespielt hat, wovon das Giftgas ein Teil war, aber nicht das Ganze. Aber was helfen uns beispielsweise die Agitationselemente von Jürgen (ak 328) zur Erklärung der Lage? Ein bischen Grass, weil gegen Deutschland verwendbar, kann ja nicht darüber hinwegtäuschen, daß derselbe Grass ins gleiche Kreuzfeuer, antiisraelisch zu sein, geraten ist (siehe die Schriftstellerkontroverse Grass/Yoram Kaniuk). Ein bischen Amos Oz, weil der lieber deutsche Chemiefabriken bombardieren wollte als den Irak, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der im selben Interview sich Enzensbergers Saddam/Hitler-Wertung angenähert hat. Anders ausgedrückt: was aus "Konkret" politisch wird, weiß ich nicht, außer daß ich Befürchtungen habe. Daß "Konkret", von uns insbesondere in den letzten zwei Jahren als antinational geschätzt, heute jemanden wie Pohrt zunehmend zentral pu-

blizieren läßt, der sich tatsächlich als der umgestülpte Nationalist erweist, als die Deutschlandgegner in den letzten Monaten häufiger apostrophiert wurden, ist bedenklich genug. Pohrt hat nicht mehr Deutschland im Visier, sondern entlastet es zunehmend, agiert für den autoritären Staat und Abschottung der "Nordländer gegen den Süden", wie es in der mittlerweile sich links nennenden Nord-Süd-Diskussion heißt. Es nützt auch nichts, wie Jürgen, eine außerparlamentarische Bewegung zu berufen, die es nicht deswegen gibt, weil eine Veranstaltung mit 400 Leuten in Hamburg diesen Titel trug. Ich denke, die von Jürgen daraufhin ausgesprochene Hoffnung dürfte jetzt bereits enttäuscht sein. Wir kommen daher m.E. gar nicht umhin, unsere ausschließlich für die Phase der Wiedervereinigung konzipierte NWD-Orientierung als antinationale Politik neu zu diskutieren: sowohl was die internationale Konstellation und die deutsche Rolle angeht (siehe Golfkrieg), als auch die innere Entwicklung Deutschlands (siehe dazu den Artikel von pe./Westberlin in AK 331, der nicht nur die Kurz'sche ökonomische Zusammenbruchsprognose übernimmt, sondern auch dessen politische Ableitungen, die - soweit ich begriffen - diametral unserem bisherigen Agieren gegen das neue Deutschland widerspricht). Der inhaltliche Einbruch und die daraus resultierende Desorientierung so gravierender Ereignisse wie der SU-Entwicklung/ RGW-Zusammenbruch, Wiedervereinigung und Golfkrieg ist zu tief, als daß wir momentan auf schnelle linke Erholung rechnen können. Inhaltlich zu tun gibt es mehr, als die kleine "Minderheit" und ihr Umfeld bearbeiten können. Einige Inhalte, die ich angesprochen habe, sind m.E. zentral für die Klärung unserer weiteren Perspektive: - Antifaschismus/deutsche Geschichte, - RGW- Zusammenbruch/Gorbatschowismus/Stalinismus, - Imperialismuskritik/Antiimperialismus, - Dritte Welt/Erste Welt/Migration, - Zivilgesellschaft, - (ökologische) Marktwirtschaft/marxistische Ökonomie, - (linker) Antisemitismus, - Deutschland, ökonomische Entwicklung/ Nationalismus/ Rassismus. Gelänge es nur, einige dieser Felde inhaltlich ernsthaft zu bearbeiten, bzw. uns mit den Arbeiten, die andere dazu leisten/geleistet haben, auseinanderzusetzen, wäre schon eine ganze Menge erreicht und mit inhaltlichen Klärungen, die wir im KB nicht mehr angelegt sahen, endlich begonnen. (Wobei ich in diesem Text zur KB-Geschichte gar nichts gesagt habe.)

Hr.

Dach-AK und Minderheit

Ich beziehe mich im folgenden auf den in der Null-Nummer der Bahamas veröffentlichen Beitrag von cl./Westberlin. Auch die folgenden Zeilen stehen somit unter der noch ungeklärten Prämisse einer Mitarbeit am AK.

Ich stimme zu, da die Minderheit den Dach-AK "als strategisches Projekt" für erledigt klären sollte. Ursprüchlich war mit diesem Anspruch eine Zeitung verbunden, die ihren Charakter als Org-Zeitung aufgebend als übergreifende Plattform die für Kommunistlnnen derzeit notwendigen Debatten zu organisieren und die aktuellen Geschehnisse aus fortschrittlicher Sicht zu kommentieren sucht. Ein derartiges Zeitungskonzept kann nur einer gemeinsamen politischen Diskussion und Willensanstrengungen entspringen. Doch gerade in diesem Punkt hat sich die Mehrheit als absolut unfähig bzw. unwillig erwiesen. Der 4. Kongress war dafür der letzte und entscheidende Beleg. Man will nicht mit uns zusammenarbeiten, weil unser politischer Ansatz für ein derartiges Plattform-Projekt für unverzichtbar gehalten wird, sondern würde, ganz im Gegenteil, lieber heute als morgen nicht auf unsere "Kompetenz", wohl aber auf unsere politische Richtung verzichten, was derzeit jedoch als nicht opportun, bzw. nicht möglich betrachtet wird. Ich stimme ebenfalls zu, da unser Verhältnis zur Zeitung ein instrumentelles ist: Die Zeitung ist ein politisches Instrument unseres Zusammenhangs, nicht umgekehrt. Oder in den Worten von cl.:"Die AK-Arbeit hat sich also an unserer Aktivität als Organisation zu richten."

Die Frage ist nur, worauf sich die Aktivität unseres Zusammenhang konzentrieren soll/ kann/wird. Cl. schlägt vor, die Minderheit solle sich schwerpunktmäßig auf die Organisation qualifizierter theoretischer Diskussionen konzentrieren und grenzt dies ab gegen eine KB-typische, unmittelbarkeitsfixierte, der Konjunktur des gerade Aktuellen hinterhechelnde Politik. Der AK solle dementsprechend das von uns bevorzugte Medium zur Vorstellung unsere Theorie-Diskussionen sein, während wir die Rubrik "Aktuelles" als etwas eher beiläufiges betrachten sollten, das nun mal anfällt und erledigt wird. Richtig daran ist, da wir mit der für den KB typischen Theoriefeindlichkeit, bzw. -ignoranz brechen und kollektive Untersuchungsprozesse über die etwa von cl. skizzierten Themen zu organisieren haben. Falsch und an den beliebten Fehler des Pendelschlages erinnernd ist m.E. die Absolutheit, mit der dies bei cl. gegen die Analyse von tagespolitischen Fragen und interventionistischen Ansätzen ausgespielt wird. (Während des Golfkriegs wiederspiegelte sich dieser unterschiedliche Ansatz in gewisser Hinsicht in der Forderung von cl. - vgl. ak 328 - auf die im AK präferierte Parteilichkeit zu verzichten.)

Ein Beispiel: Selbstverständlich hätte ich meine Redaktionsarbeit während des Golfkriegs und danach (Kurdenmassaker- und Verhandlungen) nach anderen Kriterien als denen der Aktualität ausrichten, bzw. derartige Darstellungen der Mehrheit überlassen können. Was aber auf keinen Fall möglich war: Derartige Fragen "beiläufig" abzuhaken. Wir haben momentan nun einmal eine Periode, in der sich die internationalen Beziehungen in einer Radikalität verändern, wie es vergleichbar nur 1914 oder 1945 der Fall gewesen ist. Da kann man ein so immens kompliziertes Problem wie die imperialistische Hilfestellung für die Kurden oder die BRD-Rolle im Golfkrieg nur für den Preis enormer Fehleinschätzungen en passant kommentieren. Die neue Weltordnung muß imperialismus-theoretisch begriffen, zugleich aber auch anhand ihrer Praxis studiert werden. Eine redaktionelle Arbeitsteilung, wonach die Mehrheit jene Teile des AK übernimmt, die sich auf die momentan in der Linken relevanten Fragen beziehen, während wir ab Seite 36 die Theorie-Part übernehmen, wäre aus meiner Sicht vollkommen unakzeptabel. Dies hängt mit meiner Überzeugung zusammen, da wir als ein politischer Zusammenhang zwar die aktuelle Begrenztheit einer interventionistischen Politik darlegen, nicht aber pauschal deren Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit in Frage stellen sollten. Wir werden auch in Zukunft mit Hunderten von Fragen konfrontiert sein, die den besseren Teil dieser Gesellschaft nicht ruhig schlafen lassen und eine noch kleinere Personengruppe zu Aktivitäten gegen die Erscheinungsformen des Imperialismus veranlassen wird. Sagen wir: erneuter RAF-Hungerstreik, Fascho-Offensive im Osten, militärische Einmischung des Imperialismus im Baltikum oder in Slowenien, Sternmasch der DDR-Arbeitslosen nach Bonn etc.pp. In der KB-Vergangenheit der letzten 10 Jahre wurde all soetwas in der Regel als Chronistenpflicht im AK dargestellt, hier und da durften die Ortsgruppen nach eigenem Gutdünken machen was sie wollen. Die Alternative hierzu kann m.E. nicht darin bestehen, da wir uns mit Verweis auf die unsererseits geplanten Schulungsprojekte von derartigen Herausforderungen verabschieden, anstatt eine Bewertung und inhaltliche Intervention zumindest zu versuchen. (Was real machbar ist,

steht auf einem anderen Blatt.) Insofern können der Charakter unserer AK-Mitarbeit und unser Politikverständnis als ein politischer Zusammenhang nicht voneinander getrennt werden.

Wenn es mal für einen Augenblick erlaubt ist, zu träumen, würde ich mir eine politische Schwerpunktsetzungen der Minderheit etwa wie folgt vorstellen können (es handelt sich im Folgenden um einen ganz schematischen Ansatz, den aufzuschreiben mir nur unter dem einen Aspekt sinnvoll erscheint, mögliche Differenzen im politisch-ideologischen Grundansatz unter uns besser fassen zu können): Ich gehe mal davon aus, da von unseren knapp über 70 Mitgliedern etwa 1/3 beruflich und persönlich derzeit in der Lage ist, eine bestimmte kontinuierliche Aktivität im Kontext der Minderheit zu übernehmen. Ich gehe zweitens davon aus, da es in unseren Reihen unterschiedliche Schwerpunkt-Ambitionen gibt: Hier eine stärkere Motivation, schulungsmäßig an der kommunistischen Theorie-Entwicklung zu arbeiten und historische Prozesse aufzuarbeiten. Dort eine stärkere Motivation, über die Bedingungen regionaler interventionistischer Ansätze einen Überblick zu behalten und eigenen Möglichkeiten nach Lage der Dinge (auch in Verbindung mit einer RL, so es sie noch gibt) zu prüfen. Und schließlich eine Gruppe von Leuten, die sich bevorzugt um die mit dem AK gegebenen Problemen kümmern würde. (Das das eine in das andere greift, ist klar, es geht hier lediglich um schwerpunktsmäßige Präferenzen.)Ich gehe drittens davon aus, da der organisatorische Zweck eines derartigen Zusammenhangs nicht zuletzt in der Arbeitsteilung liegt. Unter diesen Voraussetzungen wäre - idealtypisch - eine überregionale Koordination wie folgt denkbar: Ein Teil unseres Zusammenhangs befasst sich schwerpunktmäßig und überregional mit der Vorbereitung bundesweit ausgerichteter Schulungen (ansetzend an den Erfahrungen früherer SU-Schulungen) etwas zu Fragen des Nationalismus, des Antifaschismus, der Kritikansätze am Leninismus, der KB-Geschichte. Ein zweiter mit dem Bedingungen und Möglichkeiten einer politischen Intervention (darunter könnte etwa Arbeit an Zusammenhängen wie RL, ein kritischer Nachvollzug dessen, was sich diesbezüglich in der sonstigen Linken tut, der jeweilige aktuelle Austausch über die Möglichkeiten und inhaltlichen Prämissen einer positionellen Intervention etc. verstanden werden), was nicht minder komplizierte, aber halt "andere" Herausforderungen als die Theoriearbeit in sich birgt. Ein dritter Teil verantwortet die Arbeit am AK und alle drei Stränge laufen einigermaßen koordiniert (nicht zuletzt über den AK) zusammen.

Ein gemeinsamer Nenner für jene Stränge könnte darin liegen, da wir gemeinsam die Voraussetzung für unserer Aufhebung zu schaffen suchen: D.h. die Zuarbeit zu einem Projekt in Angriff nehmen, das sich vielleicht unter der Überschrift "Rekonstruktion der Voraussetzungen für einen organisierten kommunistischen Neuanfang" fassen ließ . Selbstverständlich wäre es lächerlich, uns selbst als der Kern einer irgendwann mal wachsenden neuen Organisation begreifen zu wollen. Wir könnten und sollten, meine ich, uns aber zu jenem Teil der Linken zählen, der die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen kommunistischen Organisation (in Abgrenzung zum Spontaneismus, zur Stalinismus und Komintern-Tradition wie auch zum Sozialdemokratismus) ebenso anerkennt wie den Tatbestand, da es sich hierbei um ein mehrjähriges Projekt handelt, da es eben keine formale sondern eine inhaltliche Kraftanstrengung erfordert. Für diesen Gedanken in der radikalen und Radikalen Linken zu werben, die eigenen Aktivitäten in diesen größeren Zusammenhang einzuordnen und einen Diskussionprozeß - vermittels des Instruments AK! - mit anderen zusammen zu initiieren, der sich in den entsprechenden Spektren darum bemüht, sich zunächst auf eine Liste der vor einem kommunistischen Neuanfang unbedingt zu bearbeitenden Fragestellungen zu verständigen, erscheint mir sinnvoll. (Um nicht mißverstanden zu werden: hierüber in Dortmund irgendwas "klären" zu wollen, wäre als Anspruch ganz fatal - mit geht es bei solchen - ich gestehe: abhebenden - Überlegungen um eine Anreicherung der dort fälligen Selbstverständnis-Diskussion.)

Zurück zum AK und dem Papier von cl. Selbst wenn wir uns nicht mehr als Herausgeber, sondern lediglich als ein gleichberechtigtes Redaktionskollektiv jenes AK begreifen, würde m.E. zweierlei gelten:Erstens wäre eine solche redaktionelle (und z.B. presseverantwortliche) Mitverantwortung kaum akzeptabel, wenn der AK tatsächlich "schlimmer noch als bisher, ein beispiellos pluralistisches Blatt" werden und "linksnationalistischer und rechtsopportunistischer Mehrheits-Murks...eine friedliche Koexistenz" mit unseren Beiträgen führen würde, wie es cl. befürchtet. Wenn wir als Strömung die redaktionelle Mitverantwortung für diese Zeitung nicht glauben übernehmen zu können, müssen wir die Finger davon lassen. (Es gibt immer noch die Alternative, aus dem AK mit dem Vorbehalt der garantierten Überlassung von 2-4 Seiten pro Ausgabe vollständig auszusteigen) Es muß - etwa mit Verweis auf das noch zu erstellende Editorial - für uns eine Schwerzgrenze geben. Zweitens wäre, wenn die Voraussetzungen einer Mitarbeit akzeptabel erscheinen, der AK nach wie vor das nicht nur für die Minderheit nach innen, sondern auch für die Politik unserer Gruppe nach außen das absolut wichtigste Instrument (ohne damit die Relevanz des in Eurer Hand befindlichen Organs schmälern zu wollen...). Einerseits als Medium für das, was wir zu sagen haben, andrerseits als Plattform für jene Strömungen in der Linken, die uns interessieren, und deren Beiträge und Debatten wir in diesem Organ zu dokumentieren hätten, zumal nach dem politischen Desaster der "konkret" eine Alternative jenseits der 3000-Auflage meines Wissens ansonsten nicht mehr existiert. Ein "politisches Projekt", und zwar ein zentrales, wäre unter dieser Prämisse der AK für uns allemal.

max., 19.6.91

WER ZU SPÄT KOMMT, DER HAT VERSPÄTUNG

In der Nullnummer der News teilt cl. seine, den Dach-ak ablehnende Position mit, und macht "*Anmerkungen zu einer nie geführten Diskussion nebst einigen Vorschlägen*", deren Kernaussagen in der Westberliner Redaktionsgruppe "*überwiegend auf Zustimmung stießen*". Im folgenden Papier will ich erklären warum der Text von cl. und sein darin formulierter Ansatz bei mir auf grundsätzliche Ablehnung stoßen, die von cl. noch im selben Text beendete Diskussion wieder aufnehmen, und begründen, warum ich den Dach-ak als zentrales politisches Projekt der Ex-Minderheit nach wie vor notwendig halte.

Um seine zentrale These zu begründen, nämlich "*den Dach-AK als politisches Projekt bzw. als strategische Option unmißverständlich für erledigt*" zu erklären, vertraut cl. offensichtlich eher auf Stimmungsmache als auf Argumentation. So wird in seinem Text ein Arbeitseinsatz für den Dach-ak prophezeit, der wohl selbst die hartgesottensten RedakteurInnen schreckt: Da investiert die Minderheit "*all ihre Arbeit*" in den Dach-ak, da hängt sie einmal "*mit all-ihrem Herzblut*", ein anderes mal gar "*auf Gedeih und Verderb*" an diesem "*Ding*" namens ak. Nicht zimperlich sind auch die Strafen, die die laut cl. auf so frevelhaftes Tun stehen: "*dann wäre das für die Minderheit ein Desaster, von dem sie sich nicht mehr erholen wird*". cl. sieht "*fatale*" Folgen und stellt die "*bange Frage*", "*warum wir uns von der Mehrheit getrennt haben*".

Über Gespräche mit Zentralheizungen ...

Dabei ist doch grade für cl. diese Mehrheit so notwenig; und sei es um sie, mal witzig, mal identitätsstiftend als Buhmann einzusetzen. "*Der Versuch, so darf gefolgert werden, von seiten der Minderheit via Dach-AK mit der Mehrheit eine Kontroverse zu führen, brächte also genausoviel wie wenn man mit einer Zentralheizung ein intellektuell anregendes Gespräch führen wollte - nämlich gar nichts, außer daß man sich selbst zum Narren macht*". Wer will das schon? Und beim Lachen über diesen sinnigen Vergleich wird auch gleich noch vergessen, daß der Wunsch im ak mit der Mehrheit Diskussionen zu führen nach unserem eigenen Kongreß-Antrag auf zwei Seiten begrenzt werden sollte, daß dies also keinesfalls <u>die</u> zentrale Begründung für den Dach-ak war, und demzufolge die behauptete Aussichtslosigkeit einer solchen Diskussion auch nicht <u>das</u> Gegenargument gegen den Dach-ak sein kann. Die Unmöglichkeit einer Debatte mit der Ex-Mehrheit hällt cl. aber auch nicht weiter für tragisch, "*denn einig ist sie sich einzig und allein in ihrer Ablehnung der politischen Option der Minderheit - ansonsten stellt sie einen völlig heterogenen Haufen dar*". Stehe ich völlig allein da, wenn mir hierzu nur noch "Projektion" einfällt ?
Bei genauerem Hinsehen stellt sich vieles in seinem Text als billige Effekthascherei heraus. Auch Vorschläge, wie denn ein "*rein instrumentelles*" Verhältnis zum Dach-ak aussehen könnte, enthalten meiner Meinung nach, entweder Gemeinplätze oder dokumentieren nur das Unverständnis von cl.: Zunächst schlägt er uns bspw. vor, sich die Erstellung 'aktueller' Artikel als etwas vorzustellen, "*was bei jeder Nummer mal so anfällt und jeweils erledigt wird*". Soetwas läßt sich vielleicht "vorstellen", zeugt aber nicht von einer realistischen Vorstellung wie selbst solche Artikel "erledigt werden". Immerhin weiß cl. den arbeitssparenden Rat, sich an der Erstellung solcher Artikel "*nur insoweit* (zu) *beteiligen, als wir bestimmte Ereignisse, Entwicklungen etc auch für objektiv wichtig erachten*". Genauso wertvoll ist auch die eindeutig-vieldeutige Idee, daß "*die Ak-Arbeit sich also an unserer Aktivität als Organisation zu richten hat*". Aber wenn der Dach-ak eh nur ein von uns "*bevorzugt benutztes Medium*" sein soll, brauchen "Vorschläge" wohl nicht konkreter bzw. nützlicher als diese sein.

...völlig heterogene Haufen...

Die unterschiedlichen Positionen zum Dach-ak sind Ausdruck der in Grundfragen des politischen Selbstverständnisse genauso auseinandergehenden Positionen. Während cl. offensichtlich davon ausgeht, daß wir als Ex-Minderheit bereits eine gemeinsame politische Option besitzen, obwohl er auch nicht in der Lage ist sie zu benennen, halte ich das Bild mit dem er die Ex-Mehrheit beschreibt, <u>für uns</u> mindestens genauso treffend: Ein völlig heterogener Haufen. Diese Heterogenität ist nicht nur bundesweit, sondern auch in den einzelnen Ortsgruppen festzustellen, und drückt sich in den widersprüchlichen Positionen zu aktuellen Entwicklungen (s.Golf...) genauso aus, wie in den unterschiedlichen Themengebieten zu denen GenossInnen arbeiten und auch in den verschiedenen Herangehensweisen an diese. Als aktuelle Zustandsbeschreibung der ehemaligen Minderheit ist jedenfalls der Begriff "Zirkelwesen" wesentlich näher dran als etwa der von cl. ständig verwendete Begriff "Organisation". Etwas anderes wäre "*in Zeiten krisenhafter Umbrüche wie den jetzigen, wo kein Linker* (und keine Linke) *für sich beanspruchen könne* (kann das doch jemand?), *die 'richtige Linie' zu vertreten*", auch unrealistisch. Es gibt keinen Grund vorwurfsvoll "Pluralismus" zu rufen, wenn gefordert wird, die real existerende Heterogenität unseres Ladens wenigstens wahrzunehmen.
Auf diese Situation müssen wir gleichzeitig in zwei verschiedene Richtungen reagieren: Zum einen mit Bereitschaft zu einer öffnung, und zum anderen mit vorsichtigen Versuchen (weiterer) Vereinheitlichung. Zunächst zu dem, was ich mit 'öffnung' meine. Außerhalb der momentanen Ex-Minderheits-Struktur gibt es in den diversen Teilbereichen der Restlinken einige Leutchen, die z.T. sehr qualifiziert an ähnlichen Fragen rumknabern wie wir: und zwar nicht nur welche aus der RL. Auch wenn sie dies manchmal im Bewußtsein machen, KommunistIn zu sein, wären diese Leute für eine K-Gruppen-Farce a'la LINKSWENDE u.ä., wohl nicht zu haben (nebenbei: ich auch nicht).
Wir sollten daher in Dortmund nicht nur darauf achten, welchen Namen wir "uns" geben, sondern auch wie ein anzustrebender Bund der KommunistInnen für die eben beschriebene Gruppe offen gemacht werden kann. Das mindeste, was wir uns hierzu einfallen lassen müssten, wären verschiedene Angebote, durch die Interessierte in Diskussionen einbezogen werden können, ohne daß sie sich gleich mit Forderungen nach verbindlicher Mitarbeit konfrontiert sehen. Dazu gehört sicherlich auch, daß wir Begriffe wie 'Svmpies' in unsere kommunistische Klamottenkisten verbannen. Denn diese Leute sind genauso wenig und genauso viel Svmpies wie wir. Was in der beschissenen Situation der gesamten Linken stärker Bedeutung für uns gewinnt, ist das qualifizierte und kritische Arbeiten an den entscheidenden Fragen. Dies ist wichtiger, als das Präsenthalten

vermeintlich kommunistischer Antworten, die es zu bewahren gelte. Eine gewisse Neugier und Offenheit, die hierfür notwendig wäre, ist gleichzeitig Vorraussetzung dafür, nicht auf alten Antworten sitzenzubleiben, sondern wirklich revolutionäre Antworten zu entwickeln.

...und 1 zentrales politisches Projekt

Da's nicht ausreicht die Welt zu interpretieren, sondern wir sie gründlich verändern wollen, ist es für uns dialektisch gekaderte Menschen klar, daß gleichzeitig zu dieser Offenheit auch darauf hingearbeitet werden muß, die schon beschriebene Heterogenität aufzuheben.
Als ein nach wie vor unübertroffene Mittel hierzu, sehe ich in der gemeinsamen Herausgabe einer Zeitung. Wodurch sonst, wenn nicht durch die möglichst kollektive Planung und Diskussion von Artikeln, können so schnell Unterschiede festgestellt und Gemeinsamkeiten in Fragen revolutionärer Theorie und Praxis entwickelt werden ? Zumindest das erste können sicherlich alle bestätigen, die dem jungen Westberliner Red.Kollektiv angehören. Was cl. als lästigen Sachzwang darstellt ("*alle 4 Wochen ein Produkt fertigstellen zu müssen*"), verstehe ich im Gegenteil als positive Verpflichtung zu verbindlichen Diskussionsprozeßen, und gleichzeitig als die uns am stärksten verbindende politische Praxis. Dies trifft wahrscheinlich auf die GenossInnen 'in der Provinz' am ehesten zu. Wie ein gemeinsamer Diskussionsprozeß zwischen uns allein durch (prinzipiell begrüßenswerte) Jours fixes und Seminare dauerhaft herzustellen, bzw. zu erhalten sein soll, kann ich mir nicht vorstellen. So sehr wir auch solche Formen, Strukturen verstärkt anwenden sollten, können sie jedoch kein Ersatz für ein gemeinsames Zeitungsprojekt sein.
Ebensowenig einleuchtend ist, warum die politisch-theoretische Qualifikation durch eine Zeitungsarbeit "*systematisch blockiert (wird), da sie dem Erscheinungsrhythmus der Zeitung gehorchte und wieder einmal nicht der Logik der Sache*". Welcher 'Logik der Sache' will cl. da endlich mal gehorchen, dürfen ? Und welcher Rhythmus hat ihn bislang daran gehindert ? Sollte dies jedoch ein erneuter Hinweis auf verstärkt zu führende theoretische Diskussionen sein, möchte ich dies, wie bei solchen Gelegenheiten allgemein üblich, begrüßen. Die Forderung "mehr Theorie !" erinnert mich aber auch daran, daß sie bei uns zwar oft erhoben wurde, bislang aber jedesmal allenfalls in Ansätzen umgesetzt worden ist. Die häufige Folgenlosigkeit des Einforderns, verstärkt bei mir den Eindruck, daß sie manchmal zur Legitimierung für eigenen Rückzug und politisches Nichtstun erhoben wird. Cl. hat ja Recht, daß das Theorie-Defizit in unseren Reihen angegangen werden muß. Nur irrt er gewaltig, wenn er glaubt, dies wäre maßgeblich der ak-Arbeit geschuldet. Für die seeligen KB-Zeiten trifft das sowieso nicht zu, und die bereits jetzt gesteigerte Artikel-Arbeit in Westberlin hat auch noch keine Theorie-Arbeit behindert - oder? Ich meine jedenfalls, daß die Forderung "Mehr Theorie !" als Argument gegen den Dach-ak nicht viel taugt. Angesichts der in der Ex-Minderheit existierenden Interessen fände ich es jedenfalls genauso falsch zu einer reinen Zeitungsgruppe zu werden, wie auf einmal auf 'Hauptseite Theorie' zu machen - aber vielleicht unterscheide ich mich da von cl. ja nur in der Gewichtung ?

Worin wir uns schon 'n bißchen unterscheiden, ist grundsätzlicher: Während cl. offensichtlich davon ausgeht, die Minderheit sei bereits eine Organsiation mit einer Option, und er angesichts der Ex-Mehrheit argumentiert, wir hätten der Zeitungsarbeit nur eine untergeordnete Rolle einzuräumen, sehe ich beides genau umgekehrt. Um uns von der real pluralen Strömung, die wir z.Zt. darstellen, weiterentwickeln zu können, brauchen wir offene Strukturen und ein gehöriges Maß Selbstkritik. Was wir nicht brauchen können, ist sich Abschotten und die Pose des Besserwissers, die bereits auf alles die richtige Antwort besitzen. Der Dach-ak kann uns, bei einer solchen weiteren Entwicklung der Ex-Minderheit ein wertvolles Hilfsmittel sein, das wir nicht leichtfertig verspielen sollten.
Konkreter auf den Dach-ak bezogen: Die Zusammenarbeit zweier Strömungen in einer Zeitung ist weder Selbstzweck, noch ist sie unter den gegebenen Bedingungen das, wovon wir träumen. Sicherlich ist der Ex-Mehrheit auch zu Recht ein lediglich taktisches Verhältnis zu unterstellen, aber warum sind wir nicht in der Lage ein ebensolches Verhältnis zum Dach-ak zu entwickeln ? Warum sagen wir uns nicht, wir nutzen ein Jahr für uns, und für die Suche nach autonomen Herausgabemöglichkeiten und mögl. BündnispartnerInnen ? Anstatt immer noch über die bösen Absichten der Ex-Mehrheit herzuziehen, sollten wir den Dach-ak als das begreifen was er letztlich für uns (nur) sein kann: Eine Chance gegenseitiger Qualifizierung in der Kritik und Entlarvung der Verhältnisse, und eine Möglichkeit für uns, den Widerspruch zwischen Offenheit und gleichzeitige Annäherung an eine gemeinsame Option auszuhalten. Wenn wir eine solche Option bereits hätten, könnten uns auch die bösesten Intrigen der Ex-Mehrheit nicht mehr den Mut rauben.

Ro. / Westberlin, 22.6.91

Verhandlungskommission Mehrheit - Minderheit Protokoll der Sitzung vom 18.6.91

TOP 1: Auszahlung der zweiten Rate KB-Vermögen
Max. weist die Passage über die zweite an die Minderheit auszuzahlende Rate, ("verbleiben als gemeinsames Vermögen auf dem AK-Konto, sind aber bis zur endgültigen Klärung nicht antastbar") in der von g. und He. unterschriebenen Vereinbarung über die Vermögensauszahlung als unrichtige Interpretation der am Rande der letzten Sitzung getroffenen Festlegung zurück. Sie lasse offen, wann die zweite Rate gezahlt werde oder ob sie beim AK verbleibe. Er beantragte, gemäß Kongressbeschluß auch den Restbetrag des vereinbarungsgemäß auf beide Strömungen zu verteilenden Restvermögens auf das Konto der Minderheit umgehend zu überweisen. He. und Re. verweisen darauf, daß die Frage der Vermögensauszahlung in zwei Raten, bereits zwei Sitzungen vorher angesprochen wurde, ohne daß sich von Seiten der MinderheitsvertreterInnen Widerspruch dazu regte. Wenn eine vorzeitige Auszahlung erfolgen solle, müsse die Frage der bislang vom KB getragenen Kosten für RedakteurInnen wie Urlaubsgeld, Kindergeld sowie die Frage nicht gezahlter Mitgliedsbeiträge geklärt werden. Es wird vereinbart, daß die Minderheit bis zur nächsten Kommissionssitzung die zweite Rate überwiesen bekommt und die o.a. offenen Punkte zuvor geklärt werden. Die Minderheit sichert zu, daa dieses Geld bis zum Ende der Verhandlungen festgelegt wird. He. macht eine Aufstellung über die Kosten von Urlaubsgeld und Kindergeld nach altem Modus und klärt diese Fragen mit g. Sab. recherchiert den Stand in der Frage nicht gezahlter/zurückgehaltener Mitgliedsbeiträge bei der Minderheit und setzt sich diesbezgl. mit Ks. in Verbindung. Von Ro. (Mehrheit) wird die Frage der Einbeziehung der Mietsicherheit in die Vermögensauszahlung angesprochen. Diese könne jetzt nicht ausgezahlt werden, da sie nicht zur Verfügung stehe. Der Rest der Mehrheits und MinderheitsvertreterInnen war sich jedoch darüber einig, daß diese auf den HSV übergehe und damit jetzt bei der Vermögensaufteilung berücksichtigt werden müsse. He. klärt mit g. vor der Auszahlung der zweiten Rate bzw. zur nächsten Kommissonssitzung, wo die vor dem Stichtag der Vermögensteilung aus dem Vermögen anfallenden Zinsen verblieben sind.

TOP 2: Auszahlung der Minderheit bzgl. HSV
Wird im einzelnen auf der nächsten Sitzung behandelt. Am 25.6. kommt der Schätzer, der sich bei der direkten Begutachtung im wesentlichen auf die Maschinenschätzung beschränken wird. Daraus und aus den vorgelegten Konten und Außenständen wird der Wert des HSV ermittelt werden. Es wird vereinbart, daß He. und die HSV-Angestellten diese Bilanz sowie Vorstellungen über einen Abzahlungsmodus gegenüber der Minderheit zur nächsten Sitzung vorlegen. He. teilt mit, daß es keinen kommerziellen Satz geben wird, der Anspruch auf Maschinen erhebt. In den nächsten drei Monaten werden zwei Personen aus dem Satz mit Abfindung gehen, eine bleibt. Nähere Informationen dazu werden auf dem nächsten Termin gegeben.
Festgehalten wird noch einmal, daß seit dem 1.5.91 im Verlag entstehende Kosten Org.-Kosten von Mehrheit und Minderheit, dies betrifft vor allem Kopier -und Verschickaktionen, abgerechnet werden müssen. Dies gilt nicht für redaktionelle Arbeiten und nicht für Org.-Kopien in kleinen Mengen. In Kürze wird der Kopierer gegen einen neuen mit Kartensystem ausgetauscht, wodurch eine differenzierte Abrechnung vereinfacht wird.

TOP 3: AK
Mar. stellt zum Auftakt die Überlegungen der Mehrheit für einen Verein "Freundinnen des AK" vor, für den er eine Satzung ausgearbeitet hat. Dafür lagen von Seiten der Mehrheit noch mündlich vorgetragene geringfügige Änderungsvorschläge vor, u.a. die Weglassung des Zusatzes "marxistisch" für die herausgegebene Publizistik, um die Gemeinnützigkeit zu erhalten sowie Änderungen des 4, um einer Strömungskonkurrenz im Verein vorzubeugen. Von Seiten der Minderheit wurde darum gebeten, die Frage der juristischen Form einer Zeitungszusammenarbeit zugunsten der finanziellen Klärung zunächst zurückzustellen. Dazu wurde ein Papier von g. und Be. vorgelegt, das zum einen Anmerkungen zu den Rechnungen in He's Papier macht (Berechnung bislang weitgehend unbezahlt geleisteter Tätigkeit bei der AK-Erstellung) und sich an dem Prinzip der Deckung von AK-Einnahmen und AK-Ausgaben orientiert. He. weist das Papier von g. und Be. als unrealistisch zurück, da in eine Stellenberechnung auch die Kosten für Räume und Arbeitsmittel für die entsprechende Person eingehen müßten, was bei der vorliegenden Rechnung fehle. Er kündigt an, seine Rechnung zum nächsten Termin zu präzisieren, um sie nachvollziehbarer zu machen.
Ol. erklärt, aus der Erkenntnis, daß die Finanzquerelen vermutlich die Arbeit auch nach Abschluß der Verhandlungen weiter belasten werden, habe es in der Minderheit eine breitere Debatte und Umfrage über den weiteren Verhandlungsweg gegeben. Eine Einigung über die realen Kosten des AK sei kaum zu erzielen, da der Konflikt strukturell angelegt sei in der Tatsache, daß die Mehrheit einerseits Auftraggeber und über den HSV auch Auftragnehmer sei, d.h. der AK für den HSV ein wichtiger größerer Auftrag sei und er sich bemühen muß, daran zu verdienen, während die Redaktion an einer Kostenoptimierung interessiert sein müsse. Während bei der Umfrage in der Minderheit das bisherige Verhandlungsergebnis (pauschale Übergabe der Erstellung an den HSV bei gleichem finanziellen Risiko) nur wenige für tragbar hielten, befürwortete eine eindeutige Mehrheit der abgegebenen Stellungnahmen zwar eine gemeinsame umfassende Herausgeberschaft bei wirklicher struktureller Gleichberechtigung (Trennung von Satz und Verlag, gemeinsame Zeitungskontoverwaltung), hielt dies aber nicht für realistisch. Da sich hierauf die Mehrheit nicht einlassen wolle, solle über eine AK-Konzeption verhandelt werden, bei der die AK-Erstellung und das damit verbundene Risiko dem HSV/der Mehrheit - bei Garantie einer redaktionell-politischen Gleichberechtigung und Festschreibung der Rechte der Minderheit bezgl. der AK-Gestaltung - zu überlassen sei. Eine derartige, nicht mehr gleichberechtigte und die Rechte der Minderheit "abspeckende" Lösung wäre für sie nur unter den nachfolgend skizzierten Bedingungen akzeptabel. (Im Folgenden eine vereinbarungsgemäß nachträglich erstellte, zusammenfassende Darlegung des Vorschlags der Minderheits-VertreterInnen in der Kommission.)

Den gesamten Erstellungsprozeß und Vertrieb für den AK übernimmt der HSV. Die Einschaltung möglicher weiterer finanzieller Teilhaber ist an das Einverständnis beider Strömungen gebunden. Die "Mehrheit" übernimmt für die vierwöchige Erstellung des AK das finanzielle Risiko. Sie erhält die Verfügungsgewalt über die AK-Einnahmen, wobei einer VertreterIn der Minderheit eine jederzeitige Konteneinsicht zu gewähren ist. Von den AK-Einnahmen (plus dem AK-Spendenaufkommen) muß neben der AK-Erstellung gewährleistet werden, daß 2 RedakteurInnen (1 Mehrheit, 1 Minderheit) sowie die anfallenden Redaktionskosten wie Raum, Telefon, Kopierkosten etc. bezahlt werden. Weitere Freigestellte der Minderheit/Mehrheit fallen in die finanzielle Verantwortung der beiden Strömungen, wobei bei einer (nicht absehbaren) starken Einnahmen- und Auflagensteigerung auch über die strömungsmäßig anteilige Bezahlung weiterer RedakteurInnen aus den AK-Erlösen zu beraten ist. Gemeinsam verwaltet wird nur noch das Spendenkonto. Über die Verwendung etwaiger Überschüsse entscheiden beide Gruppen gemeinsam. Der "Mehrheit" verbleiben im Gegenzug die Erlöse für den AK von ca. 20.000 DM monatlich (bzw. ca. 25.000 DM im Falle einer aus Sicht der Minderheit anzustrebenden Preiserhöhung), an deren Erwirtschaftung die Minderheit durch ihre redaktionelle Mitarbeit sowie durch genauer festzulegende unbezahlte Mitarbeit bei der AK- Produktion (Satz, Korrektur, Layout, Repro) auch künftig in erheblichem Maße beiträgt. Zusätzlich verbleibt nach sukzessiver Abgeltung seiner Maschinenwerte der HSV als ein politisches Arbeits- und Produktionszentrum bei der Mehrheit, die Minderheit zieht sich bis auf die Nutzung der Raume für die Redaktionstätigkeit sukzessiv daraus zurück. Die Minderheit übernimmt für die inhaltliche Erstellung des AK die Mitverantwortung, beteiligt sich gleichermaßen an der Redaktionsarbeit und stellt die Hälfte der RedakteurInnen, wobei über eine Vereinbarung die folgenden Mitwirkungsrechte bzw. Regelungen, zunächst für das folgende Jahr, sicherzustellen sind:
- Die aus AK-Einnahmen finanzierte Redaktionsstelle der Minderheit wird von derselben autonom besetzt und ist durch den HSV nicht kündbar.
- Die Redaktion bleibt paritätisch besetzt (6:6) und entscheidet - mit Ausnahme der die materielle Erstellung betreffenden Dinge - über alle den AK berührenden Fragen mehrheitlich (Erscheinungsbild, AK-Werbung, Seitenkontingent). Die Aufnahme zusätzlicher Redaktionsmitglieder bedarf des Einvernehmens. Die Fragen der Seiten/Artikelregelung zu strittigen Themen wird gemäß bisheriger Kommissonsvereinbarung in einem Redaktionsstatut festgeschrieben, ein Editorial einvernehmlich formuliert. - Die Mehrheit erklärt, die Einnahmen aus dem AK für das Zeitungsprojekt zu verwenden und der AK-Leserschaft gegenüber zu bilanzieren. Das Spendenkonto wird gemeinschaftlich verwaltet. Über die Verkaufs- und Abonnentenentwicklung ist Bericht zu erstatten. Zusatz Be./Min: Die Mehrheit verpflichtet sich, die Finanzführung des AK gegenüber LeserInnen, Spendern und Mitredakteuren durchschaubar zu gestalten.
- Im Falle einer vorzeitigen oder vertragsgemäßen Beendigung der Zusammenarbeit ist die Weiterführung des AK-Projekts durch eine Partei nur mit Zustimmung der anderen Seite möglich. Beide Seiten erhalten in diesem Fall, sowie bei Einstellung des Projektes eine Kopie der Abonnentenkartei sowie einen vollständigen AK- und Broschürenbestand.

Vereinbarung: Das neue Konzept der Minderheit wird von der Mehrheit bis zum kommenden Sitzung der Kommission am 2. Juli geprüft. Sab./max.

Beiträge zur Golfkriegs- und Antisemitismus-Kontroverse

Oliver, Ulli, Antifa-AG der Min: Hände weg von Israel!, Flugblatt von Anfang Januar 91
Detlef zum Winkel: Morgen ist Krieg, in: konkret 2/91, S.10f
JÜrgen, Stuttgart: Die anti-deutschen Proteste in Israel unterstützen (Rede vom 2.2.91), in: Bulletin 90, S.38f (6.3.90)
Bernhard/Radolfzell: Offener Brief an die Deutsch-JÜdische Gesellschaft, in: Bulletin 90, S.40
KB Westberlin: FÜr Israel - mit aller Gewalt?, in: Bulletin 90, S.43
NWD-Ini Stuttgart: Großdeutschland will "aus dem Schatten Hitlers treten", Flugblatt von Mitte Jan.91
Ulli K.: Antiimperialismus als Feind des Internationalismus, in: ak 327, S.17 (11.2.91)
dsm.: Saddam, die neue/alte Weltordnung und wir, in: ak 327, S.6
KB Frankfurt: Schluß mit dem irakischen Raketenterror gegen Israel!, in: ak 327, S.19
max.: Deutschland mordet mit, in: ak 327, S.13
max.: Ideologische Offensive gegen die Antikriegsbewegung, in: ak 327, S.15
JÜrgen, Stuttgart: Brief an sab., max., und kla.in: Bulletin 90, S.16
Oliver Tolmein: Überwältigte Vergangenheit, in: konkret 3/91, S. 19ff
JÜrgen/Stuttg.: Die anti-deutsche Orientierung in der (Golf-)Krise, in: ak 328, S.19f (11.3.91)
dsm.: Versuch, die Israel-Debatte auf die FÜße zu stellen, in: ak 328, S.14
Radikale Linke-Kollektiv: Linkes Coming-out fÜr den Krieg, in: ak 328, S.17 (sowie RL-Flugschrift insgesamt)
cl.(WB): Israel: Immer fÜr einen zÜnftigen deutschen Diskurs gut, in: ak 238, S.21
Oliver Tolmein, Wie kommt die Kuhscheiße vom Dach, in: konkret 4/91, S.26f
Ulli K. und Fassanbass: Linker Selbstfreispruch?, in: ak 329, S.18f (8.4.91)
woffi: Quo vadis, Minderheit?, in: ak 329, S.36
Ulli Hentschel, Ständig auf der Straße, in: konkret 5/91, S.19
Detlef zum Winkel:, Wenn p dann y, in: konkret 5/91, S.20ff
Oliver Tolmein: Deutsche Ethik, in: konkret 5/91, S.24f
JÜrgen, Stuttgart: Typisch (Erwiderung auf Kt.), in: ak 330, S.35 (6.5.91)
JÜrgen, Stuttgart: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, in: soz-Magazin 5/91, S.26ff
JÜrgen, Stuttgart: Israel und die Deutschen (fÜr Kritik&Krise Juni 91) siehe Bahamas Nr.1
woffi: Ist die Kampagne "Nie wieder Deutschland" gescheitert?, in: ak 331, S.38 (3.6.91)
JÜrgen, Stuttgart: Die ak-Redaktion kämpft gegen die Verleumdung eines verdienten Autors, in: ak 331, S.41

14.6.91 (max.)

Zur Golfkrieg-Kontroverse in der Minderheit

Ein größerer Teil der AK-Berichterstattung zum Golfkrieg (AK 322-330) stammt aus meiner Feder. Auf die diesbezügliche Kritik von Jürgen/Stuttgart (siehe AK 328, S.19) und cl./Westberlin (AK 328, S.21) will ich im Folgenden antworten.

Jürgen kritisiert dreierlei: Erstens habe bei meinen Artikeln (wie auch den Artikeln der SOZ) "jede Bezugnahme auf die Besonderheit des deutschen Imperialismus in der Kontinuität des Nationalsozialismus" gefehlt, dies sei - zweitens - Ausdruck einer falschen Imperialismus-Analyse, bei der "die selbstbewußte Aufrüstung des Irak durch den BRD-Imperialismus weniger kritisiert wird als die treue und teure Hilfeleistung für den US-Imperialismus", was wiederum - drittens - mit der falschen "Vorstellung vom Imperialismus als mehr oder weniger geschlossene(m) Block" zusammenhänge.

Zu Punkt 1: Der faschistische Hintergrund deutscher Politik war in meinen Artikeln in AK 327 wiederholt angesprochen worden - die Differenz liegt also nicht darin, daß dieser Bezug herzustellen ist, sondern darin, woran dieser Bezug in der konkreten Kriegssituation festzumachen war. Für mich war das Wiederaufbäumen des deutschen Militarismus, die erneute Bereitschaft zur Kriegsführung in allen Teilen der Welt in diesem Kontext der neue und entscheidende Aspekt. Dementsprechend hatte ich schon relativ frühzeitig damit begonnen (z.B. anläßlich der Kurdistan-Manöver der Bundeswehr im Vorfeld des Krieges) mich hinsichtlich möglicher Informanten und Quellen hierauf zu konzentrieren. Ich meine, dies war richtig. Über Monate hinweg wurde die Kriegsvorbereitung von Bundeswehr und Bundesregierung vor der Öffentlichkeit abgeschottet. Für die Antikriegsbewegung stand das Feinbild USA, nicht aber der eigene Imperialismus im Vordergrund. Je eindeutiger, von Wörner herbeigebetet, der "Bündnisfall" einzutreten drohte, um so mehr eskalierte das Gerede vom "Drückeberger" BRD. In einer solchen Zeit war es m.E. eine zentrale journalistische Aufgabe, Licht in jenes Dunkel zu bringen und unsere zentrale politische Aufgabe, die antinationale, d.h. gegen den BRD-Kriegseintritt gerichtete Agitation in den Vordergrund zu stellen - als Voraussetzung (jetzt zitiere ich mich selbst) "für eine Bewegung, die der eigenen Truppe, wenn es losgeht, die Niederlage wünscht." (AK 326, 14.1 .91) Dennoch bleibt richtig, daß in meine Detailzusammenstellung "Deutschland mordet mit" (AK 327) ein Abschnitt über die deutsche Scud- und Giftgasunterstützung für den Irak hineingehört hätte. Ich hatte diesen zu formulieren begonnen, schnell aber festgestellt, daß das ohne wirkliche Rechercbe kaum geht. Deshalb mein Entschluß (da auch auf eine Recherche anderer in der Minderheit nicht zurückgegriffen werden konnte), die Zusammenstellung explizit (siehe Vorbemerkung in A K 327) auf die Kriegsführung gegen den Irak zu beschränken.

Zu Punkt 2, dem Vorwurf der falschen Imperialismus-Analyse. Hier hatte Jürgen aus einem Artikel von Ulli K. zitiert, der mit dieser Aussage eigentlich die Konzentration der Antikriegsbewegung auf den US-Imperialismus als dem angeblichen Hauptfeind der Völker anzugreifen suchte. Auf meine Artikel bezogen lautet der Vorwurf , da bei diesem Krieg die deutsche Unterstützung für den Irak mindestens ebenso hätte thematisiert werden müssen, wie die deutsche Unterstützung im Krieg gegen den Irak. Diese Auffassung teile ich nicht. Zwar gibt es Kriege (etwa der 1. Golfkrieg), bei denen ein Imperialismus scheinbar neutral beide kriegsführenden Seiten unterstützt. In diesem Fall war es jedoch anders. Die Faktenlage ist erdrückend und wird z.Zt. wohl nur noch von H.L.Gremliza ignoriert: Die BRD war Kriegspartei auf seiten der NATO und der USA. Die Waffen- und Personalhilfe für das irakische und das amerikanische Regime fielen nicht zusammen, sondern zeitlich auseinander. Die Enthüllung über und der Kampf gegen die deutsch-irakische Komplizenschaft, die zunächst, etwa aus Anlaß von Halabja im Zentrum unserer Kritik hätte stehen müssen, war nach dem Rochieren der BRD-imperialistischen Präferenz auf Massenebene ihres progressiven Charakters beraubt und zum moralisch gewendeten Hilfsargument deutscher Kriegshilfe und Kriegsführung gegen den Irak verkommen. Um nicht mißverstanden zu werden: Die sich damals jagenden BILD etc.-"Enthüllungen" über die deutschen "Todeshändler" um ihre staatliche-strategischen Aspekte analytisch anzureichern war auch in den Kriegswochen ebenso sinnvoll wie richtig - sie in den Vordergrund der eigenen Antikriegs-Agitation zu stellen, jedoch m.E. falsch.

Gegen diese Auffassung könnte freilich ein agitationstechnischer Einwand erhoben werden, demzufolge im Export der Giftgastechnologie ein zweifelsohne singuläres, auf die singuläre Vergangenheit Deutschlands weisendes Verbrechen zum Ausdruck komme, während in der Kriegsführung gegen den Irak die deutsche Politik zwar nicht direkt als Vasall, aber doch an deutlich untergeordneter Stelle agiert habe. Ich denke, mensch muß eine solche Argumentation als germano-zentriert zurückweisen. Das agitatorische Interesse einer deutschen

Linken darf sich niemals über die realen Opfer einer westlichen und somit auch deutschen Großmachtpolitik (in diesem Fall die irakische und in der Folge auch israelische Zivilbevölkerung) erheben. Es hat m.E. mit antinational orientierter Politik recht wenig zu tun, wenn weltpolitische Konflikte über eine grobe deutsche Leiste geschlagen werden, anstatt sich der Mühe zu unterziehen, den jeweiligen Verbrechensanteil konkret aufzuspüren. Andersherum ist die Allseitigkeit einer Analyse auch im Blick auf die Kritiker Deutschlands erforderlich: Was macht es für einen Sinn, sich an einer BRD-kritischen Aussage des israelischen Schriftstellers Oz zu berauschen und den Hauptgegenstand jenes FAZ-Interviews - die Verteidigung des Golfkriegs - einfach auszublenden? Es gibt antideutsche Äußerungen aus dem Umfeld von M.Thatcher, vom ehemaligen Herausgeber der New York Times, Rosenthal oder von Menachim Begin, die mir gut gefallen. Und dennoch wäre es doch verantwortungslos, den Unterschied zwischen einer anti-imperialistischen und einer pro-imperialistischen Deutschlandkritik wie auch den Unterschied zwischen einer bürgerlichen und einer umfassenden - d.h. auch die Ökonomie berücksichtigenden Faschismus-Kritik zu verwischen und damit die Begrenztheit, Relativität und Widersprüchlichkeit derartiger Stellungnahmen zu unterschlagen. Andernfalls würde unsere antinationale Intervention der reaktionären "single issue" - Politik nahekommen (auf die AKW-Problematik übertragen: Egal ob rechte "Lebenschützer" oder nicht, Hauptsache gegen AKWs) und dazu beitragen, einen vollkommen unsinnigen Gegensatz zwischen einer antinationalistischen und einer antiimperialistischen Politik zu konstruieren.

Zu Punkt 3, dem Vorwurf einer "Vorstellung vom Imperialismus als mehr oder weniger geschlossenem Block". Ich hatte mich eigentlich darum bemüht, das Bild eines geschlossenen antiraktischen Blocks zu dementieren (vgl. AK 326, S.5 und AK 3267, S.10). Doch darum geht es nicht. Jürgen vermutet hinter der deutsch-irakischen Giftgas- und Raketenkooperation eine "langfristige politisch-militärische Strategie" und die Tendenz zu "gefährlichen 'Sonderwegen' des BRD-Imperialismus", die weiter zunehmen werde. So gehe es Deutschland hierbei "unter anderem um die Durchbrechung des ABC-Waffenverbots." Ein anderes mögliches Motiv für eine Achse Bagdad-Bonn wird nicht genannt. Einige Zeilen weiter spricht Jürgen allerdings von einer deutschen Schaukelpolitik - "Zuerst mit dem Irak ABC-Waffen entwickeln, dann mit der NATO bisherige Hemmnisse beim out-of-area-Einsatz abstreifen" - , was mit dem Terminus "längerfristige Strategie" nur schwer in Deckung gebracht werden kann . Für jenes deutsch-irakische Sonderverhältnis wurde bisher ein überzeugender Nachweis nicht gebracht. Die BRD ist bekanntlich unter den Imperialismen das Proliferationsland Nr.1. Dies gilt im Verhältnis zu Südafrika ebenso wie für Brasilien, Argentinien, Pakistan oder dem Irak. Die These, da über die Connection Bagdad-Bonn das ABC-Waffenverbot durchbrochen werden kann, erweist sich schnell als unhaltbar. Denn es gibt - im Unterschied zur Situation der 50er und 60er Jahre - keinen Bereich der ABC-Waffenentwicklung, den die BRD nicht auch im Inland entwickeln könnte. (Mit einer Ausnahme: Die Entwicklung von Wasserstoffbomben erfordert Atomtests, die sich bisher durch Computer-Simulation nicht ersetzen lassen. Hierfür ist die BRD auf die Kooperation mit anderen angewiesen. Doch gerade auf dem nuklearen Sektor ist die deutsch-irakische Zusammenarbeit vergleichsweise begrenzt.) Die These, wonach sich der BRD-Imperialismus über arabische Regimes die Option auf eine Auslöschung Israels aufbauen wolle, entbehrt bisher wiederum jeder Logik und jeden Belegs.

Die Kritik von cl. war grundsätzlicher angelegt, sie konkret zu erwidern, fällt aufgrund der von ihm gewählten Methodik schwer.

Zu (u.a. auch) meiner Parteinahme gegen den Golfkrieg heißt es in seinem Artikel, "da der Verdacht nicht auszuräumen ist, die so vehemente Ablehnung des Golfkriegs speise sich aus insgeheimen Einverständnis mit der abgelehnten Sache, insofern, als der Krieg als passende Gelegenheit begriffen wird, ein strömungsübergreifend vorhandenes und offenbar lange unterdrücktes Feindbild zu befriedigen: als Kommunist einen klaren Feind vor Augen zu haben, aus vollem Herzen Partei zu ergreifen und einen eindeutigen und unverrückbaren Standpunkt einzunehmen."

Ein einfühlsame Kurztherapie - herzlichen Dank! Es fehlt jedoch der Hinweis auf das heimliche Einverständnis mit Deutschlands Einheit, denn anders als mit einem offenbar lange unterdrückten Bedürfnis nach klarem Feindbild (ich hatte bis dahin gräßliche Schwierigkeiten, eins ausfindig zu machen) ist der Standpunkt "Nie wieder Deutschland" demnach ebenfalls nicht zu erklären.

Das Problematik solcher Argumentationen liegt auf der Hand. Eine politische Differenz zu psychologisieren bedeutet, sie als solche nicht wahrnehmen zu wollen. Nach dem oben zitierten Muster wäre meine Position zum Golfkrieg kein Ergebnis rationaler Erwägung und Einsicht, sondern von einem psychologischen Bedürfnis diktiert. Was soll man sich also auseinandersetzen, wo doch "der Verdacht nicht auszuräumen ist" und ergo eigentlich eine Art Therapie ansteht? Daß dieses Ritual der Nichtauseinandersetzung Leuten wie Pohrt derzeit den progressiv getarnten Abgang von jeglicher linker Politik nur erleichtert, macht jene Methodenkritik m.E. nur noch dringlicher.

Während bei cl. jene Psychologismen recht ausführlich ausgebreitet werden, wird ein wesentlicher Kern der Kontroverse nur mit einem Nebensatz angeleckt : Gefragt werde in der AK-Berichterstattung über den Golfkrieg nicht, "ob der Doppelcharakter des Golfkrieges, der einerseits ein Krieg des Imperialismus gegen sein eigenes Ziehkind, andererseits ein Krieg des Irak gegen Israel war" eine eindeutige Parteinahme verbiete, schreibt cl. Hier wäre nun spannend zu erfahren - und da ist cl. nach wie vor in der Bringeschuld - wie jene Einschätzung vom doppelten Krieg begründet wird! Selbstverständlich waren die Scud-Angriffe sowie die noch weitergehenden Drohungen gegen Israel keine irgendwie zu rechtfertigende logische Folge der alliierten Kriegsführung, nichtsdestotrotz aber eine - von den Alliierten einkalkulierte - Folge derselben. Daraus folgt, daß die von cl. behauptete massive Bedrohung Israels nicht durch die westliche Kriegsführung (inklusive Einstimmung der BRD-Bevölkerung auf den "Bündnisfall") und erst Recht nicht durch den Verzicht auf eindeutige Parteinahme, sondern einzig und allein durch die möglichst frühzeitige Beendigung des alliierten Kriegsführung hätte gestoppt werden können. Dieser Zusammenhang wird durch die total oberflächliche TV-Sichtweise: Hier ein Krieg - dort ein Krieg - aber gerade verwischt. Zudem würde die These vom anti-israelischen Krieg des Irak nicht nur die Existenz eines konkreten, gegen Israel gerichteten Kriegsziels des Irak voraussetzen sondern auch des Nachweises bedürfen, daß jene Raketenabschüsse gegen Israel als Auftakt zur Auslöschung oder zur Schwächung dieses Landes ohnehin auf der Tagesordnung gestanden hätte, d.h. aus einer eigenständigen irakischen Kriegslogik abzuleiten sind.

Doch auch die These vom doppelten Krieg würde uns vor die analytische Aufgabe stellen, den Krieg des Imperialismus gegen sein Ziehkind und das diesbezügliche Interesse sowie die Politik der Bundesregierung sorgfältigst zu reflektieren. Hierzu findet sich bei Cl. jedoch kaum ein Wort. Die Bundesregierung, so verstehe ich seine Darstellung, habe keine Kriegsprogaganda betrieben - nein: Ihr sei lediglich "die Aufgabe (zugefallen), die Bewegten daran zu erinnern, daß im Golfkrieg auch Israel massiv bedroht war..." Meine anderslautenden AK-Darstellungen werden nicht faktenmäßig angezweifelt oder widerlegt, sondern - in sehr grober Zusammenfassung - in einer Weise referiert, als spräche der Skandal jener Äußerungen für sich. Meine Position mag durchaus skandalös sein - nur enthebt eine solche E inschätzung den Kritiker nicht der Aufgabe, in die Niederungen der Konkretion herabzusteigen und aufzuzeigen, was verkehrt beschrieben bzw. verkehrt eingeschätzt worden ist. (Auf meine methodischen und inhaltlichen Probleme mit den Aussagen, die cl. im letzten Teil seines Artikels unter der Zwischenüberschrift "Zur Erinnerung" zum Antisemitismus formuliert hatte, möchte ich an dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber verweisen.)

Eine Schlußbemerkung: Ich halte die Existenz scharfer inhaltlicher Differenzen angesichts der politischen Großwetterlage auch in unserem kleinen Minderheits-Zusammenhang für beinahe selbstverständlich. Für absolut unerläßlich halte ich allerdings eine minderheitsinterne Verständigung über die für unsere Auseinandersetzungen zu wählende Methode. Gegen eine zugespitzte, Kontroverse ist m.E. nicht das geringste einzuwenden, solange nur in den folgenden Punkten innerhalb der Minderheit ein Grundkonsens existiert : Es muß ein gemeinsames Interesse geben, über das zur Frage stehende politische Phänomen die Wahrheit herauszufinden, d.h. auf eine gemeinsame Position hinarbeiten zu wollen (i.G. zu einem primär auf Abgrenzung zielenden Interesse an Auseinandersetzung). Es ist - in Abgrenzung zu Psychologismen - notwendig, auf Basis überprüfbarer Aussagen und Intentionen zu argumentieren. Es ist in Abgrenzung zu deduktiven Ableitungen notwendig, die Wahrheit, also den jeweils erreichbaren und unbedingt vorläufigen Erkenntnisstand, soweit wie möglich in empirischen Tatsachen zu suchen, und den Wahrheitsgehalt theoretischer Abstraktionen (z.B. zur Imperialismustheorie) daran zu überprüfen, anstatt umgekehrt die Wirklichkeit unter dem Aspekt einer "Wahrheit" zu selektieren.

max., 18.6.91

"Israel und die Deutschen"

- Zur Aktualität einer historischen Untersuchung -

Mit ihrer Studie "Israel und die Deutschen" hat Inge Deutschkron ein fesselndes Stück Zeitgeschichte nacherzählt: Die Beziehungen zwischen dem Nachfolgestaat des III.Reiches und dem Zufluchtsstaat seiner Opfer. Der durchgängige Antisemitismus der deutschen Bevölkerung wird daraus ebenso ersichtlich wie die Interessen der Herrschaftseliten des BRD-Imperialismus'.
Die Autorin selbst sollte aufhorchen lassen: Vor der nationalsozialistischen Verfolgung flüchtete die Berliner Jüdin 1943 in die Illegalität und verbarg sich bis Kriegsende bei Freunden. (Diesen Teil ihres Lebens schildert sie in Ihrer Autobiographie "Ich trug den gelben Stern", das Grips-Theater hat daraus das Theaterstück "Ab heute heißt du Sara" gemacht). Nach 1945 arbeitete sie zunächst für die Sozialistische Internationale in verschiedenen 3.Welt-Ländern, von 1955 bis 1972 hielt sie sich als Mitarbeiterin israelischer Zeitungen in der BRD auf. 1972 siedelte sie als Redakteurin von "Maariv" nach Tel Aviv über.

Tauziehen um die Reparationen

Unmittelbar nach Kriegsende legte Weizmann im Namen der "Jewish Agency for Palestine" in einem Brief an die Siegermächte dar, daß die Juden von Deutschland Entschädigung verlangen werden. In Durchführung des NS-Programms "ermordete Deutschland und seine Verbündeten 6 Millionen Juden, zerstörten ihren sämtlichen kommunalen Besitz, wo immer Deutsche dazu die Macht hatten; jüdisches Eigentum wurde gestohlen, wo immer Hand daran gelegt werden konnte", führte Weizmann aus und leitete daraus eine Forderung von 8 Milliarden Dollar ab.
Nichts symbolisiert den "Neuanfang" des deutschen Nachkriegsstaates besser als seine Ignoranz gegenüber diesen Ansprüchen: Adenauer überging die fest umrissenen Forderungen Weizmanns und bot als "allererstes unmittelbares Zeichen" generös 10 Millionen DM an (November 1949). "Die Forderung nach einem Anteil an den Reparationszahlungen, wie sie von den Israelis erhoben wurden, erregte in der deutschen Öffentlichkeit Unwillen. Man hörte Argumente wie: Vom juristischen Standpunkt aus betrachtet habe Israel während des Krieges noch nicht existiert und könne folglich auch keinen Anspruch auf Reparationen erheben. Der moralische Aspekt des israelischen Begehrens wurde nicht in Betracht gezogen."(S.19) Diese Argumente wären nicht nur falsch (schließlich hatten die Vereinigung der jüdischen NS-Opfer außerhalb Israels , die sog. "Claims Conference", ihre Ansprüche an die Deutschen hinter denen des jüdischen Staates zurückgestellt), sondern offensichtlich auch vorgeschoben. Die dahinterstehende Geisteshaltung der Deutschen ging aus einer Umfrage in der amerikanischen Besatzungszone hervor, in der sich noch 1947 22% der Befragten zur nationalsozialistischen Rassentheorie und 19% zum Nationalsozialismus allgemein bekannten - angesichts der damals noch laufenden Entnazifizierungsdrohungen dürften die Prozentsätze in der Realität eher noch höher gelegen haben.
So ist es nicht verwunderlich, warum sich auch nach Adenauers Einverständnis mit bilateralen Verhandlungen die Wut der Israelis nicht minderte. "Von den Deutschen Geld anzunehmen, schien ihnen gleichbedeutend mit einer moralischen Anerkennung des neuen westdeutschen Staates, die er nicht verdient habe, vor allem im Hinblick auf die Tatsache, daß ehemalige Nazis in hohen Regierungsämtern saßen und antisemitische und neonazistische Strömungen das Hitlerreich überlebt hatten. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß sich das israelische Volk damals einig war, die von Westdeutschland gebotene Hand nicht zu ergreifen."(S.35) In der Knesset-Debatte 1952 erhielt selbst die bloße Aufnahme von Verhandlungen nur eine knappe Mehrheit (61:50:5). Die Kommunisten bezeichneten die Wiedergutmachung als "Trick der Westdeutschen, um Westdeutschland in einen Brückenkopf neuer Angriffshorden gegen die Sowjetunion zu verwandeln", ein Vertreter der orthodoxen Misrachi-Partei nannte es "zuviel der Ehre für Deutschland", sein Geld anzunehmen, man dürfe sich nicht "mit wilden Tieren an einen Tisch setzen".
Mit Rücksicht auf die starke Opposition verwies Außenminister Sharett als Regierungsvertreter darauf, daß Verhandlungen mit der Bundesrepublik keineswegs eine Anerkennung dieses Staates bedeuteten. Nachwievor betrachte man das ganze deutsche Volk als verantwortlich für die Naziverbrechen und könne gegenwärtig keine Anzeichen echter Reue in Deutschland erkennen. Mehr als diese Beschwichtigungen dürfte die harte Realität die Mehrheit für Verhandlungen gewonnen haben: Angesichts der schwierigen materiellen Lage der Aufbaujahre - innerhalb von 3 Jahren hatte sich die Bevölkerung verdoppelt- konnte es sich Israel nicht leisten, ein auch noch so geringes deutsches Angebot auszuschlagen. Die Zwangslage des jüdischen Staates konnte also von der BRD für die eigenen Interessen ausgenutzt werden - ein im folgenden noch öfter wiederkehrendes Motiv!
In mehrmonatigen Verhandlungen schafften es die Deutschen schließlich, die Israelis auf eine Forderung von 3,4 Milliarden DM herunterzuhandeln. Auch der Zahlungsmodus (keine Devisen, sondern nur Warenlieferungen; lange Zahlungsfrist von 12 Jahren) wirkte sich positiv für die BRD aus. Bei diesem Gefeilsche konnte sich die Bundesregierung der Zustimmung der Bevölkerung sicher sein: In einer Umfrage des US-Hochkommissars im Jahre 1951 hatten zwar 68% der Deutschen eine Hilfe an die Juden bejaht (satte 21% lehnten eine "Wiedergutmachung" ab!), setzen aber bei der zweiten Frage, welche Gruppe das größte Anrecht auf Hilfe besäße, die Juden an die letzte Stelle - Kriegerwitwen und -waisen, Bombengeschädigte und Vertriebene rangierten vor ihnen.
Die Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag am 18.März 1953 war ähnlich typisch: Von den 402 Abgeordneten beteiligten sich an der Abstimmung nur 360, 20 fehlten unentschuldigt. Mit "Ja" stimmten 239, mit "Nein" 35 Abgeordnete, 86 enthielten sich. Von den 214 Abgeordneten der Regierungskoalition (CDU/CSU, FDP und DP) stimmten nur 106 für den Vertrag, 86 enthielten sich (u.a. Strauß und Jäger, CSU), 5 stimmten dagegen. Einzig die SPD unterstützte den Vertrag geschlossen.

Die Philosemiten: Instrumentalisierung Israels für deutsche Interessen

Die westdeutsche Außenpolitik gegenüber Israel ist gekennzeichnet von der Kontroverse, ob sich die eigenen Interessen besser durch eine Instrumentalisierung von oder durch eine Gegnerschaft zu Israel durchsetzen lassen.
Für die erste Position steht im wesentlichen der Adenauer-Flügel der CDU. Auf dem CDU-Kongreß 1967 begründete Adenauer seine Politik des Ausgleichs rückblickend damit, daß die Haltung der Deutschen gegenüber Israel von entscheidender Bedeutung für das deutsche Ansehen in der Welt sei. Er führte weiter aus: "Glauben Sie mir. Das jüdische Volk hat viel Macht in der Welt."(S.329) Der Philosemitismus geht also von der antisemitischen Annahme aus, das "Weltjudentum" habe so viel Macht, daß es einstweilen besser sei, gütlich mit ihm auszukommen.
Dieses instrumentelle Verhalten zu Israel wird besonders in der

Frage der Reparationen deutlich. Adenauer stellte diesen - so wörtlich- "Versuch einer Rehabilitation Deutschlands" in eine Reihe mit anderen Anläufen, die Nachkriegs-Auflagen für die BRD abzuschütteln und sich einen Persil-Schein als westliche Demokratie ausstellen zu lassen: "Würde die deutsche Regierung zu einer Verständigung mit Israel und den jüdischen Organisationen kommen, so wäre dies - darüber war ich mir im Klaren - ein politisches Ereignis, das in einer Reihe mit dem Vertrag zu stellen war, der den Besatzungsstatus Westdeutschlands beendete, sowie mit dem Vertrag zur europäischen Verteidigung," schrieb der Kanzler in seinen Memoiren. *

Wie brüchig der Philosemitismus ist, zeigte sich in den folgenden Jahren beim Streit um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Nachdem man sich in Israel gegen starken innenpolitischen Widerstand schließlich mit diesem "instinktlosen" (SPIEGEL) Begehren der BRD anzufreunden begonnen hatte, kippte 1955 die Bonner Haltung scheinbar plötzlich um. 10 Jahre sollte es noch bis zur Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen dauern - und zwar nicht wegen des Ekels der Opfer, sondern aufgrund des Sträubens der Täter des Holocaust!

Israel wurde dabei dem außenpolitischen Kalkül der BRD geopfert: Um die Rückführung deutscher Kriegsgefangener aus der UdSSR zu ermöglichen, hatte Adenauer 1955 mit der Sowjetunion zum ersten Mal einen Staat diplomatisch anerkannt, der seinerseits auch die DDR diplomatisch anerkannte. Damit hieraus kein Präzedenzfall abgeleitet werden konnte, wurde gleichzeitig die "Hallstein-Doktrin" verkündet: Im Falle der Anerkennung der DDR durch einen anderen Staat, bricht die BRD die Beziehungen zu diesem Staat ab. Diese Doktrin führte in der Nahost-Politik zu einem Übergewicht der "Strömungen im Auswärtigen Amt, die gegen Beziehungen mit Israel gerichtet sind" (so Adenauer rückblickend in einem Interview mit der Süddeutschen am 4.12.1964). Diese Kräfte argumentierten, daß eine offizielle Anerkennung Israels durch die BRD die Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten nach sich ziehen würde. Der Kampf für die Einheit Deutschlands und die guten Beziehungen zur arabischen Welt seien wichtiger als die Anerkennung Israels...

Ähnlich wie der Bundeskanzler agierte auch Atom- und Kriegsminister Strauß. Er hatte eine besonders schwierige Aufgabe zu lösen: Die Knesset hatte im November 1954 in einer Resolution die Remilitarisierung der BRD verurteilt und sich damit in offenen Widerspruch zu den NATO-Staaten gesetzt, die die Hochrüstung der BRD als Frontstaat gegen den Osten unterstützt hatten. Strauß konterkarierte jetzt die israelische Haltung dadurch, daß er eine Abkühlung des israelisch-amerikanischen Verhältnisses dazu nützte, im geheimen militärische Beziehungen anzuknüpfen. Ende der 50er Jahre lieferten die Israelis Uzi-Maschinenpistolen an die Bundeswehr, Anfang der 60er Jahre die BRD Militärmaterial für über 250 Millionen DM an Israel. Der Bayer konnte sich freuen: "In einer öffentlichen Versammlung in Düsseldorf am 17.Februar (1965) wies Strauß darauf hin, daß die deutsche Waffenhilfe für Israel sich positiv für die Bundesrepublik ausgewirkt habe. Die öffentlichen Erklärungen zugunsten der Bundesrepublik, die der israelische Premierminister Ben-Gurion und sein Nachfolger Levi Eschkol abgegeben hätten, seien nicht zufällig erfolgt." (S.264)

Dieses Eingehen auf das Kalkül von Strauß und Adenauer rechtfertigte Außenminister Shimon Peres in einem "Spiegel"-Interview so: "Ich hielt Sicherheit für wichtiger als diplomatische Beziehungen. Grenzen können nicht mit Botschaftern verteidigt werden." Obwohl sich diese Sichtweise letztlich durchsetzte, war sie in

Israel ein Jahrzehnt lang heiß umkämpft. Mehrere schwere Regierungskrisen, große Demonstrationen und sogar Streiks erschütterten den deutschfreundlichen Kurs der Regierung Ben Gurion. Die Auseinandersetzungen kulminierten schließlich 1963 im Bruch zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem Geheimdienstchef. Der hatte herausgefunden, daß die Westdeutschen vielleicht doch mehr zur Verstärkung als zur Abwehr der militärischen Bedrohung Israels beitrugen.

Raketen gegen Israel oder: "Die Araber von der Koblenzer Straße"

In diesem Bonner Bonmot wird auf die pro-arabische Fraktion im Auswärtigen Amt, das in der Koblenzer Straße seinen Sitz hatte, angespielt. Freilich ging die Anti-Israel-Lobby weit über die Ministerialen hinaus. Zu nennen wäre beispielsweise Herrmann Josef Abs, damaliger Direktor der Deutschen Bank und Adenauers Finanzberater, der sich vehement gegen die Wiedergutmachungszahlungen stemmte (S.45 ff.), oder Dr. Düren, der damalige Vorsitzende des Deutschen Industrie- und Handelstages, der sich noch 1964 mit der oben skizzierten Argumentation gegen diplomatische Beziehungen mit Israel aussprach (S.178), oder die Firmen AEG (S.308) und Mannesmann-Thyssen (S.341), die - zumindest vorübergehend - den arabischen Boykottaufrufen gegen Israel gefolgt waren. Parteipolitisch fanden sich Antisemiten vor allem bei der FDP, die von vielen Alt-Nazis durchsetzt war, in der Frage der "Wiedergutmachung" doppeldeutige Positionen vertrat und 1965 sogar für die Verjährung von Nazi-Kriegsverbrechen stimmte. Politischer Kopf dieser Fraktion des "herrschenden Blocks" war Außenminister Schröder (CDU) und seine Staatsekretäre, darunter auch der spätere Bundespräsident Carstens, die von 1955 bis 1965 gegen jede Annäherung an Israel opponierten. Chef der Nahostabteilung des Auswärtigen Amtes war ein gewisser Voigt, der von 1936-38 Konsul des III.Reiches in Jerusalem gewesen war.

Vor diesem Hintergrund reagierte die israelische Bevölkerung Anfang der 60 Jahre wie elektrisiert auf Meldungen, daß deutsche Raketentechniker im Dienste Nassers an Trägerwaffen gegen Israel arbeiteten. Es handelte sich hierbei um V2-Experten der Nazis wie Sänger und Pilz, die zuvor schon in einem staatlich geförderten Institut in Stuttgart nach weitreichenden Raketen geforscht hatten, und um den Flugzeugbauer Willy Messerschmitt. In ihrem Gefolge war eine ganze Reihe weiterer Faschisten an den Nil gekommen, u.a. der KZ-Arzt Hans Eisele als medizinischer Betreuer. Arbeitsminister Yigal Allon sprach den Menschen in Israel aus dem Herzen, als er drohte: "Die Überlebenden der deutschen Todeslager werden nicht tatenlos zusehen, wie deutsche Neonazis im Dienst des Diktators in Kairo die Vernichtung Israels vorbereiten." Die westdeutsche Regierung verurteilte zwar die Aktivitäten der Stuttgarter Forscher, sah sich aber außerstande, sie per Erlaß eines "Rückrufgesetzes" zum Verlassen Ägyptens zu zwingen. "Je länger das Hin und Her über dieses Gesetz anhielt, desdo aktiver wurde die arabische Lobby in Bonn. Die sehr einflußreiche Gruppe wurde von der westdeutschen Schwerindustrie unterstützt, die um ihre Geschäftsverbindungen mit der arabischen Welt fürchtete," berichtet Inge Deutschkron mit Verweis auf "The Guardian" vom 5.5.1964.

Der Verdacht liegt nahe, daß zumindest Teile der Bonner Regierung noch tiefer in die brisante Rüstungskooperation verstrickt waren. Die Nazi-Experten erklärten, die Bundesregierung von ihrer wissenschaftlichen "Nebenbeschäftigung" vorher unterrichtet zu haben, ohne daß von dort Einwände erhoben worden seien. Auch die Deutsche Botschaft in Kairo pflegte guten

Kontakt zur "Raketenkolonie". Ihr Militärattache riet 1962 sogar zwei aussteigewilligen Wissenschaftlern, "in Ägypten zu bleiben, da die Bundesregierung und vor allem Verteidigungsminister Strauß dies wünschten und um jeden Preis verhindern wollten, daß die Sowjets an ihre Stelle träten" (Inge Deutschkron unter Bezug auf "Welt der Arbeit", 8.4.1964).
Daß die Arbeit der Nazi-Wissenschaftler keine gefährlichen Folgen für Israel zeigte, war jedenfalls nicht der Politik der Bundesregierung zu verdanken. Eine Art "Rückrufgesetz" für deutsche Rüstungstechniker im Ausland kam erst 1990, nach dem nächsten deutsch-arabischen Raketenskandal, zustande...Vielmehr trugen andere Faktoren zum Mißerfolg von Sänger, Pilz & Co. bei: Ihre Rivalitäten und ihre Unfähigkeit, eine Anschlagserie des MOSSAD gegen die Raketenbauer, sowie die Umorientierung der ägyptischen Außenpolitik Richtung Sowjetunion, die Nasser mehr zu bieten hatte.
Die Autorin schildert die Vorgänge sehr detailliert, ohne deswegen ihre ansonsten positive Wertung des CSU-Vorsitzenden Strauß zu relativieren. Er, der laut Deutschkron "mehr für die deutsch-jüdische Versöhnung getan hat als jeder andere Deutsche" (S.264), hat in der Raketenaffäre jedenfalls keine saubere Weste. Auch bei der "Wiedergutmachung" (Enthaltung) und bei der Bestrafung von Naziverbrechern (für Verjährung) verhielt er sich in antisemitischer Tradition. Schließlich machte er sich 1982 für Leopard-Lieferungen an Saudi-Arabien stark. Die Fehleinschätzung der Autorin läßt sich nur aus ihrer ideologischen Sichtweise erklären: Sie favorisiert den pro-deutschen Kurs der israelischen Regierungsmehrheit um Ben Gurions und Moshe Dayan. Dieser erklärte: "Man darf das deutsche Raketenforscherteam nicht mit dem deutschen Volk und der deutschen Regierung gleichsetzen...Nicht das deutsche Volk wendet sich gegen uns, sondern der ägyptische Diktator." Im Hintergrund dieser Beschwichtigung stand die Sorge um die geheime Militärzusammenarbeit mit der BRD, die - so drohte Strauß - bei einer Weiterführung der anti-deutschen Kampagne in Israel gefährdet sei (S.215). Scharfen Einspruch gegen diese Überlegungen formulierten MOSSAD-Chef Harel, dessen Operationen gegen die deutschen Wissenschaftler von Ben Gurion mißbilligt worden waren und der deswegen zurücktrat, sowie Golda Meir und weitere sozialdemokratische Minister. In einer Sondersitzung der Knesset im April 1963 behauptete die Opposition sogar, daß Ben Gurion wichtige Dokumente über die deutschen Aktivitäten in Ägypten unterdrückt habe. Ihr Antrag auf Verurteilung seines Kurses in der Raketenaffäre wurde zwar abgelehnt (67:47). "Der Riß in seinem Verhältnis zu den meisten Regierungsmitgliedern blieb jedoch bestehen. Es ist anzunehmen, daß er seinen Rücktritt am 16.Juni 1963 mit beeinflußt hat, wenn er auch keineswegs der alleinige Grund gewesen ist." (S.217)

Ein deutscher Kompromiß

Durch die Umorientierung der westdeutschen Außenpolitik weg von der kontraproduktiv gewordenen Hallstein-Doktrin wurde 1965 auch der Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel frei. Mit der anti-israelischen Lobby fand sich ein typisch deutscher Kompromiß: Erster Botschafter in Tel Aviv wurde ein Vertreter jenes alten Deutschland, das die Juden in die Gaskammern geschickt hatte. Botschafter Dr.Pauls war im Krieg Offizier an der Ostfront gewesen, "gerade dort, wo die meisten Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden waren" (S.315). Die israelische Empörung berührte Bundeskanzler Erhard nicht: "Ich nehme dazu keine Stellung. Wenn ein deutscher Mann Soldat geworden ist - der ist nicht gefragt worden, sondern er hat seine Pflicht getan. Da besteht kein Grund, ihn irgendwie zu diskriminieren." (Pressekonferenz 18.6.1965) Noch brisanter war die Ernennung von Dr. Török zum Botschaftsrat. Der ehemalige Ungar hatte im Krieg dem faschistischen Diktator Horthy gedient und als dessen Legationssekretär in Berlin mit den Nazis kollaboriert - auch bei der Judenvernichtung. In Israel war man entsetzt, konnte jedoch die Akkreditierung schlecht verweigern, ohne generell die diplomatischen Beziehungen aufzulösen.
Der Sechs-Tage-Krieg 1967 brachte einen Stimmungsumschwung. Zwar konnten Gasmasken nur gegen den Widerstand des Auswärtigen Amtes (Schröder und Carstens!) nach Israel geliefert werden. Die politische Klasse und auch die Öffentlichkeit stand aber voll hinter der israelischen Kriegspolitik. "Jede Zeitung, jede Rundfunkanstalt, jede Fernsehstation in der Bundesrepublik schien zu jener Zeit ein israelisches Organ zu sein." (S.340) 1600 Deutsche baten um Aufnahme in die israelische Armee. Ähnliches wiederholte sich beim Yom-Kippur-Krieg 1973: 57% der Befragten äußerten ihre Sympathie für Israel - das waren sogar noch 2% mehr als 1967. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Tourismus erreichten in den 70er Jahren ihre Blüte.
Daß all dies wenig mit einer Abnahme des Antisemitismus zu tun hatte, sollte sich schlagartig 1981 beweisen. Im Zuge einer Kontroverse hatte Begin auf die Vergangenheit von Bundeskanzler Schmidt in der Nazi-Zeit aufmerksam gemacht und von ihm verlangt, sich wie Brandt nach Warschau zu begeben und dort um Vergebung zu bitten. Schmidt sei nämlich Offizier der Wehrmacht gewesen und habe bis zuletzt seinem Treugelöbnis für den Führer und dessen Mordpolitik Folge geleistet. Begins Angriffe führten zu einem alldeutschen Konsens in Bundestag und Öffentlichkeit. Der damalige Oppositionsführer Kohl sagte, seine Partei weise entschieden diese "maßlosen, unerträglichen Angriffe" auf den frei gewählten Bundeskanzler zurück, in der Bevölkerung fiel der Prozentsatz der an "besseren Beziehungen mit Israel" Interessierten innerhalb eines Jahres von 80% auf 60%.
Inge Deutschkrons Buch schließt mit dem Jahr 1982. Die folgenden Ausbrüche - Bitburg, Historiker-Streit, Faßbinder-Kontroverse, Börne-Platz-Auseinandersetzung, Wahlerfolge von REPs und NPD, Grabschändungen und Pressehetze gegen Juden im Zuge der "Wiedervereinigung" - setzten die in den 70er Jahren überwunden geglaubte antisemitische Grundstimmung fort. In einer Infratest-Umfrage am Jahresende 1990 über die unbeliebtesten Staaten landete Israel schließlich auf dem letzten (10.) Platz. Nur 4% der Deutschen strebten "vorrangig gute und enge Beziehungen" zu Israel an, zwei Jahre zuvor waren es noch 26% gewesen. Ein erheblicher Teil der Israel-Gegner hat an anderer Stelle dem Satz zugestimmt, daß es immer noch "zuviel Scham über die Verbrechen des Faschismus" gebe.
Die Einstellung der Deutschen zu Israel - übrigens ziemlich unabhängig ob in der Bevölkerung oder bei den Eliten - folgte in der gesamten Nachkriegsgeschichte einem gleichbleibenden Muster. Die Kontinuität des Antisemitismus wurde immer dann sichtbar, wenn Israel seine Interessen "gegen uns" anmeldete ("Wiedergutmachung", Verjährung von Nazi-Verbrechen, Bestrafung von Rüstungskriminellen, Kritik an Nazi-Kontinuitäten in Staat und Gesellschaft). Sympathien für den jüdischen Staat waren dann gegeben, wenn Israel "für uns" agierte (so in den prowestlich rezipierten Kriegen 1967 und 1973).
Der Philosemitismus resultiert also nicht aus der Trauer über die

von Deutschland an den Juden begangenen Verbrechen, sondern hat den gleichen Ausgangspunkt wie der Antisemitismus: das "deutsche Interesse". Auf dieser Grundlage sind die Differenzen der Philosemiten zu den offenen Antisemiten zweitrangig und vorübergehend. Der Philosemitismus deckt den Antisemitismus und kollaboriert mit ihm, die Übergänge sind fließend, das Personal rochiert.

Jürgen Stuttgart

Der Autor arbeitet in der Initiative "Nie wieder Deutschland". Treffpunkt jeden Mittwoch, 20 Uhr, im Kulturzentrum "Mitte", Hohe Str. 9, 7000 Stuttgart 1.

Literatur

Inge Deutschkron, Israel und die Deutschen, Köln 1983.
Inge Deutschkron, Ich trug den gelben Stern, München 1982
** Dieses Zitat aus den Memoiren Adenauers ist nicht dem Buch von Inge Deutschkron entnommen, sondern stammt aus:*
Schneider (Hrsg.), 20 Jahre Deutsch-israelische Beziehungen, DIAK-Schriften Band 10; leider hält das Bändchen nicht, was der Titel verspricht, und fällt in Informationsgehalt stark hinter Deutschkron zurück.

Anmerkungen zu Joachim Bruhn

Im folgenden versuche ich, entlang der im AK dokumentierten Gedanken Joachim Bruhns (Initiative Sozialistisches Forum Freiburg, Zeitschrift "Kritik und Krise") Widerspruch zu formulieren (vgl. AK 33), "Der Golfkrieg, die Linke und der Tod", S. 34ff). Bruhn und die ISF stützen sich auf die Kritische Theorie, eine Traditionslinie, die untersucht werden müßte. Da es um Angriffe Bruhns gegen "leninistische Sichtweisen" geht, stünde in der Beschäftigung mit Bruhn außerdem eine Beschäftigung mit einigen Schriften Lenins an. Beides liegt den folgenden, eher spontanen Gedanken nicht zugrunde, denen außerdem meine Schwierigkeit, mich eben mal mit grundsätzlichen theoretischen Fragen auseinanderzusetzen, sicherlich anzumerken sein wird. Ich hoffe, daß es "unter uns" dennoch mal möglich ist, erstmal auf diese "spontane" Art einen Einstieg zu suchen.

Einige Themen, zu denen die ISF zum Teil bereits länger veröffentlicht, beschäftigen -zurecht- auch zunehmend die "Minderheit", und bei einzelnen scheint sich daraus eine gewisse Affinität auch gegenüber der ISF insgesamt abzuleiten (?). Nun sind die Veröffentlichungen Bruhns zu verschiedensten Themen immer wieder vom Bemühen durchzogen, tatsächliche oder vermeintliche linke Fehler auf die leninistische Tradition der "Neuen Linken" zurückzuführen - Traditionen, aus denen heraus die "Minderheit" entstanden ist. Die kritisierten Denkweisen werden bei Bruhn regelmäßig als im Kern "sozialdemokratisch" bezeichnet, oft wird auch an der Kritik stalinistischer Denkmuster angesetzt, die dann auf Lenin zurückgeführt werden. Es scheint mir notwendig für die "Minderheit" zu sein, sich mit diesen Argumentationsmustern der ISF kritisch auseinanderzusetzen.

1. Zur Kritik des Imperialismus-Begriffs

Vielleicht wesentlichstes Thema ist die von Bruhn geführte Kritik des "Antiimperialismus". Bruhn greift hier meiner Meinung nach einen Punkt auf, an dem unsere bisherige Politik zunehmend in eine Krise gerät, wie an Diskussionen um den Golfkrieg deutlich geworden ist.

"Antiimperialismus" ist ein Begriff, der den Zusammenhang zur theoretischen Analyse kapitalistischer Gesellschaftsformation, der Imperialismustheorie, herstellt . Er ist andererseits für internationalistische Solidaritätsarbeit in Gebrauch - Solidarität mit antiimperialistischen Kräften. "Antiimperialistische Kraft" läßt sich doppelt definieren: es meint zum einen, daß eine von imperialistischer Vorherrschaft betroffene Kraft sich gegen den unterdrückenden Imperialismus wehrt, zum anderen aber auch den Widerstand gegen das imperialistische System als solches. "Antiimperialistische Solidarität" meint also immer auch, daß die solidarisch unterstützte Seite eine fortschrittliche Aufhebung der gesellschaftlichen Beziehungen anstrebt. Für Vietnam bspw. war eine solidarische Parole wie " Sieg im Volkskrieg" nur denkbar, weil mit dem nationalen zugleich ein sozialer Befreiungskampf geführt wurde.

Der Irak ist unbestrittenermaßen keinesfalls solidaritätsfähig, er kann daher keinesfalls als "antiimperialistisch" unterstützt werden. Zwar ist auch die Wirtschaft des Iraks m.E. eine der imperialistischen Weltökonomie unterworfene, und dementsprechend ökonomisch ausgebeutete Ökonomie, aber die irakische Politik bietet keinerlei Ansatzpunkt für eine fortschrittliche Aufhebung. Insofern ist Bruhns Kritik an ungebrochen "antiimperialistischer" Solidarität gegenüber dem Irak oder "der arabischen Nation" nur zu berechtigt.

Das beschriebene Dilemma würde ich als eine Krise antiimperialistischer Politik bezeichnen, die sich in Zukunft fortzusetzen droht: die fehlende Unterstützung sozialer Befreiungskämpfe in der sogenannten "3.Welt" durch einen realsozialistischen Block vermindert die Möglichkeiten fortschrittlicher Kräfte, sich entwickeln zu können.

Bruhn aber nimmt diese politische Krise zum Anlaß, seine Ablehnung des theoretischen Ansatzes zu betreiben, der sich im Begriff "Imperialismus" ausdrückt. Diese Ablehnung ist fundamental. Der Begriff, so Bruhn, begreife "Kapitalbewegungen als Ausdruck des subjektiven Willens von Individuen", dagegen bestreite er, "daß der Weltmarkt, die totale Weltökonomie an irgend einer Stelle diese Subjektivität zuläßt". Damit würden "die herrschenden Kräfte der gegenwärtigen totalen Weltökonomie nach dem Muster antifeudaler

Opposition" begriffen: "Wenn man so wie Thomas spricht, denkt man ja fast, das seien Individuen, die selbstbewußt und privilegiert regieren und denen eine ungeheure Masse von Entrechteten gegenübersteht, die mit dieser Weltökonomie erst einmal gar nichts zu tun haben."

Bruhn kritisiert also, "Herrschaft" würde individuell, unabhängig von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, anstatt wesentlich durch sie gestaltet, aufgefaßt. An Beispielen, die Bruhn für einen solch verkürzten Begriff von "Klassenherrschaft" bringt, kann eine solche Kritik durchaus greifen: es wäre wirklich zu untersuchen, inwieweit z.B. in Antiimp-Kritiken des IWF diese Institution wie eine handelnde Person aufgefaßt wird. Mit der Kritik solcher Personifizierung einer Kapitalseite bringt Bruhn übrigens ein Moment ins Spiel, das nach der Theorie Moishe Postones einen wesentlichen Aspekt der Struktur des modernen Antisemitismus berührt (Antisemitismus ist danach im Kern die Personifizierung der abstrakten Seite des Kapitalismus im Juden).

Von Brecht gibt es den schönen Spruch: "Die Unterdrückung hat Name, Anschrift und Gesicht", der sich gegen die bloß abstrakte Auffassung von "Kapitalistenklasse " wendet. Damit transportiert Brecht allerdings keinesfalls ein Konzept, das den konkreten Menschen als unabhängig von Ökonomie handelnd, oder in ihr beliebig handelnd, begreifen würde - im Gegenteil! Auch in Bezug auf Lenin ist die Anwendung der bürgerlichen Begriffe "Subjekt" und "Individuum" durch Bruhn m. E. bloß polemisch. Sie könnten vielleicht durch einen Begriff wie Klasseninteresse ersetzt werden.

Allerdings ist m.E. richtig, daß darin der theoretische Raum dafür gelassen ist, das Handeln einer Klasse als aktiv zu begreifen. Voraussetzung dafür ist, ein Element von Wahlmöglichkeit in Klassenkampf und ökonomisch-politischer Entwicklung vorauszusetzen. Solche Wahl ist durch die Produktionsverhältnisse selbstverständlich determiniert, aber nur der Art der Handlung/des Gedankens, und nicht ihrer konkreten Gestalt nach. Insofern wohnt solchem Klassenbegriff ein intentionales Element inne, das entfernt vielleicht dem Handeln eines Subjekts (verstanden im bürgerlichen Sinne) vergleichbar ist - aber eben vergleichbar höchstens, um im Vergleich die ganz wesentlichen Differenzen zum idealistischen Begriff des "Individuums" herauszuarbeiten.

Bruhn scheint es aber gerade darauf anzukommen, ein solches Element von Wahl- und Handlungsmöglichkeit einer Klasse insgesamt zu negieren, wenn er davon spricht , die Herrschenden seien nicht "die Subjekte ihrer eigenen Gesellschaft". Das wird deutlich an seiner Faschismus-Analyse, sich auf Sohn Rethel (den ich nicht kenne) berufend, spricht er vom "objektiven Zwangscharakter von Ökonomie, der einreißt, wenn ein Staat in einer Krise von Desintegration im Weltmarkt auf Autarkiepolitik setzt", und in diesem Zusammenhang vom "Zwangscharakter der sozialen Revolution im deutschen Faschismus". Die konkrete nazistische Politik ist ihm, so interpretiere ich das, unmittelbar aus der ökonomischen Krise ableitbar.

Früher einmal beschrieb der KB im Streit mit dem KBW Faschismus als dem Kapital wählbare Herrschaftsvariante, während jener Faschismus als letzten Notweg der Bourgeoisie im fortgeschrittenen Klassenkampf definierte. In jener KB-Position scheint mir die KB-"Faschisierungsthese" ein richtiges Moment enthalten zu haben. Es ist wichtig zu sehen, daß Bruhns ideologiekritischer Ansatz, der Themen wie Antisemitismus ins Zentrum rückt, auf der anderen Seite als eine völlige ökonomistische Determinierung vornimmt.

Bruhns theoretischer Ausgangspunkt kann mit der Marx-Kennzeichnung von den Geknechteten, Unterdrückten, und Beleidigten im Grunde nichts mehr anfangen. Das Konzept der "totalen Weltökonomie", das er an die Stelle der Imperialismus-Analyse setzen will, sieht alle Subjekte wie Klassen (!) gleichermaßen der -eben : totalen - Weltökonomie unterworfen. Damit sind Klasseninteressen, die womöglich auf der einen Seite die Klassengesellschaft überwinden, auf der anderen sie gerade erhalten wollen, nicht mehr auszumachen. Sie wären im Grunde auch unsinnige Willensäußerungen, wären doch alle der unabänderlichen Entwicklung völlig unterworfen.

2. "Imperialismus als Diktatur von Finanzmagnaten über die Zirkulation..."?

Bruhn wirft Lenin weiter vor, mit dem Imperialismusbegriff Hilferdings "ganz und gar" dessen sozialdemokratisches Konzept übernommen zu haben: "...dahinter steckt die ... Vorstellung, es würde reichen, die sieben Berliner Großbanken zu expropriieren und wir hätten Sozialismus. Diese Vorstellung von Imperialismus als Diktatur von Finanzmagnaten über die Zirkulation, die durch Wucher und die Abpressung von Tributen ausgeübt wird, hat sich von der Sozialdemokratie in den Bolschewismus hineingerettet".

Hier ist untergründig deutlich auf die Frage angespielt, ob die Denkweise Lenins der verkürzten Kapitalismusanalyse entspreche, die nach Postone Grundlage antisemitischer Stereotypie ist. Postone weist in seinem Aufsatz nach, die abstrakte Seite von Kapitalismus werde im modernen Antisemitismus von der konkreten Produktion getrennt, und personifiziert in den Juden wahrgenommen. Eine Kapitalismusanalyse, die sich auf die Kritik des Bankenwuchers reduzierte, wäre tatsächlich entsprechend kritikwürdig.

Doch Bruhn macht es sich zu einfach. Die Vorstellung, die Expropriation der wesentlichen besitzenden Banken könne als entscheidender Schritt zum Sozialismus gelten, findet sich nicht erst bei Lenin, sondern bereits bei Marx und Engels. "Sozialismus" ist bei Marx/Engels wie Lenin, darüber geht Bruhn hinweg, nicht einfach das Gegenteil kapitalistischer Strukturen. "Sozialismus" ist von kapitalistischen Mechanismen durchdrungen und bestimmt, wenn auch dem Kapitalismus als ein entscheidender Faktor die Staatsmacht gegenübersteht. Verstaatlichung und "Diktatur des Proletarits" sind als Voraussetzungen dafür begriffen, kapitalistische Strukturen zu überwinden, nicht als diese Überwindung selbst. Daß in diesen Voraussetzungen andererseits auch die ständige Gefahr einer Reproduktion eben dieser Strukturen enthalten ist, versteht sich. Dies zu problematisieren, und "Sozialismus" eher als Kampffeld für ständig neue Anläufe gegen fortbestehenden Kapitalismus zu begreifen, bemühten sich Marx, Engels, Lenin und auch Mao ("Klassenkampf im Sozialismus") immer wieder - wie auch bei allen sich Textzitate nach weisen lassen, die für sich genommen den Eindruck erwecken können, die Problematik würde unterschlagen. Bruhn nimmt aber das Konzept, Kapitalismus mittels Staatsmacht überwinden zu wollen, in seiner Logik nicht wahr, offensichtlich, weil er es ablehnt (vgl. nächster Abschnitt).

Weiter ist schlechterdings falsch, wenn Bruhn Lenin die Sichtweise zuschreibt, Imperialismus werde von ihm "als Diktatur von Finanzmagnaten über die Zirkulation" gesehen. Lenin sieht im Gegenteil eine veränderte Funktion der Banken als kennzeichnend für das Entwicklungsstadium des Imperialismus an. Sie bleiben nicht mehr bloße Verwaltungsstellen der Geldakkumulation und Zirkulationssphäre, sondern besitzen und kontrollieren zunehmend das Produktivkapital, die Sphäre, in der die konkrete Ausbeutung stattfindet - bis sie es steuern. Bei Lenin ist damit, ganz anders als Bruhn unterstellt, "abstrakte" und "konkrete" Seite des Kapitalismus keinesfalls aufgetrennt wahrgenommen!

Offensichtlich hindert auch hier das mangelnde Einverständnis mit der Theorie Bruhn daran, sie überhaupt wahrzunehmen. Seine Sichtweise schließt weitgehend aus, daß es innerhalb der Bourgeoise eine Organisierung von Interessen und Machtbeziehungen geben könnte. Eine "Steuerung" der Produktionssphäre zu unterstellen, macht keinen Sinn, wenn man wie Bruhn jedes Individuum gleichermaßen uneingeschränkt determinierenden ökonomischen Notwendigkeiten ausgesetzt sieht.

Auch der Kritik Bruhns, Lenin benutze Begriffe wie "Wucher" und "Abpressung von Tributen", die eigentlich feudalistische Verhältnisse voraussetzten, ist nicht zu folgen. Lenin verwendet diese Begriffe in seiner Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" vorwiegend im Zusammenhang der Auspressung von Kolonien, die damals tatsächlich noch weitgehend durch außerökonomische Machtausübung vorangetrieben wurde. Allerdings könnte sinnvoll sein, zu hinterfragen, wie Lenin eine Tendenz zu Stagnation und Fäulnis herleitete, die unter der Herrschaft des als "parasitär" bezeichneten Finanzkapitals wirksam werde. Sein Denken könnte darin doch von einem Vorurteil bestimmt sein, Banken als herrschende Teile der Bourgeoisie könnten die Entwicklung des Produktivkräfte nicht adäquat vorantreiben.

3. Linke, Staatlichkeit und Politikbegriff

Bruhn wirft Linken vor, niemals eine Staatstheorie ausgearbeitet zu haben - mit entsprechenden Folgen: "Eine Linke nun, die vom Staat so wenig Ahnung hat, daß sie einen sozialistischen Staat für möglich hält, muß natürlich ihre eigene Ideologie an der offensichtlichen Gewaltsamkeit von Staatsgründungen blamiert finden. ..". Dies bezieht sich bei

ihm auch und gerade auf eine Linke in leninistischer Tradition. Das macht die Auseinandersetzung schwierig - müßte doch auch Bruhn selbstverständlich wissen, daß Lenin sehr wohl eine Staatstheorie formulierte, und daß gerade bei ihm die Gewaltförmigkeit als Charakteristikum betont ist. Genauer ist bei Lenin Staat als Instrument der Klassenherrschaft definiert. Da Bruhn instrumentelles Handeln von Klassen fundamental ablehnt, muß er natürlich auch eine solche Definition ablehnen - schade bloß, daß er sie wiederum "ablehnt", indem er sie als inexistent behandelt.

Bruhn argumentiert tatsächlich, wie Ebermann ihm im Gespräch vorwirft, fundamentalistisch. Er geht von der These aus, linke Negation des Kapitalismus dürfe in keinem Stadium und in keiner Situation Formen annehmen, die der bürgerlichen Gewaltherrschaft entsprechen. Jeder Staat der "Diktatur des Proletariats", jede gewaltförmige oder politische Handlung zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse, also: jede linke Politik ist naturgemäß geprägt von dieser bestehenden Gesellschaft und trägt demgemäß auch stets ein Element in sich, das unter gegebenen Umständen auch zur Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse beitragen kann. Die stetige Bewußtheit darüber zu erhalten und immer neu zu erarbeiten ist eine wesentliche Anforderung an Revolutionäre, und gerade jetzt ist für eine linke Strategiebildung wesentlich, diesbezüglich verschiedene Fragen grundlegend neu zu überdenken. Bruhn aber löst die notwendige Dialektik sehr einfach auf, indem er im Grunde jede politische Handlung zurückweist: "Was heißt denn eigentlich Politik machen? Das heißt Leute organisieren, Interessen verallgemeinern, Minimalkonsense und Maximalkonsense herstellen, Programme usw. Das sind alles Formen, die die Zentralität politischer Macht immer schon vorausgesetzt haben."

In diesem Kontext muß verstanden werden, wenn Bruhn schreibt: "Das Verhältnis der Revolutionäre auch zu den sozialen Bewegungen darf nicht ein vorantreibendes, organisierendes sein, sondern muß ein negierendes sein, sofern ideologische Forderungen aufgestellt werden, die objektiv zur Reproduktion von Macht beitragen." Die Einschränkung "sofern" ist hier eigentlich irreal, da die Organisierung von Interessen als solche laut Bruhn ja schon zur Reproduktion von Macht beiträgt. Die Erörterung konkreter Inhalte sozialer Bewegungen auf Widersprüche hin, die eine Verschärfung der Konfrontation zur kapitalistischen Gesellschaft in sich tragen könnten, erübrigt sich demnach von vornherein aus ganz grundsätzlichen Erwägungen.

Diese Sichtweisen erklären vielleicht, warum die Gruppe Bruhns, die ISF, an der Entfaltung konkreter linker Politik ungefähr so interessiert ist, wie es die MG war. Und wo immer sie denn doch mal politisch interveniert, wie gegen antisemitische Berichterstattung beim Freiburger Sender Radio Dreyeckland, begeht natürlich auch sie die Erbsünde, "Interessen zu verallgemeinern" und "Leute zu organisieren"...

Die Grundhaltung Bruhns entwertet z.B. auch das an sich richtige Anliegen, am "nationalen Befreiungskampf" die Nation als bürgerliche Herrschaftsformation der Kritik zu unterziehen. Jede ernsthafte Debatte über die Konsequenzen einer solchen Analyse für die Politik von Befreiungsbewegungen (und für unsere Solidaritätsarbeit) erübrigt sich mit Bruhn nämlich von vornherein. Er genügt sich ja bereits in der Kritik als solcher, strebt nicht mehr danach, sie in veränderte Verhältnisse aufzuheben - die in der Diskussion von "Mann 2" formulierte Forderung, z.B. dem Befreiungskampf in El Salvador gegenüber "revolutionären Defätismus" an den Tag zu legen, ist da durchaus konsequent.

Bruhn wird aus der "Minderheit" vielleicht im Moment deshalb in manchem so interessiert aufgenommen, weil wir vor der Aufgabe stehen, stärker theoretische Fragestellungen zu bearbeiten, was eine Stärke des KB nie gewesen ist. Ich hoffe aber gegen Bruhn auf einen Konsens unter uns, auch in Zukunft an wichtigen Fragen "Interessen verallgemeinern" und Ausdrucksformen für politischen Widerstand suchen zu wollen...

4. Bruhn's Totalitarismusthesen

Fragwürdig an Bruhns Ausführungen ist weiter, wie er "unter Verwendung der Totalitarismustheorie" auf Ähnlichkeiten zwischen Stalinismus einerseits, Nationalsozialismus andererseits hinweisen will. Er setzt nicht etwa - was legitim sein könnte - an ähnlichen Erscheinungen (z.B. Antisemitismus im nazistischen Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion) mit der Suche nach übergreifender Erklärung an. Stattdessen sieht er "starke Strukturanalogien" in ähnlicher Verstricktheit in bürgerlichen Verhältnissen: "...ob es nicht zwei schlechte Formen von Aufhebung bürgerlicher Gesellschaft gibt. Eine, die versucht, die Gesellschaft als proletarische und eine, die versucht, sie als völkische zu organisieren. Zwei Aufhebungen, die beide schief sind, weil sie beide die grundlegenden Charaktere nicht brechen, besonders die Staatsverfaßtheit und die Zentralität politischer Macht. Wegen dieses Nicht-Brechens zentraler politischer Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft ergeben sich Strukturanalogien zwischen Faschismus und Stalinismus bei zugleich ganz unterschiedlichen ökonomischen Dynamiken, Ideologien, Artikulationen." Den Kern der Ähnlichkeit haben demnach aber alle kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften mit solcherart gekennzeichnetem Nationalsozialismus und Stalinismus gemeinsam. Der "Erklärungsansatz" wird völlig beliebig, erklärt nicht mehr, was die Totalitarismustheorie thematisieren wollte: spezielle Ähnlichkeiten zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus. Was alleine bleibt, ist die Wirkung einer besondere Diffamierung des Stalinismus, die Bruhn in seinen Ausführungen gezielt einsetzt, um sie auch gegen Lenin wirken zu lassen (vgl. der direkt folgende Hinweis auf die Vokabel "Selbstbestimmungsrecht der Völker", die auch Lenin in bestimmten Kontexten gebrauchte).

Bruhn dehnt seine Variante einer Totalitarismusthese im weiteren Text auch auf Saddam Hussein aus - es ist nichts als Versteckspiel, wenn er einen "emigrierten irakischen Kommunisten" sagen läßt, der "hätte überhaupt keine Probleme mit Enzensbergers Saddam-Hitler-Vergleich". Derselbe "objektive Zwangscharakter", der den deutschen Nationalsozialismus determinierte, sei, so muß man Bruhn verstehen, auch im Irak am Wirken. Deshalb ist es, wie beim Nationalsozialismus, auch hier sinnvoll, daß "die restbürgerlichen Staaten den Barbaren bekämpfen". Für beide Fälle gilt nach Bruhn gleichermaßen, daß "ein Glück für die Menschheit" sei, "daß die größeren Verbrecher die kleineren im Zaun halten". Die realpolitische Unterstützung des Krieges begründet sich also aus der Ähnlichkeit Hitler-Saddam. Daß Irak und NS-Deutschland aber tatsächlich ökonomisch und politisch ähnlich seien, wird keinesfalls schlüssig begründet - die Ausführungen zur angeblich ähnlichen "Selbstaufhebung des Kapitals" sind mehr als dürftig. Letztlich ist die Ähnlichkeit doch nur im Begriff des "Barbaren" vorausgesetzt. Das ist ein Skandal angesichts der schließlich auch Bruhn bekannten Tatsache, daß die Gleichsetzung Saddam-Hitler natürlich der Relativierung der deutschen NS-Vergangenheit und der Vernichtung des europäischen Judentums dient, und zudem das weltweite Agieren des "wiedervereinigten" Deutschlands rechtfertigen will. Es macht die Sache kaum besser, daß Bruhn um die schließliche Kriegsbefürwortung einen Slalom veranstaltet: erst nein, dann ja, dann Äquidistanz zu USA und Irak... Die Argumentation Bruhns läuft auf die Enzensbergersche Formel hinaus, die zivilisierte Welt habe den Barbaren Saddam verfolgen müssen, wie einstmals die Alliierten Hitler.

Bruhns Ausführungen zum Antisemitismus als der Nationenbildung regelhafter "nationaler Homogenisierungsideologie" finde ich interessant. Abschließend aber auch zu den Ausführungen Bruhns zu Israel eine kritische Anmerkung: Thomas Ebermann und die Flugschrift, kritisiert er, könnten sich zwischen der Kennzeichnung Israels als Asyl vor antisemitischer Verfolgung einerseits, als Brückenkopf des Imperialismus andererseits nicht entscheiden, es ergebe sich "diese schöne Politiker- Funktion des Weltkindes in der Mitte". Demgegenüber müßte laut Bruhn eine Aufhebung dieser widersprüchlichen Beschreibung in einem "synthetischen Begriff" möglich sein. Diese Aufhebung des Widerspruchs kann aber auch Bruhn aus der Wirklichkeit nicht herleiten. Was zurecht gefordert werden kann, ist Stellungnahme in Bezug auf Situationen, in die der konkrete Staat Israel gestellt ist. Doch wo Bruhn dem Thomas Ebermann vorwirft, sich gedrückt zu haben, hat dieser in Wirklichkeit durchaus klar Stellung bezogen: Ja ohne wenn und aber zum Existenzrecht Israels, nein zur Rechtfertigung des Golfkriegs durch angeführte Gründe angeblicher Verteidigung Israels. Die zweite Stellungnahme entspricht nicht derjenigen Bruhns, damit ist jener unzufrieden. Er kann ja der Meinung sein, in dieser konkreten Entscheidung sei der (angebliche) Schutz Israels stärker zu gewichten - dafür müßte er mit konkreten Argumentationen werben. Doch die Behauptung, die Problematik, durch die die konkrete israelische Politik nun einmal geprägt ist, könne durch "synthetische" gedankliche Anstrengung aufgelöst werden, ist falsch. Wenn Bruhn die Situation Israels mit der Stellung des Schutzjuden im Mittelalter vergleicht, ist das angesichts einiger Analogien ein interessantes Bild, eine voranbringende neue Definition ist es nicht.

Be.

Theorie des modernen Antisemitismus nach Postone - einige Fragestellungen

In den "nullten" Bahamas-news war, etwas unglücklich unter "Golfkrieg-Debatte" plaziert, ein Beitrag von Moishe Postone abgedruckt - entnommen der Frankfurter StudentInnenzeitung "Diskus" vom Juni 1979. Schon die Jahreszahl zeigt, daß es darin um den Golfkrieg nicht gehen kann - der 1979 "aktuelle" Anknüpfungspunkt war der damals im Fernsehen gesendete Holocaust-Film. Das eigentlich Interessante sind aber Überlegungen zu einer Theorie des Antisemitismus im zweiten Teil des Beitrags.

Postones theoretischer Ansatz liegt z.B. vielen Äußerungen Jochen Bruhns und der Freiburger Initiative Sozialistisches Forum (Zeitschrift "Kritik und Krise") zugrunde. Ist schon deswegen wichtig, diesen theoretischen Ansatz kennenzulernen, um die Hintergründe einiger aktueller Debattenbeiträge zu verstehen, so ist er m.E. aber auch für unsere theoretische Auseinandersetzung bedeutsam. Jochen Bruhn integriert Postone in Argumentationsmuster, die regelmäßig in der "Widerlegung" leninscher Analyseelemente enden - egal, ob halbwegs einleuchtend oder hergeholt. Das "Original" scheint mir da wesentlich vorsichtiger, und zugleich schlüssiger durchdacht zu sein. Es wäre unsere Aufgabe, neue theoretische Ansätze wie den Postones zu unserem Denken in Beziehung zu setzen und sie zu integrieren, ohne sie einfach an die Stelle unserer bisherigen, erarbeiteten und durchaus tragfähigen Denktraditionen zu setzen.

Die folgenden Überlegungen wurden im Rahmen der Erarbeitung von "Theorien des Antisemitismus" auf einem Hamburger Tagestermin verfaßt. Ich versuche, Fragestellungen zu benennen, die der Text Moishe Postones für Linke aufwirft.

Postone schrieb seinen Beitrag ursprünglich für die "New German Critic". Der Beitrag enthält einen ersten Teil, der den "Holocaust"-Film diskutiert, und daran eine Auseinandersetzung um Antisemitismus in der BRD anschließt. Er enthält als zweiten Teil Postones theoretischen Erklärungsansatz für modernen Antisemitismus. Dieser Beitrag ("Antisemitismus und Nationalsozialismus") erschien in Juni 1979 in der Frankfurter StudentInnenzeitung "Diskus", in einer veränderten Übersetzung im Oktober 1979 in der "Autonomie" Nr. 14. Den zweiten Teil des Beitrags veröffentlichte Postone in überarbeiteter und etwas ergänzter Form unter dem Titel "Die Logik des Antisemitismus" in Merkur I, 36. Jahrgang, Stgt. 1982. Diese Textfassung wurde in den von Dan Diner herausgegebenen Sammelband "Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz", Frankfurt a.M. 1988, übernommen. Eine Zusammenfassung des Beitrags, und die Diskussion einiger daraus erwachsender Konsequenzen ("Zu einigen Problemen der linken Analyse des deutschen Faschismus") von Bettina Hoeltje ist in zweiten Reader der Radikalen Linken veröffentlicht ("Deutschland? Nie wieder!". Kongreß der Radikalen Linken", Frankfurt a.M. 1990).

Zur Person: "Moishe Postone, geb. 1942, Dr. phil, lehrt Soziologie an der Universität von Chicago. Die Veröffentlichung seiner Studie zur Neuinterpretation zentraler Marxscher Kategorien der politischen Ökonomie ist in Vorbereitung." (Dan Diner, "Zivilisationsbruch...", S.288)

1. Antisemitismus und Rassismus

In der Linken wird oftmals Antisemitismus als eine "Unterabteilung" von Rassismus angesehen, was sich z.B. in entsprechenden Seminarplanungen ausdrückt. Postone wendet sich gegen eine solche Qualifizierung. Er wirft der Linken vor, Antisemitismus oftmals als bloßes "Vorurteil" gegen Juden zu begreifen. Diese Haltung kann als die Kehrseite einer Analyse des Nationalsozialismus betrachtet werden, die auf die Faschismusdefinition Dimitroffs (oder eine Variation davon) begrenzt bleibt: denn wer Nationalsozialismus umfassend definiert zu haben glaubt, indem er Faschismus als eine Form der Klassenherrschaft erkennt, muß als ergänzende Erklärung für Antisemitismus für hinreichend halten, es werde von den Herrschenden ein "Vorurteil" gegen Juden benutzt, um sie zum "Sündenbock" zu machen. Ein solches Muster kann einer Rassismustheorie nicht genügen, noch weniger einer Theorie des Antisemitismus.

Postone macht auf verschiedene Differenzen zwischen Antisemitismus und Rassismus auf der Erscheinungsebene aufmerksam. So entspringe der moderne Antisemitismus einem religiös motivierten, einem "manichäischen" Denken, in dem die Juden die Rolle des Bösen in der Weltordung zu spielen hätten. (Manichäismus war zwischen dem 2. und 14. Jahrhundert eine auf radikalen Dualismus des Guten und Bösen in der Welt beruhende Religion). Die Juden wurden durch die Antisemiten seit jeher als als Drahtzieher einer Weltverschwörung begriffen. Der Unterschied zu Diskriminierten in sonstigen Rassismen ist neben dem quantitativen Aspekt, daß die Juden nicht als bloße Bedrohung gelten; ihre Macht wird "in Unterschied zur rassistischen Vorstellung über die potentielle Macht der "Untermenschen" als wirklich angesehen. Seine (Anm. des Juden) qualitative Andersartigkeit in modernen Antisemitismus wird mit Attributen wie mysteriöser Unfaßbarkeit, Abstraktheit und Allgemeinheit umschrieben."

Auch Rassismus läßt sich nicht als Vorurteil gegenüber den Diskriminierten beschreiben, sondern muß aus dem Wesen der rassistischen Gesellschaft erklärt werden. Postone führt aber die antisemitische Haltung auf einen besonderen Entstehungsprozeß zurück. Daß moderne Antisemiten mit Juden ein umfassendes System der Weltherrschaft verbinden, und daß sie in ihnen eine mysteriöse Unfaßbarkeit, Abstraktheit personifiziert sehen, erklärt er als Vereinseitigung der abstrakten Seite des modernen Kapitalismus, die durch Antisemiten auf die Juden projeziert werde. Das Muster der einseitigen Wahrnehmung des Kapitalismus nur in seiner abstrakten Seite läßt sich seiner Theorie nach direkt aus den kapitalistischen Verhältnissen ableiten. Wie bei Marx im Kapital der Fetischcharakter der Ware definiert wird, entspricht demnach dem modernen Kapitalismus eine fetischisierte Auffassung des Kapitals. Jener Kapitalfetisch ist eine herleitbare Form spätkapitalistischen Bewußtseins,

die in Antisemitismus eine besondere Ausprägung erhalten kann.

Postone bietet so einen Erklärungsansatz dafür, daß Antisemitismus mehr noch als andere Rassismen ohne Diskriminierte, "ohne Juden", auskommen und eine potentiell höchst gefährliche Ideologie bleiben kann, solange Kapitalismus existiert und Entfremdung produziert. Folgt mensch seiner Theorie, haben Linke der Gefahr antisemitischer Anschauungen stets ein ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden.

2. Kritik verkürzender Antikapi

Diese besondere Aufmerksamkeit müßte demnach auch allen Denkstrukturen gewidmet werden, die einseitig die abstrakte Seite kapitalistischer Verhältnisse kritisieren, und demgegenüber ihre konkrete Seite als "naturgegeben" positiv bewerten. Die Linke, mahnt Postone, solle weder glauben, antikapitalistisches Denken per se alleine zu belegen, noch, daß jede Form des Antikapitalismus fortschrittlich sein müsse.
Sein Text arbeitet für die Entwicklungsstufe des Warenfetischs heraus, daß der einseitigen Verurteilung des Geldes z.B. bei Proudhon oder bei frühen Anarchisten ein verkürzter Antikapitalismus zugrundeliege, der die konkreten Produktionsbedingungen, die konkrete Arbeitsverhältnisse als positives Gegengewicht sieht, anstatt auch ihre Durchdrungenheit durch das kapitalistische System radikal zu kritisieren. Es ist interessant, daß sich ähnliche Anschauungen immer wieder bei rechtsradikalen Gruppen und solchen Gruppen nachweisen lassen, die den rechten Rand der ökologiebewegung darstellen. Explizit vertrat z.B. die im Gründungsprozeß der GRÜNEN Partei wichtige AUD (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher), alle Übel des Kapitalismus seien auf den Zins zurückzuführen - eine Grundannahme, die zum Kanon der antroposophischen Anschauungen gehört. Aktuell tritt in Hamburger Bürgerschaftswahlkampf eine Gruppe namens "FreiSoziale Union - Demokratische Mitte" mit genau dieser Argumentation an.

Bettina Hoeltje weist auf Denk- und Argumentationsmuster in der Linken hin, die Kapitalismus auf dessen abstrakte Seite hin vereinseitigen. Begriffe wie "parasitäres Finanzkapital" oder "parasitäres Spekulationskapital" waschen zum einen das "konkrete" Industriekapital halb rein - als ob nicht genau dort die Ausbeutung stattfinde. Zum anderen "erzeugt bei mir der Begriff 'Parasit' unweigerlich die Assoziation zur Giftspritze. Finanzkapital-Parasit-Ausrottung - laßt uns jede Nähe zu solchen Denkfiguren vermeiden". Begriffe wie "Parasit" und "Spekulantentum" dienen dazu, verkürzte Kapitalismuskritik zu formulieren, wie sie andererseits im Nationalsozialismus antisemitische Kampfbegriffe waren - und beides bildet nach Postones Theorie eine Einheit.

Bettina zu einem weiteren Aspekt: "Und auch auf den in der politischen Debatte über Arbeitsprozeß, Arbeiterklasse etc. nicht selten verwendeten Hinweis, der den Diskussionsgegner in der Regel abwerten soll, dieser habe doch noch gar nicht richtig gearbeitet (...) sollten wir verzichten. (...)". Sicherlich wäre auch interessant, einmal aus der Blickrichtung von Postones Theorie zu untersuchen, inwieweit MLige Arbeitertümelei mit einem verkürzenden Antikapitalismus verknüpft war, und ob sich vielleicht manchesmal daran antisemitische Bilder und Stereotypen anschlossen.

Postone macht in verschiedenen politischen Diskursen Denkstrukturen aus, die, analog der fetischisierten Wahrnehmung des Kapitals, eine konkrete Seite gegenüber einer abgewerteten abstrakten isolieren: so warnt er vor "neuen Psychotherapieformen, die das Gefühl in Gegensatz zum Denken stellen. Gleiches gilt für biologisierende Auffassungen hinsichtlich des gesellschaftlichen Problems der Ökologie". Bettina Hoeltje bezieht den zweiten Aspekt auf den Siegeszug, den die von Rechten ins Spiel gebrachte Forderung nach einem "Primat der Ökologie" bis hinein in die Linke angetreten hat. (Hier müßte der Aspekt bedacht werden, daß Postones Theorie einen Erklärungsansatz dafür bietet, daß der Nationalsozialismus in seiner Ideologie sowohl "Blut und Boden", als andererseits auch die moderne "Maschine", beides "konkret", gegenüber dem "Abstrakten" aufwerten konnte. Ohne eine politische Ähnlichkeit zum Nationalsozialismus behaupten zu wollen wäre doch zu bedenken, daß auch die moderne Öko-Bewegung das "ewige" konkret-natürliche Biotop und die konkrete High-Tech-Umweltindustrie aufwertet, und gegen die Abstraktion einer "Umweltbedrohung" setzt - ohne weitere Gedanken an tatsächliche Zusammenhänge von Ökologie und Produktionsweise zu verschwenden.)

Bettina führt als weiteren Themenbereich an, "auch in der Frauenbewegung" gebe es "bezogen auf das spezifische Unterdrückungsverhältnis zwischen den Geschlechtern romantisierende und das Konkrete verklärende Denkformen, in denen die soziale Zurichtung der Frauen als solche nicht mehr begriffen wird, sondern die Folgen dieser Zurichtung in Form von speziellen Eigenschaften und Tätigkeiten biologisiert werden (...)".

3. Faschismustheorie

In den ersten Teilen seines Beitrags "Antisemitismus und Nationalsozialismus" untersucht Postone u.a. die Diskurse zu Nationalsozialismus in Deutschland. Die Konservativen, führt er aus, betonten am Nationalsozialismus stets die Verfolgung und Ausrottung der Juden. Diese Schwerpunktsetzung diene funktional dazu, einen angeblich totalen Bruch zwischen dem 3. Reich und der Bundesrepublik zu behaupten. Solche Instrumentalisierung des Holocaust sei damit verbunden, Antisemitismus völlig losgelöst von anderen Merkmalen des Nationalsozialismus, und damit als bloßes Vorurteil, zu begreifen.

Die Linke versuche dagegen, Kontinuitäten zwischen dem 3. Reich und der nachfolgenden BRD, sowie den linken antifaschistischen Widerstand zu betonen, gelange aber aus diesem Motiv dazu, Antisemitismus ebenfalls unter "Vorurteil, Diskriminierung und Verfolgung" zu subsummieren. Die Dimitroff-Formel -die Postone nicht direkt zitiert, auf die er aber in der Umschreibung anspielt, Linke definitierten den faschistischen Staat als "terroristische()n bürokratische()n Polizeistaat" - könne indes den Holocaust nicht erklären, und

eine Erklärung des Nationalsozialismus, die den Holocaust nicht einbeziehe, sei untauglich.

Teilen der Linken, und Teilen des ehemaligen KB war und ist ein wesentliches Problem, eine Leerstelle in bezug auf eine linke Faschismustheorie zwar erkannt zu haben, aber über keine Ansätze für eine umfassende Theorie des Nationalsozialismus zu verfügen. Den KB prägte in seiner Gründungszeit die Faschisierungsthese; für die Aufspaltung des KB in "Mehrheit" und "Minderheit" war ein ganz wesentlicher Hintergrund, daß aus der Mehrheit an die Stelle der Faschisierungsthese die These von der imperialistischen Normalität der BRD gesetzt wurde. Aus der (damals noch nicht formierten) Minderheit wurde dem zunächst eine Verteidigung von Elementen dieser These entgegengehalten. Später blieb als entscheidende Differenz dann aber im wesentlichen, daß die Brisanz der Fragestellung einer Nachfolge der BRD aus dem 3. Reich gegenüber der Normalisierungsthese verteidigt wurde. Solche Kontinuität theoretisch zu erfassen und zu qualifizieren erledigt sich gerade nicht im Nachweis weiterwirkender ökonomischer Strukutren. Für die Minderheit als politischen Zusammenhang ist also u.a. begründend, die theoretische Leerstelle in bezug auf Faschismustheorien als politisch aktuelle Fragestellung erkannt zu haben.

Außer mit sozialökonomischen Erklärungsmustern beschäftigten Teile der Linken sich vor allem mit sozialpsychologisch geprägten Ansätzen. Postones Beitrag stellt einen Versuch dar, diese verschiedenen Seiten in eine umfassende materialistische Theorie des Nationalsozialismus zu integrieren. Er zielt genau in die beschriebene Leerstelle. Der Ansatz wendet sich übrigens nicht notwendig regelrecht gegen eine Faschismusdefinition, die in der Tradition der Dimitroffschen steht - wie er sich auch explizit nicht gegen psychoanalytische Erklärungen richtet. Es wäre denkbar, Postones Thesen als wesentliche Beiträge zur Definition des Nationalsozialismus zu begreifen, und der eine (zu präzisierende) Definition des Faschismus zur Seite zu stellen.

Postone geht es darum, die "qualitative Besonderheit" des Nationalsozialismus, des modernen Antisemitismus, des Holocaust zu erklären. Damit griff er vorwegnehmend bereits 1979 in die spätere Historikerdebatte ein. In dieser Debatte versuchten linke und liberale Historiker, die "Singularität" Auschwitz' gegen die rechten Versuche zu verteidigen, den Holocaust zu relativieren, oder gar als "asiatische Tat" auf Stalin zurückzuführen. Jene Singularität meinte bei einigen der Historiker jedoch hauptsächlich das unbeschreibliche Leiden, demgegenüber jeder Versuch der Erklärung bereits wie eine Relativierung wirken könne. Die These von der grundsätzlichen Unerklärbarkeit führte bei einigen dieser Historiker zu nur kurzfristigen Widerstand gegen den rechte Thesen, sie sind z.T. inzwischen "übergelaufen". Sie wird aber andererseits auch von linken und jüdischen HistorikerInnen (z.B. Dan Diner) weiterhin vertreten. (Dieselbe Debatte spiegelt sich übrigens -um ein "Hobbythema" anzusprechen- in der Rezeption von Peter Weiss' "Die Ästhetik des Widerstands". Der Roman verweist mit literarischen Mitteln vielfach und massiv auf die theoretischen Defizite linker Faschismustheorie. Während für Peter Weiss gesamtes literarisches Schaffen seit '65 aber als eine zentrale Erkenntnis zugrunde lag, daß alles menschliche Handeln, daß selbst Auschwitz erklärbar sein müsse, verfällt in der Sekundärliteratur ein großer Teil der AutorInnen darauf, aus der ÄdW die Unerklärbarkeit Auschwitz' als eigentliche Aussage "herauszulesen"). Postone vertritt demgegenüber, nicht die "Quantität" der Morde, noch das Ausmaß des Leidens, könne die Frage nach der besonderen Qualität Auschwitz' beantworten, und versteht seinen Ansatz um ein theoretisches Bemühen darum.

4. Antisemitismus in der Sowjetunion

Postone unternimmt den Versuch, auftretende moderne Antisemitismen durch einen theoretischen Ansatz zu erklären. Aktuell schlägt Judea in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten massiver Antisemitismus entgegen. Mit Pamjat existiert wieder eine aktive antisemitische einflußreiche Massenbewegung. Doch nicht nur für die Gegenwart der Sowjetunion gilt es Antisemitismus zu erklären, sondern auch für die "realsozialistische" Ära, dabei insbesondere für die Stalinzeit.

Die "Ähnlichkeit", daß in NS-Deutschland und in der Sowjetunion Antisemitismus existierte, war eines der gemeinsamen Merkmale, die zur Entwicklung der "Totalitarismusthese" beitrugen. Die "Totalitarismustheorie" hatte ihren Ausgangspunkt in literarischen Darstellungen, die Ähnlichkeiten von Nationalsozialismus und Stalinismus auf der Erscheinungsebene thematisierten. 1951 suchte Hannah Arendt in "The Origins of Totalitarism" eine Konvergenz beider Regime historisch herzuleiten. Die noch an solche Herleitung gebundene Darstellung Arendts wurde -so beschreibt Alfons Söllner die Entwicklung der These (1)- bei Fridrich und Brzezinski in "Totalitarian Dictatorship and Autocracy" 1955 durch "ein idealtypisches Modell" ersetzt, "das von den historischen Bezügen weitgehend abstrahierte". Der Ansatz einer "Totalitarismustheorie" wurde in den Dienst antikommunistischer Mobilisierung zu Zeiten des Kalten Krieges gestellt, und in der Folgezeit wurde die Rechtfertigung bürgerlich-parlamentarischer Herrschaftsweise ihr zum eigentlichen Inhalt. Söllner weist darauf hin, daß in den "weitverbreiteten Fischer-Lexikon Politik z.B. ... sämtliche Charakteristika einfach nur als Negativ der Ideale, die als konstitutiv für die westliche parlamentarische Demokratie angegeben werden", dargestellt seien (vgl. Söllner 184).

Diese Form der "Totalitarismustheorie", wie sie in jüngster Zeit ihren Siegeszug auch in Osteuropa antrat, war ein bürgerlich-demokratischer Kampfbegriff gegen die Linke. Das kapitalistische System wurde seiner faschistischen Vergangenheit entsorgt, jene, und damit Auschwitz, in der Gleichsetzung Stalin=Hitler der Linken zugeschoben. Noltes Ableitung Auschwitz' aus dem Gulag als "asiatischer Tat" ist

(1) In: "Kritik totalitärer Herrschaft, Rationalität und Irrationalität in Peter Weiss' Ästhetik des Widerstands", in: Christa Bürger (Hrsg.), "Zerstörung, Rettung des Mythos durch Licht", Zitat S. 184

als eine Fortsetzung solcher Entlastungsbemühungen zu verstehen. Die Linke beantwortete die Provokation, indem sie die Kontinuität des kapitalistischen Systems betonte; das analytische Verharren auf der Dimitroff-Formel ist vielleicht auch als Teil dieser Abwehrreaktion zu begreifen.

Postones theoretischer Ansatz könnte geeignet sein, den Ausgangspunkt einer Totalitärismustheorie -ähnliche Erscheinungen der Stalin-Ära mit dem NS-Regime- an dem Punkt Antisemitismus aufzugreifen und zu erklären, ohne daß der Theorieansatz eine Instrumentalisierung zugunsten bürgerlicher Verhältnisse zuließe.

Es könnte aktuell in Bezug auf Pamjat untersucht werden, ob der aggressive Antisemitismus dort ideologisch mit einem ähnlichen verkürzten Antikapitalismus verknüpft ist, wie Postone für den Nationalsozialismus beschreibt; ob also eine These, moderner Antisemitismus sei die Projektion dieses verkürzten Antikapitalismus auf die Juden, auch für diese aktuellen Phänomene einen Erklärungswert besitzt. Diese Untersuchung müßte aber auch in die Vergangenheit fortgesetzt werden. Es stellt sich daher die Frage, ob der Parteikommunismus der KPdSU z.B. der 30er Jahre in seiner Theorie, und dabei insbesondere: in der Alltagstheorie, wie sie das Bewußtsein von Massen an Parteimitgliedern real prägte, die Kapitalismuskritik auf die abstrakte Seite verkürzte, und ob auch dort Übergänge solchen Bewußtseins zu Antisemitismus nachgewiesen werden könnten.

Dazu noch ein spontaner Gedanke: Ein verkürzter Marxismus, der Revolution mit der formalen Überwindung der Eigentumsverhältnisse gleichsetzt, und der Sozialismus nicht als ständige Revolutionierung kapitalistischer Strukturmerkmale begreift, sondern stattdessen als Zustand (also ein "ökonomistisches" Sozialismusverständnis), nähert sich bereits dem von Postone beschriebenen verkürzten Antikapitalismus an. Denn er begreift die juristischen Eigentumsverhältnisse, damit eine abstrakte Seite des Kapitalismus als das eigentlich Bekämpfensverte, während dem Kapitalismus entstammende konkrete Produktionsverhältnisse und -bedingungen als der klassenlosen Gesellschaft unproblematisch betrachtet werden. Dem "Stalinismus" der 30iger Jahre wohnte meines (sehr begrenzten) Wissens nach die Tendenz inne, den Kommunismus zunehmend als im Kern bereits vollendet anzusehen. (Dem steht die stalinistische These von verschärften Klassenkampf im Sozialismus nur scheinbar gegenüber, da sie sich stets auf den äußeren Feind bezog: selbst die bekämpften innerparteilichen Gegner wurden stets zu Agenten ausländischer Mächte undefiniert).

5. Marxismus-Verständnis

Dem theoretische Ansatz Postones liegt ein bestimmtes Verständnis von Marxismus zugrunde - darauf weist er in einer Anmerkung seines Textes hin (Anmerkung 13 in der Fassung Diskus/Autonomie, Anmerkung 5 Merkur/Dan Diner). Posthone unterscheidet das Denken Marx' von einer "Hauptströmung MarxISTISCHER Tradition, in der Kategorien als Bestimmungen einer "ökonomischen Basis" begriffen werden und das Denken als Überbauphänomen aufgefaßt wird, das sich aus Klasseninteressen und -bedürfnissen ableitet". Demgegenüber sieht Postone lediglich bei "Lukacs, der Frankfurter Schule und Sohn-Rethel" Weiterentwicklungen des "MarxSCHEN" Denkansatzes.

Marx, so Postone, habe am Begriff des Warenfetisch entschlüsselt, was als theoretisches Herangehen dem ganzen "Kapital" zugrundellege. Der Begriff des Warenfetisch ist aus den ökonomischen Bedingungen abgeleitet, es ist dies aber zugleich ein erkenntnistheoretischer Begriff. Marx analysiert also nach Postone stets gleichzeitig ökonomische Formationen und damit verbundene Bewußtseinsformen. Postones Theorie des Antisemitismus ist denn auch durch eine Engführung der ökonomischen und der erkenntniskritischen Analyse geprägt. Postone verweist zum Ende seines Beitrags auf eine jüdische Tradition, Spannung zwischen Konkreten und Abstrakten auszuhalten und stets mitzudenken (2).

Postone arbeitet offensichtlich an einem ausführlicheren Text zur Marx-Interpretation (vgl. "zur Person" oben), der Gelegenheit bieten kann, die Abgrenzung Postones zu marxistischer Tradition genauer zu begreifen, und die Tragfähigkeit seines theoretischen Ansatzes zu untersuchen.

6. Probleme

Nach der Diskussion an "Tagestermin" ergeben sich mir folgende Fragestellungen an den Text:

* Eine wesentliche Problematik aller Antisemitismustheorien ist die Erklärung, warum gerade die Juden Objekt der massivsten Ressentiments wurden - also die Schnittstelle zwischen der Analyse der antisemitischen Gesellschaft und der konkreten Geschichte der Juden. Einerseits kann die Ableitung der antisemitischen Haltung aus tatsächlichen Momenten jüdischer Geschichte als Relativierung der Eigendynamik des Antisemitismus verstanden werden. Andererseits kann dem Gegenteil, der völligen Abstraktion von jüdischer Geschichte, der "liberale" oder "demokratische" Gedanke zugrundellegen, das Jüdische zugunsten des allgemein Menschlichen zu negieren, und dadurch auf andere Art zu vernichten.

Postone vertritt die These, "die Juden hätten durch keine andere Gruppe ersetzt werden können". Er belegt die These u.a. damit, daß Juden bereits im klassischen Antisemitismus mit Geld identifiziert wurden, und daß die Judenemanzipation im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit der schnellen Expansion des industriellen Kapitals zusammengefallen sei. Problematisch erscheint indes, wenn er zum dritten ausführt, Juden seien "deutsche oder französische Staatsbürger" in der abstrakten Dimension dieses Begriffs, sie seien aber in

---

(2) Das trifft z.B. für Walter Benjamin zu. Interessanterweise bezieht auch Benjamin sich z.B. auf Marx' Anmerkungen zum Warenfetisch, und sucht daran neue, eigene Erklärungen für Phänomene der sich entwickelnden Warengesellschaft zu finden (in den Baudelaire-Schriften). Benjamin prägte z.B. im Begriff der "Monade" einen Versuch, die Spiegelung abstrakter Verhältnisse im Konkreten als eine widersprüchliche Einheit zu fassen.

konkret-völkischen Sinne "keine richtigen Deutschen oder Franzosen" gewesen. Viele Juden, selbst viele religiöse, definierten sich demgegenüber auch im "konkreten" Sinn als "ihrer" jeweiligen Nation zugehörig.

* Postone diskutiert in seinem Text den theoretischen Ansatz Adornos und Horkheimers, Antisemitismus "wesentlich auf die Identifizierung mit Geld und damit der Zirkulationssphäre" zu beziehen. Er kritisiert, daß solche Theorien "nicht imstande sind, die antisemitische Vorstellung einzufangen, Juden ständen hinter Sozialdemokratie und Kommunismus".

Bei Postone werden die Juden im modernen Antisemitismus für alle Folgen der kapitalistischen Entwicklung verantwortlich gemacht, was in Differenz zu einer Begrenzung auf den Zirkulationsbereich gesehen werden kann. Eine Herleitung nach Postones Theorie müßte wohl lauten: Indem die Juden mit allen negativen Folgen des Kapitalismus identifiziert werden, können sie auch für die Entstehung des Proletariats und dessen revolutionäre Bestrebungen verantwortlich gemacht werden. Die Herleitung ist aber vermittelt, es bleibt das Problem, inwieweit der Ansatz Postones jene antisemitische Vorstellung, die Juden ständen hinter sozialistischen Bewegungen, tatsächlich schlüssiger zu erklären vermag.

* Postone sucht, ökonomischer Theorie und Erkenntnistheorie im unmittelbaren Zusammenhang zueinander zu analysieren. Es stellt sich die Frage, inwieweit er bürgerliches Bewußtsein im Kapitalismus als unmittelbar auf die Produktionsverhältnisse rückführbar ansieht. Behauptet z.B. Postone, daß auch die herrschende Kapitalistenklasse an den Nachvollzug der im Kapitalismus angelegten Erkenntniswege gebunden wäre? Daß sie, anders als die Linke, als er selbst, dem verkürzten Kapitalismusverständnis selbst unterliege? Oder würde er der These zustimmen, daß es ein instrumentelles Verhältnis der Herrschenden zum Antisemitismus geben könne? In welchem Verhältnis steht dann das nationalsozialistische Bewußtsein zum Klassen - Herrschaftssystem? Könnte hier eine Definition des Faschismus neben einer zu entwickelnden Definition des Nationalsozialismus in ihr Recht treten?

Be

Ergebnisse des ersten ak-Schreibetreffens der Hamburger Ex-Minderheit am 15.5.91

Anwesend : 6 Genossen, 2 Genossinnen

Die Ebene der konkreten Redaktionsarbeit wurde auf dem Treffen zunächst ausgespart, das wird dann genauer besprochen, wenn der Dach-ak konkret ansteht: wenn er von uns in Dortmund beschlossen wird - erscheint der erste gemeinsame ak Ende August.

Auf diesem Treffen haben wir wesentlich über Themenvorstellung und Projektplanung gesprochen, dies in erster Linie an die dort vertretenen Interessen angelehnt.

Hier die Sammlung :

- neuer linker Antisemitismus
- Aufarbeitung der DDR-Geschichte -- gemeint ist die Auseinandersetzung mit der derzeitigen Art der "Geschichtsentsorgung" wie sie von bürgerlicher Seite, aber auch von DDR-Historikern, PDS etc. betrieben wird (Hr.)
- Oststrategien des BRD-Imperialismus (holger)
- langfristiger : Anmerkungen zur Ästhetik des Widerstands (im nächsten Jahr ist der 10. Todestag von P.Weiss (Be.))
- Auswirkungen des neuen "Ausländer"-gesetzes (soll mit in. besprochen werden)
- Ausreise sowjetischer Juden (Berlin ?)
- Entwickulung des Rasssismus in der ehem. DDR, Suche nach Erklärungsmustern (mar.,g.,kl
- AKW - neues energiepolitisches Konzept sowie SPD-Abschied vom ehem 10-Jahres-Ausstieg (reinh.)
- Deregulierungsabsichten - u.a. Bericht der Deregulierungskommission der Bundesregierung (hr, evtl. nor.)
- Kritik an der Tendenz in Kt.s Artikel zur "Balfour-Deklaration" (noch kein konkr.A.)

Fester Bestandteil unserer monatlichen Termine sollen die Punkte sein :
* Reaktion auf das aktuell politische Geschehen
* Blattkritik des vorhergehenden ak, evtl. bei Festlegung mit Vorbereitung auf einen bestimmten ak-Schwerpunkt
* Sammeln von ak-Themen/Projektplanung
* Daneben sollen auch immer einzelne Themen diskutiert werden: beim nächsten Mal wird zur neuen Diskussion um linken Antisemitismus diskutiert (Vorbereiter hr/be). Möglicherweise soll daraus mittelfristig ein ak-Schwerpunkt werden.

Mit anderen SchreiberInnen bzw. Redaktionsgruppen soll regelmäßig der Kontakt um die ak-Planungen gehalten werden. Deshalb erscheint dieses Schreiben auch hier.
Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns über Eure Planungen informiert.

Das Hamburger ak-Schreibetreffen wird sich regelmäßig vierwöchentlich treffen, und zwar immer am **2. Dienstag (also acht Tage) nach ak-Erscheinen** bei hol/ol. um 19 Uhr.

Interessierte sind erwünscht.

Hamburg 17.5.91 g

Hamburger Schreibetreffen vom 11.6.1991

Anwesend nur 5 GenossInnen (Abwesenheiten aus Gründen wie Urlaub u.ä.); auf dem Treffen wurde der laufende AK 331 kritisch durchgegangen, und es wurden verschiedene Themenprojekte andiskutiert.

Über Redaktionsarbeit für einen eventuellen Dach-AK, insbesondere auch über die notwendigen Mitarbeit von HamburgerInnen an einer "offiziellen" 12köpfigen AK-Redaktion, soll am Mittwoch, 3.7., 17 Uhr bei Ho. und Ol. gesprochen werden. Alle an einem Schreibekreis Interessierten sind herzlich eingeladen!

AK 331: Israel-Artikel von Kt. (S. 16f)
Einmütig kritisiert wurde die in zweiten Beitrag Kt.s zur Gründung Israels fortgesetzte Tendenz, an der Bedeutung des Holocaust für die Staatsgründung "vorbeizuschreiben". Eine über Einzelleserbriefe hinausgehende Erwiderung wurde für notwendig gehalten. Diskutiert wurde, wie die versteckte Tendenz in Kt.'s Beiträgen am besten aufgezeigt werden könne. Einerseits böte sich an, konkret auf Kt.'s Behauptung zu erwidern, Auswanderung aus Deutschland nach Palästina während der NS-Zeit sei geringfügig. Andererseits könnte eine umfasseende Gegen-Aufarbeitung sinnvoll sein.
*****Angestrebt wurde ein Extratreffen Interessierter (Kontakt Hr.
oder Be).

AK 331: SU-Artikel (S. 2)
Kritisiert wurde, der Beitrag übernehme bürgerliche Kriterien (Reformer Jelzin etc....) und sei überwiegend aus der Perspektive geschrieben: wie würde ich diese schweren Krisen als SU-Lenker bewältigen. Der Artikel erkläre volle Marktwirtschaft und großzügige Westkredite als eigentlich einzige (wenn auch wegen westliche Knausrigkeit unrealistische) Krisenlösung, ohne dabei eine linke Kritik, ein Fazit aus linker Sicht zu entwickeln.
*****Es wurde als Aufgabe der Minderheit angesehen, eigene Standpunkte zum "Gorbatschivismus" zu entwickeln, um auf solcher Grundlage den AK zu links fundierterer SU-Beurteilung
im AK zu kommen (InteressentInnen wenden sich am besten an sab.)

AK 331: "Honeckers Rache"
Die positive Wertung von Thesen der "Initiative Marxistische Kritik" (in persona Robert Kurz, Hrsg. "Krisis") insbesondere im Schlußabsatz durch den Minderheitsautoren wurde mit vielfachem Mißbehagen aufgenommen, da Kurz für die "Minderheit" grundliegende Analysen gegenüber Entwicklungen um die Wiedervereinigung vertrete (Tendenz des "Absterbens" organisierten Rassismus' und Nationalismus'). Es ergab sich eine Diskussion um einen Formenwandel angesichts der EG-Entwicklungen. Es sei zu untersuchen, wie sich unter neue Begrifflichkeiten wie "Zivilität" doch Strukturen des Alten verbergen, und ob Wandlungsprozesse durch die "Wiedervereinigung" einen Rückschlag erlitten. Gegenüber einer in HH z.B. von Christina Kukielka und Michael Boettcher vertretenen Tendenz, bereits ein einheitliches "Euro-Kapital" bevorstehen zu sehen, wurde eine genauere Untersuchung der weiterhin nationalstaatlichen Kapitalorganisierung eingeklagt. Die These zur Ökonomie, mit der DDR habe sich das BRD-Kapital "übernommen", wurde als möglicherweise für AK-Artikel relevanter Auseinandersetzungspunkt angesehen, da auch K.K. Roth (Beitrag am 2.12.), Altvater und Hirsch ähnliches verträten (Hr.; ein hierin Kurz widersprechender Beitrag findet sich in Konkret).

AK 331: Leserbrief Jü. (S. 39)
Jü.'s Reaktion wurde mehrfach als überzogen, in der Sache aber berechtigt angesehen: eine Red.-Anmerkung direkt auf Leserbriefe sei im allgemeinen, wie im hier speziellen, unabhängig vom kritikwürdigen Inhalt unsinnig (Anmerkung: die kritisierte Anmerkung "der AK-Red." wurde Erkundungen nach auch keinem "Minderheits"-Redaktionsmitglied vorgelegt!). Hr. berichtete, mit De. bereits früher Auseinandersetzungen gegen eine starke redaktionelle Reglementierung gegenüber Leserbriefen geführt, dabei aber in einer frühen "Minderheit" geblieben zu sein (was sich jetzt ja ändern könnte...).

Weitere Themen/Projekte:

Golfkrieg-Disput: Artikelprojekt, das eine inhaltliche Verbindung rechter Positionen der Historikerdebatte zu linker Kriegsbefürwortung ("Zivilität", Geschichtsrelativierung) aufzuzeigen sucht, ist in Arbeit (Hr.). Für interne Minderheitsdiskussion wird eine Auseinandersetzung mit Bruns Lenin-Negierung versucht (Be, event. mit No. und Ma.).

MG-Auflösung: Als interessant wurde speziell angesehen, die Verfassungsschutz-Aktivitäten aufzuarbeiten; sab. bemüht sich um Materialien.

öko-Linx: Die Parlamentsorientierung und Orientierung auf optimistische Stimmung läßt im Schwerpunkt Auseinandersetzung sinnvoll erscheinen. AutorIn?

§ 218: PDS- wie Bundestags-Grüne rückten mehrheitlich von der Forderung gegen §218 ab, Gesetzzesänderung ist gesellschaftlich breit diskutiert. Autorin?

Stasi-Debatte: In den "Mehrheits"-Beiträgen im AK fehlte, -die mit der Stasi-Diskussion einhergehende Geschichtsrelativierung (beispielhaft: Kohl in Bergen-Belsen!) , -die notwendige Trennung in der Beurteilung der äußeren und der inneren Stasi-Aktivitäten, und -der über Partei-Perspektive PDS hinausweisende, gesellschaftliche Bedeutung erfassende Blickwinkel. (Artikelprojekt: Hr.).

Algerien: M. v.S. soll angesprochen werden.

Eritrea: Info-Suche über Kontakte in HH und in die Schweiz - weiteres Material? AutorIn?

China: Mit I./W.-Berlin soll Kontakt aufgenommen werden.

Kohl in Kaliningrad: Ein kleiner Einstieg im Rahmen längerfristiger Beschäftigung mit "deutsche Osteuropapolitik" wird versucht (Ho.).

Be

Am 3. Oktober gegen Deutschland

Erste Gedanken zu einer Kampagne gegen die Wiedervereinigungsfeierlichkeiten in Hamburg

"Hamburg muß Einheit feiern" überschrieb die taz hamburg am 25. Mai eine Kurzmeldung. Und weiter:
"Die Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung werden am 3. Oktober in Hamburg ausgerichtet. Das ergibt sich aus dem Beschluß der deutschen Ministerpräsidenten, den 3. Oktober jeweils in dem Bundesland zu begehen, das den Bundesratspräsident stellt. Und das ist bis Ende Oktober Hamburg.(dpa)."

Eine gleichlautende Information gab's auch im Radio. Die Wiedervereinigung war in Berlin letztes Jahr von einem mehrtägigen Volksfestprogramm umrahmt (mit eigenen Badges etc.). Auch wenn dieses Jahr kein solch monströses Programm zu erwarten ist, reizt dieser Anlaß doch zu antinationalistischen Gegenaktivitäten. Die nationalistische Grundstimmung ist verschoben: es geht nicht mehr hauptseitig um daß "wir-sind-wieder-wer-und-WeltkriegII-ist-vorbei". das ist jetzt Satz, braucht nicht mehr ausgesprochen zu werden. Nationalismus ist aktuell das Wegbeißen von Flüchtlingen, MigrantInnenfeindlichkeit,und...? Der 3.Oktober wird nicht irgendein Staatsfeiertag sein. Die Volksgemeinschaft wird sich im Alltagsbewußtsein weiter eingraben - wenn die Show gut ist, mit ein bißchen Schicksalsgemeinschaft der Doitschen, etwas militärischer Verantwortung 'für' die Welt, ein bißchen Gruseln vorm Sozialismus. Das ist die **Stunde der SpielverderberInnen und Vaterlandslosen GesellInnen**, die im letzten Jahr *"Nie wieder Deutschland"* gesagt haben. Damit wenigstens ein paar Linke sich darum auseinandersetzen, warum sie nicht mitfeiern. Anstatt nur den Kopf ins 'Viertel' zu stecken wie Vogel Strauß.

"Nie wieder Deutschland" im Mai 90 ernstgemeint zu haben, macht es jetzt vielleicht leichter, sich das Fänomen Deutschland zu erklären und eine Oppositionsrolle einzunehmen, die sich nicht wie die PDS wöchentlch einfangen lässt zur Dressur. **Rund um den 3.Oktober könnten Aktivitäten vorbereitet werden, die aus solchen Diskussionen hervorgehen, sie weiterführen. Jetzt, im Juni ist noch Zeit mit einer gründlichen Vorbereitung anzufangen, die über spontane Anti-Reaktionen auf eine Staatsfeier hinausgehen. Ein wöchentlich palaverndes Plenum könnte einige Vorarbeit leisten.**

Fragen dazu:
Was ist von "Nie wieder Deutschland" geblieben, was wurde schon wieder verdrängt?
Was heißt es jetzt, gegen die Wiedervereinigung zu sein?
Was ist von den Debatten um die "Keine Stimme für Deutschland"- Demo am 2.12. und die "Keine Stimme..."-Konferenz geblieben?
Hat das Einschwenken vieler Linker auf den Kriegschauvinismus der Metropolen im Golfkrieg das "gegen Deutschland" blamiert?
Wie wehren wir uns bei linker Geschichtslosigkeit bei Ansätzen von Antisemitismus?
Wie argumentieren wir antinationalistisch und antiimperialistisch?
Wie sinnvoll sind Schnitzeljagden auf Nazis gegenüber der Rechtsdrift von weiten Teilen des Massenbewußtseins? Was heißt Antifa heute praktisch?
Wie verhalten wir uns als deutschLinke zu der Tatsache, daß der Jubel-Nationalismus sich ausgrenzend gegen die MigrantInnenbevölkerung definiert?
Wie wirkt sich das seit 1. Januar gültige AusländerInnengesetz aus?

Eine wesentliche Auseinandersetzung ist der **Umgang mit dem unemanzipativen Massenbegriff, wie er sich in der KB-Mentalität** entwickeln konnte (und heute von PDS-LerInnen der B-Gruppe zum Paternalismus gegenüber DDR-LerInnen führt), "*der weder reflektiert, daß KommunistInnen nur Politik mit solchen Massen machen können, die sich ihrer Lage bewußt werden, die von uns nicht als stellvertretend zu behandelnde oder gar zu ihrtem Glück zu zwingende aufzufassen sind, wenn wir Befreiung wollen. Deshalb muß jeder Massenorientierung auch eine gesellschaftliche Analyse und eine Analyse des Wollens der **gesellschaftlichen Subjekte**, auf die man sich beziehen will, vorangehen.*"(Ein Dithmarschener Genosse im AK 330/S.30/sp.5 unten). Die BRD-Wirtschaft hat sich an der DDR verschluckt, die Krise ins Land geholt. Gibt es für Westlinke eine Möglichkeit oder gar Notwendigkeit, sich zu den gewerkschaftlich-sozialen Abwehrkämpfen in der DDR zu verhalten? Meine Unsicherheit dazu rührt daher, daß sich diese Streitigkeiten grundlegend positiv zur Wiedervereinigung definieren ("*Wir sind wirklich 1 Volk*"/PDS). Gibt es antinationale Ostlinke, die hierzu was zu sagen haben? Eine Debatte hierzu finde ich wichtig(Ein Einstieg hierzu sind sicher die Gedanken von hr. im oben zitierten Referat vom Abschiedskongreß des KB).

Um den ***antinationalen Grundkonsens*** nicht zu verwaschen, ist eine gezielte ***Zusammenarbeit*** mit den Gruppen/Leuten sinnig, die letztes Jahr gegen Deutschland Politik gemacht haben. Also auf jeden Fall mit Gruppe Weltrevolution, 17 Grad Celsius, Auschwitz-Komitee, AntiFa-AK in der SchülerInnenkammer, Antifaschistische Aktion/Nachfolgerin, Radikale- Linke-Szene, ex-Bündnis gegen Wiedervereinigung, Devrimci Isci,...u.a. Oder die Anti-Kriegs-Info-Redaktion,...Das wäre auch ein Ansatzpunkt, sich mehr mit anderen Linksradikalen auseinanderzusetzen, die an ähnlichen Brocken knabbern wir wir.

Alleine kriegen wir als "***K-Gruppe***" wohl kaum viel auf die Reihe an Veranstaltungen u.ä. Einige kleine Veranstaltungen, eine Demo,... das wäre schon viel im Moment.

Räumlich bietet sich selbstredend der große Raum im Karo 21 für Treffen zum 3.10. an. Sonst wird der Raum von uns ja noch überhaupt nicht beansprucht. Im Herbst könnten wir unsere ***Karo-Büroräume*** gut als Anlaufadresse nehmen. Auf dem KaroHaus-Plenum am 2. Juni gab es bereits Interesse, Gegenveranstaltungen zum 3.oktober zu planen.

Die Idee einer **Retrospektive mit antideutschen Filmen** liesse sich beispielsweise in der Karo gut umsetzen: Mit "*Passage to Marseille*" (Bogey),"*Der gewöhnliche Faschismus*","*Shoah*","*Ich war 19*"(Konrad Wolf)...

Okydoky. Bis jetzt sind das hier erstmal nur meine persönlichen Spinnereien. Weiterentwickeln lassen sich diese Ideen nur, wenn's in der "K-Gruppe" handfestes Interesse gibt, was ich einfach nicht beurteilen kann bei der gegenwärtigen Flaute (in Bezug auf Karo, Mittwochstreffen).

Das **Wahlergebnis/Bürgerschaft** wird vielleicht ja auch Impulse geben, hat es doch erneut gezeigt, daß Parlamentarismus für Systemopposotionelle kein Strohhalm sein kann: Die Grüne Mittelschichtb (GAL 7,2%) ist weitgehend resistent gegen linke Kritik, sobald diese eine Konsequenz erfordern - wie das Setzen des Kreuzes bei der AL (0,5%). Von einer breiten Zustimmung zu linker Politik ist auch bei der in Christiane Reimann-Gehrkes Küche ersonnenen lauLinken Kopfgeburt PDS/LiLi wenig zu sehen (0,5%). Die SPD (48,0) wird ihre Regierungfähigkeit auf Bundesebene eher mit einer 150%-igen Einheitsfeier in Hamburg beweisen wollen, als sich abstinent bis nüchtern zu halten beim vergorenen Gesöff "Deutschland Jahrgang 89". Trotz erfreulichem Abkacken der CDU (35,1%) also kein Linksruck. Die Entwicklung revolutionärer Versuche "from the bottom up" hat nix an Attraktivität eingebüßt. Laßt uns den 3.Oktober nutzen, ***ein wenig zu gründeln.***

mor. , 2. Juni. 91

Auch ein Nachruf...

Staatlicherseits wurde der KB im Verfassungschutzbericht kommentiert. Der 90er ist noch nicht erschienen (?), also hier zuerst der 89er- Bericht (da er im früheren Org-Bull nicht gewürdigt wurde). Der KB wird - neben dem dokumentierten Auszug - im Abschnitt "*AKtionsfelder*" kurz erwähnt:"*Die Bemühungen von Mitgliedern des KB, eine Kampagne 'Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!' in Gang zu bringen, scheiterten.*" In der Übersicht wird dem KB die piranha zugeschlagen, die sich unabhängig vom KB organisiert hat (bei personellen Überschneidungen).
Der andre Text ("*Aktuelle Fragen...*") ist vom Dezember 89.
Unangenehm aufgefallen sind wir dem VS durch die LG- Erklärung zur Wiedervereinigung: Ein kleine Ermunterung für die Gründung der '*K-Gruppe*'.

moritz/ hamburg

Verfassungsschutzbericht 1989

IV. »Neue Linke«

1. Politischer Standort und Entwicklung

• • •

eit Jahren beklagt die »Neue Linke« ihre ideologische und organi-atorische Zersplitterung. Versuche, diesen Zustand zu überwin-en, versandeten jedoch meist in zähen Theoriediskussionen oder cheiterten, weil Funktionäre fürchteten, Autorität einzubüßen, der Gruppen argwöhnten, von anderen bevormundet zu werden.
n Frühjahr gab es einen neuen Versuch, die Kräfte zu bündeln. ngebundene und noch organisierte Marxisten-Leninisten, Anhän-er autonomer und anarcho-kommunistischer Gruppierungen, Per-onen aus dem terroristischen Umfeld, Erneuerer aus den Reihen er DKP sowie Anhänger ökosozialistischer Strömungen in den RÜNEN riefen dazu auf, eine »Radikale Linke« zu formieren, die en Parlamentarismus, den Kapitalismus und das Patriarchat ekämpft. Das Echo blieb geteilt. Vor allem Autonome fürchten, in iner parteiähnlichen Organisation vereinnahmt zu werden. Ein her-usragendes Aktionsthema – vergleichbar mit der Kampagne egen den Internationalen Währungsfonds im Herbst 1988 – gab s 1989 nicht. Nach den Wahlerfolgen der »Republikaner« ver-ärkte auch die »Neue Linke« ihren »Antifaschismuskampf«. Das nteresse an Protesten der »Friedensbewegung« und der Umweltschutzbewegung« ging weiter zurück. Die Zahl der Haus-esetzungen mit linksextremistischer Beteiligung nahm dagegen ieder zu. Zum Jahresende, nach den Umwälzungen in der DDR, obilisierte auch die »Neue Linke« gegen eine Wiedervereinigung eutschlands. Trotzkisten und Anarchisten bemühten sich gleich, Stützpunkte und neue Gruppen in der DDR aufzubauen.
ie publizistischen Möglichkeiten der »Neuen Linken« blieben eachtlich. Ihre Gruppen gaben wieder etwa 200 verschiedene eriodische Schriften heraus mit einer Jahresgesamtauflage von ahezu 7 Millionen Exemplaren.

• • •

.1.2 »Kommunistischer Bund« (KB)
)er 1971 gegründete KB – bundesweit etwa 400 Mitglieder mit chwerpunkt in Hamburg – will revolutionäre Politik entwickeln, rientiert an den Lehren von Marx und Lenin. Er sah sich im Auf-vind; die Auflage seiner zentralen Publikation »ak-Arbeiterkampf« tieg um mehrere hundert Exemplare.
m 14./15. Januar fand in Hamburg der «3. Nationale Kongreß« les KB statt. KB-Funktionäre sprachen sich dort für eine »Blockbil-lung« der revolutionären Linken aus, damit marxistische Politik in ler Bundesrepublik Deutschland noch Zukunft haben könne: Dazu nüßten die ideologischen Standpunkte angenähert werden. Für len KB seien Unversöhnlichkeit gegenüber der Bundesrepublik)eutschland, gegenüber EG und NATO, Widerstand gegen Repres-ion und die Unterstützung der Rebellion sozialer Minderheiten wesentliche Elemente[106]. KB-Mitglieder beteiligten sich intensiv in den Bemühungen zur Formierung der »Radikalen Linken« (vgl. iff. 1).
Beachtlich blieben die Möglichkeiten des KB, in anderen Organisa-ionen und Einrichtungen politisch zu arbeiten. So betätigten sich KB-Mitglieder weiterhin bei den GRÜNEN und bei Alternativen Listen; einzelne schrieben regelmäßig für bundesweit verbreitete Publikationen, z.B. die Monatszeitschrift »konkret«.
Auf das Scheitern des »realen Sozialismus« in der DDR reagierte der KB aggressiv: Sein »Leitendes Gremium« erklärte im Dezember, Deutschland müsse das Recht auf nationale Selbstbestimmung abgesprochen werden; das Streben nach Einheit sei der Versuch, eine Großmacht zu etablieren, die andere Länder bedrohe[107].

Kommunistischer Bund (KB) (Landesverbände) – Hamburg –	über 400	Arbeiterkampf – monatlich – – 5.000 (4.800) –
		Piranha – Sozialistischer Jugend-rundbrief (Publikationen der KB-Jugend u. a.) – unregelmäßig –

Texte zur inneren Sicherheit

Aktuelle Fragen des Extremismus

Aufmerksamkeit verdient eine kleine kommunistische Gruppe, der „kommunistische Bund" (KB) mit knapp 500 Mitgliedern. Er verfolgt eine eigenwillige marxistisch-leninistische Linie. Die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen würden nicht mehr von der traditionellen Arbeiterklasse ausgehen, sondern von den Neuen Sozialen Bewegungen; deshalb müsse versucht werden, auf diese Entwicklung „sozialistisch" einzuwirken. Der KB behauptet unwidersprochen, daß er, die einzige kommunistische Gruppe sei, der es nach dem KPD-Verbot gelungen wäre, Abgeordnete in Landtage und in den Bundestag zu entsenden, und zwar über „Die Grünen". Er bestreitet zwar, einen „organisierten" Entrismus, eine organisierte Infiltration bei den „Grünen" zu betreiben, spricht aber von einem „inhaltlichen" Entrismus. Bereits vor Jahren hatte der seine Mitglieder aufgerufen, den Grünen beizutreten. Der KB gehört zu den Kräften, die sich an den Diskussionen über eine neue „radikale Linke" beteiligen.

KB beschließt Selbstauflösung

Im Namen von 186 verbliebenen Mitgliedern löste sich der Kommunistische Bund (KB) am 20. April nach zwanzigjährigem Bestehen selbst auf. Die Spaltung dieser vor allem in Hamburg tätigen Gruppe in Befürworter und Gegner einer Unterstützung der PDS hatte eine Zusammenarbeit schon seit Monaten unmöglich gemacht.

Zu den Merkmalen der Entwicklung des Klassenkampfes in der BRD gehörte es, daß in Westdeutschland eine ungeheure Verwirrung unter den Arbeitern durch die zahlreichen sogenannten »K-Gruppen« gestiftet wurde, die in den siebziger Jahren aus der kleinbürgerlichen Studentenbewegung entstanden. Der KB spielte dabei eine besondere Rolle.

Nach eigenen Angaben erreichte seine Zeitung *»Arbeiterkampf«* 1977 seine höchste Auflage mit 27 500 (heute: 5 500). Einer der Gründer des KB, Knut Mellenthin, gehörte 1968 zu der Gruppe um die revolutionäre Jugendzeitschrift *»Rebell«*, einer der Vorläuferorganisationen der MLPD. Der von ihm geführte Zirkel spaltete sich jedoch ab, da Mellenthin über den weiteren Organisationsaufbau grundsätzlich andere Vorstellungen vertrat.

Die Marxisten-Leninisten forderten den *demokratischen Zentralismus* als Organisationsprinzip, weil sie eine Kampfpartei anstrebten, die mit einheitlicher Führung in den Klassenkampf eingreift. Mellenthin dagegen wünschte eine *»Liga«*, einen Zusammenschluß verschiedener eigenständiger Gruppen.

Diesem Konzept folgte später der KB und war dadurch von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Aufgrund des Verharrens im Zirkelzustand konnte keine richtige politische Linie entwickelt werden:

Während der Zeit der SPD-Regierungen richtete der KB den Hauptstoß nicht gegen diese soziale Hauptstütze des Kapitals, sondern gegen eine angeblich drohende faschistische Gefahr.

In den achtziger Jahren spaltete sich ein Teil des KB ab, um bei den Grünen Karriere zu machen, so das ehemalige Bundestagsmitglied Thomas Ebermann oder der frühere Grünen-Sprecher Rainer Trampert.

Die EX-KBler beider Fraktionen wollen ihre Zeitung weiter gemeinsam herausgeben; nach der Gründung der »Ökologischen Linken/Alternativen Liste« durch Jutta Ditfurth werden sicherlich viele von ihnen auch eine neue politische Heimat finden.

Die Geschichte und der Bankrott des KB unterstreichen eine grundlegende Lehre im Parteiaufbau: Mit einer kleinbürgerlichen Denkweise kann man keine Arbeiterpartei aufbauen.

Dieter Klauth

Buchtip: Geschichte der MLPD, Teil I, 417 Seiten, 22 DM

aus 'Rote Fahne' 18.5.91

Donnerstag, 13. Juni 1991

ZUR SACHE

Stolz, deutsch zu sein?

Wer sich als Linker versteht, wird sicherlich ein Ja auf diese Frage weit von sich weisen. Den von Rechten gebrauchten Spruch „Ich bin stolz, Deutscher zu sein" im Kopf, könnte man hinzufügen, daß man nicht stolz sein kann auf etwas, wozu man selbst nichts beigetragen hat. Oder?

Seit dem Ende des 1. Weltkrieges, der auch mit Unterstützung von SPD-Politikern geführt worden war, sind deutsche Linke in einer eigenartigen Situation. Über Zwistigkeiten im linken Spektrum hinweg sind sie sich in der Ablehnung eines deutschen Patriotismus einig. Die SPD begann damit, als sie die Konsequenz aus der eingestandenen Mitschuld an den Kriegskrediten und der internationalen Kritik zog. Die Weltöffentlichkeit sah im deutschen Nationalgefühl, das im Zusammenhang mit dem ersten Weltkrieg in einen aggressiven Chauvinismus abglitt, eine Ursache für den zweiten Weltkrieg und reagierte forthin empfindlich auf nationale Bekundungen. Deutschland wurde ein Recht abgesprochen, ohne das – so scheint es – Länder wie Frankreich und Großbritannien nicht existieren könnten.

Die Linken Deutschlands übernahmen diese Haltung, die noch gestützt wurde durch die Erfahrungen aus zwölf Jahren Faschismus. Verhängnisvoll, wie ich meine, wird doch damit das Feld des Nationalgefühls einzig für rechte und rechtsradikale Interpretationen freigegeben. Man stelle sich einen französischen Sozialisten vor, der sich schämt, sich einen Franzosen zu nennen und die Feiertage seiner Nation peinlichst meidet. Die Schlußfolgerung aus den beiden Weltkriegen und der neuerlichen Renaissance faschistoider Gedanken kann nicht die Abkehr vom deutschen Nationalgefühl sein, sondern muß endlich seine Ausprägung in gesunden Relationen bedeuten. Da hierzu sicherlich nicht die Rechte fähig ist, müssen die Linken Deutschlands es tun. Üben wir also Konkurrenz zu rechten Angeboten und ziehen somit national gesinnte (was nur selten eine wirklich rechtsradikale Haltung bedeutet) Jugendliche zu uns heran.

SEBASTIAN TEXTER, Leipzig

(ND)

Legenden und Rechtfertigungen aus der PDS-West, Abteilung HH

Mit 3713 Stimmen hat die PDS/LL bei den Bürgerschaftswahlen nicht mehr 1/3 der Wähler auf sich ziehen können, die noch bei der Bundestagswahl PDS gewählt haben — wo doch bei Regionalwahlen eher schon mal Stimmen abfallen für linke Parteien, die keine Chance auf Überwindung der 5%-Hürde haben. Zum x-ten Mal ist eine Konzeption auf Grund gelaufen, die vorgaukelte, man könne mit dem Einsatz von Geld linker Politik zum Durchbruch verhelfen. Natürlich haben die rund 20, wie sie sich nennen, „InitiatorInnen" des West-Projekts PDS/LL wissen müssen, daß nur mit Ost-Knete nichts zu machen ist. Deren Spekulation war wohl in etwa folgende: Ausreichend viele Menschen, im ersten Anlauf, den Bundestagswahlen, schon um die 5% Wähler fühlen sich spontan zur PDS hingezogen. Und sie, die 20, wären dann endlich mal richtige Parteiführer und nicht so mickrig bezahlt wie in ihren vormaligen Vereinen.

So ist es nicht gekommen. Tatsächlich waren Linke aller Schattierungen nach der Einverleibung der DDR zum Zusammenrücken bereit. Ganz deutlich hat sich im Sommer 1990 die Bereitschaft nahezu aller Gruppierungen gezeigt, sich unter dem Dach PDS zu so etwas wie einer parlamentarischen Frontpartei zu sammeln. Der Preis wäre gering gewesen: Anerkennung der politischen Autonomie dieser Kräfte; statuarisch ausgedrückt der Doppelmitgliedschaft. Die „InitiatorInnen" haben seinerzeit keine Mühe gescheut, alle zu vergraulen, um ihren Herrschaftsanspruch wahren zu können.

Wie man hört, nimmt in der PDS-Ost der Unmut über die West-Bagage zu. Seitens dieser wiederum wird seit einiger Zeit an Legenden und Rechtfertigungen gestrickt, mit denen sie ihre „Unschuld" beweisen will, besser, daß es eigentlich nur 20, ebendiese 20, vernünftige Linke in der Alt-BRD gibt und die PDS-Ost gut beraten sei, sie sich warmzuhalten. Nachlesbar sind diese Versuche in „ak" 327 und 330, Zeitung derjenigen, die am 20.4.1991 den KB aufgelöst haben. Das Strickmuster: a) Schuld haben die Mitglieder der PDS-Ost, weil medienunwirksam dogmatisch; b) die Linke-West will nicht mit der PDS gehen; c) diejenigen Mitglieder, die es im Westen gibt, sind ein wenig doof, also auch medienunwirksam.

„Wir (Leute aus der PDS-West; wal) waren bei unserem Treffen darin einig, daß es keinen Zweck hat, weiter darauf zu hoffen, daß aus den alten linken Zusammenhängen die Menschen für uns zu gewinnen sind, sondern daß wir uns eine soziale Basis neu erschließen müssen", heißt es in einem Papier für den Vorstand der PDS. Ist das nicht ein schöner Satz? 20 Leute erschließen sich eine soziale Basis neu! Das ist — wir gestehen es unumwunden ein und erschaudern vor der Größe der Aufgabe — natürlich schwierig, und daher bitten sie bei der PDS-Ost um Verständnis: „Wir werden ganz viel experimentieren und ausprobieren müssen." Übersetzt: Wir brauchen noch ganz lange ganz viel Geld.

Aus den alten linken Zusammenhängen seien keine Menschen für die PDS-West zu gewinnen gewesen? Dazu muß man nun wissen, daß als „linke Zusammenhänge" all diejenigen Vorgenannten, die mit der PDS gemeinsam kämpfen wollten, gerade nicht gefaßt werden; sondern: Grüne und linke Sozialdemokraten. Wir erinnern uns, daß die PDS-West in diesen Bereichen schon bei der Suche nach Prominenten erfolglos war. Linke Politik muß sich in Auseinandersetzung zu anderen politischen Linien bewähren. Nur Glücksritter können annehmen, sich dies ersparen, stattdessen mit personellen Auskäufen aus anderen Parteien brillieren zu können. Die 20 beklagen also, diejenigen nicht gewonnen zu haben, die sich bewußt und oft vor langer Zeit für eine andere Partei als eine sozialistische entschieden haben. Nicht zu fassen!

Die, die wollten, wollte man, wie schon erwähnt, nicht, die „von DKP, BWK etc. Mit dem Wunsch, nicht auch noch im Westen die Dominanz dogmatischer Kräfte haben zu wollen, wurde die Ausgrenzung begründet ..." Das „etc." ist es, das andeutet, daß seinerzeit zahlreiche bundesdeutsche Sozialisten erfolgreich davon abgehalten wurden, unter dem Dach der PDS zusammenzuarbeiten. Wir befinden es vor allen Dingen für unsäglich dreist, die „Dogmatiker" im Osten für Niederlagen bei Wahlen und beim PDS-Aufbau im Westen verantwortlich zu machen und sich gerade bei diesen Ost-PDSlern Geld in nicht geringem Umfang abzuholen. Und überhaupt, Dogmatiker: Die westdeutschen Sozialisten haben nicht regiert; bei äußersten Anstrengungen haben ihre Fehler deshalb nie eine Tragweise, wie sie die DDR-Regierung geschafft hat, erreicht. Die Ausgrenzerei über Dogmatik ist zudem gnadenlos lächerlich, wenn sie gerade seitens der 20 Ober-Dogmatiker (denen keine Meinung außer der eigenen gilt) vorgenommen wird.

Aber der Tragik kein Ende. Nicht nur wollen Sozialdemokraten und Grüne nicht Sozialisten werden und sich (vielleicht wiederum) in Berufsverbotsgefahr begeben. Nicht nur, daß die Dogmatiker im Osten imageschädlich sind. Nein, selbst die Masse der Mitglieder im Westen kann man in der Pfeife rauchen! „An der Basis der westlichen Landesverbände versammelt sich heute eine kleine Schar von versprengten Linken, im wesentlichen Erneuerinnen, wenigen Neulingen und vielen Schraten." Die günstigste Übersetzung für Schrat lautet Sonderling. Was kann man mit einem Sonderling bei der Herstellung medienwirksamer Politik schon anfangen? Wir unsererseits fragen uns, wie lange sich wer von den 20 noch hintergehen und schuriegeln läßt? Ode, ob es die 20 sind, die etwas sonderbar sind; nicht ganz dicht vielleicht in der Erscheinungsform von Größenwahn?

Andererseits sehen wir Licht am Tunnelende. Auf so viele Leute müßte die PDS-Ost ja nun auch wiederum nicht verzichten, um eine Neuauflage der Zusammenarbeit mit den West-Sozialisten zu versuchen. Das erleichtert Entscheidungen ungemein; käme auch günstig: Keine Ost-Knete! wäre wahrscheinlich die einzige Vorbedingung für einen solchen Versuch. — (wal, BWK)

aus: Lokalseite Hamburg 12/91, 13.6.91

35

Zum Leserbrief von Jürgen, Stuttgart "Die ak-Redaktion kämpft gegen die Verleumdung eines verdienten Autors" in AK 331

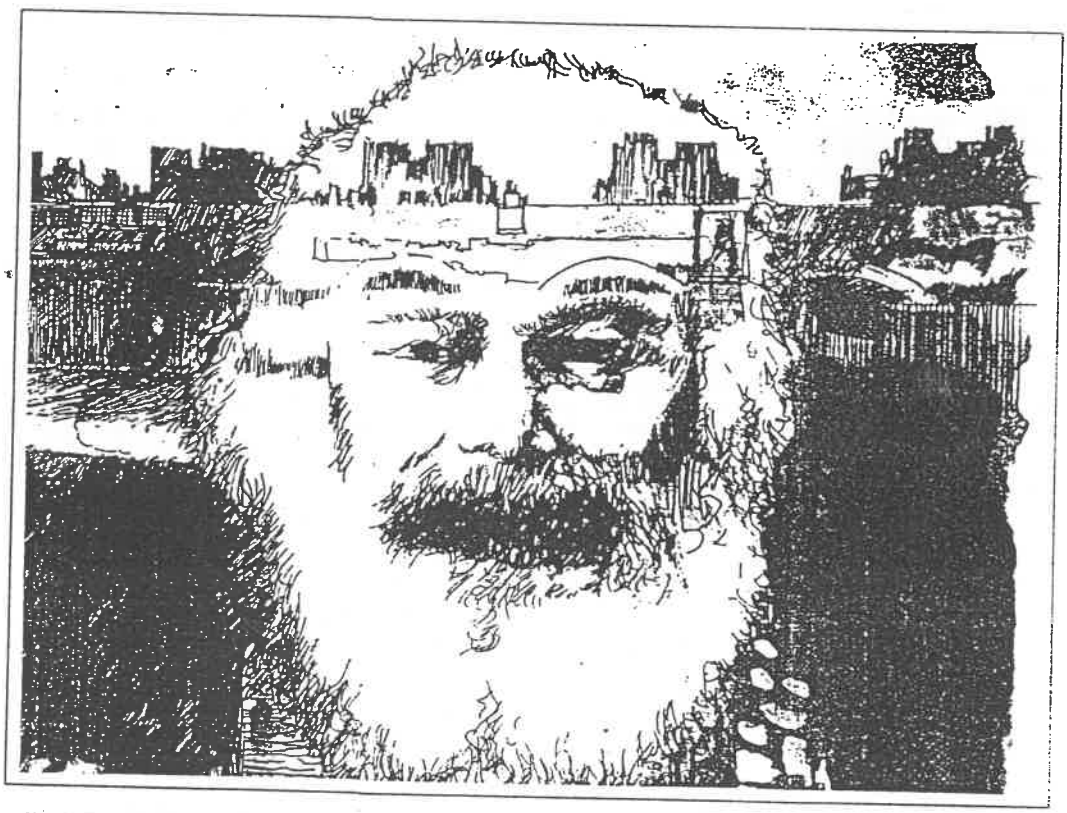
Über die von Jü. kritisierte "Anmerkung der AK-Redaktion" zum Leserbrief von Christian Vogt-Moykopf hatten die MinderheitsRedakteurInnen vor Drucklegung keine Kenntnis erhalten. Wegen dieser und anderer ähnlich gelagerter Vorkommnisse wurde auf einer Redaktionssitzung am 17.6. auf unser Betreiben die Selbstverständlichkeit festgeschrieben, daß künftig Stellungnahmen, Vorspänne, Randbemerkungen oder sonstige Erklärungen im Namen des AK bzw. der AK-Gesamtredaktion der beiderseitigen Zustimmung bedürfen.

Zum Leserbrief von Yossi Ben-Akiva (AK 330) erhielten wir als MinderheitlerInnen das nachfolgend samt Anlage dokumentierte Schreiben* aus Butzbach. Soweit uns von verschiedener Seite mitgeteilt wurde, ist die ehemalige Mitarbeit Ben-Akivas beim israelischen Geheimdienst Schin-Beth von diesem vor ca. 10 Jahren in einer schriftlichen Erklärung eingeräumt worden. Über ihre israelische Bruderpartei soll damals die DKP die Angelegenheit publik gemacht haben. Wir haben beschlossen, den Brief von J.Taut nicht zu veröffentlichen. Ein generelles Schreibverbot soll es für ihn im AK nicht geben, wohl aber eine Einzelfall-Prüfung durch die Redaktion.
max., 20.6.91

* Anlage fehlt! Die Red.

Zurück zu Marx?

■ von Christine Ostrowski



Die Schlußfolgerung vieler Linken lautet jetzt: Marx hatte recht – zurück zu Marx. Die aktuelle ökonomische und politische Situation in den neuen Bundesländern – zerrüttete Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Berufsverbote, fehlende Investitionen, Abbau sozialer DDR-Errungenschaften – scheint diese Auffassung zu bestätigen.

Diese Konsequenz scheint mir jedoch sehr einseitig zu sein. Ich halte es für notwendig, *sowohl* zum (ganzen) Marx zurückzukehren *als auch* ihn zu verlassen.

Nehmen wir die Marktwirtschaft: *Zurück zu Marx* assoziiert mit dieser Kategorie: Chaos, Anarchie, blindwirkende Marktkräfte, soziale Ungerechtigkeit, einfache Gegenkategorien, wie Privateigentum-Gemeineigentum, Planlosigkeit-Planmäßigkeit, Warenproduktion-warenlose Produktion, u.s.w. Die politische Ökonomie des Sozialismus perfektionierte, allgegenwärtig in allen Schulen, im PL-Jahr, im FDJ-Studienjahr, in den Schulen der sozialistischen Arbeit, das Dogma der blindwirkenden Marktkräfte und bot als Lösung einzig und allein, schlicht, einfach, undialektisch die »Zentrale sozialistische Planwirtschaft« an. Der Gegensatz von Marktwirtschaft ist aber keineswegs die Planwirtschaft, sondern die Naturalwirtschaft. *Marx zu verlassen* bedeutet, und genau das ließ die politische Ökonomie des Sozialismus nicht einmal im Ansatz zu, zu hinterfragen, ob und welche neuen Trends der Marktmechanismus enthält, ob und welche neuen sozialen Spielräume er eröffnet, ja sogar ob er nicht zu einem sozialistischen Ausgang führen kann. Betrachtet man die Erste, Zweite und Dritte Welt unter dem Aspekt Marktwirtschaft, kommt man nicht umhin, anzuerkennen, daß die Marktwirtschaft eine große zivilisatorische Errungenschaft ist.

Ein adäquates oder sogar überlegeneres ökonomisches Regelwerk hat die Menschheitsgeschichte bisher nicht hervorgebracht. Man kommt weiterhin nicht umhin festzustellen, daß das Maß an Sozialität einer Gesellschaft direkt mit der Ausprägung des Marktmechanismus zusammenhängt. Zumindest wird sichtbar, daß Einschränkungen der Marktwirtschaft das soziale Element nicht stärken. Soziale Defizite, wie in den Ländern der Dritten Welt, sind nicht einem »zuviel« sondern einem »zuwenig« an Markt geschuldet. Wer nichts weiter anzubieten hat als Rohstoffe und Arbeitskräfte, kann in keine entwickelte Marktwirtschaft eintreten.

Ökonomische Erpressung, Diktat, Zwang, autoritäre Steuerungen der Industrieländer gegenüber den Ländern der Dritten Welt verschärfen die sozialen Defizite, sind nicht ihre eigentliche Ursache, erschweren aber diesen Ländern den Eintritt in die Marktwirtschaft.

Selbst in den entwickelten Industriestaaten verschärften direkte Eingriffe zur *Untergrabung* des Marktes die sozialen Negativwirkungen... Deutlich nachweisbar ist das bei der Reaganomik. Dort wo der direkte Eingriff vermieden, durch ein System von wettbewerbsfördernden, *marktkonformen, marktentsprechenden* Rahmenbedingungen und Instrumentarien ersetzt wurde, fehlen diese sozialen Negativwirkungen bzw. wurden die sozialen Elemente sogar gestärkt.

Folgt man dem Gedanken (der über Marx hinausgeht), daß soziale Probleme aus einem *Defizit an Marktwirtschaft und nicht aus ihr selbst resultieren*, hat das für unser Verständnis gewaltige Konsequenzen.

Wir dürfen dann nicht stehenbleiben bei der Kritik an den Schwächen der Marktwirtschaft (wie wir es bis heute tun), wir können uns nicht erschöpfen im Anbieten einiger Konzeptionen und Korrektiva *gegen* den Markt. Wir müssen zu den konsequentesten Einforderern der Entwicklung und des Ausbaus der Marktwirtschaft werden! Wir müssen sie positiv akzeptieren als die bisher sozial gerechteste Wirtschaftsordnung mit einem großen Demokratiepotential.

Was wir also nötig haben, ist ein authentisches linkes Marktverständnis. ◆

Christine Ostrowski ist Vorsitzendes des Stadtvorstands Dresden und Mitglied des Parteivorstands der PDS.

Sozialismus 6/91